



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum  
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Fünf-Punkte-Plan der CSU-Landtagsfraktion:

## Für wirtschaftliche Zeitenwende

Um die Wirtschaft anzukurbeln, hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt. Die darin enthaltenen Forderungen richten sich vor allem an die Ampelkoalition in Berlin. Laut Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek, der die Resolution auf einer Pressekonzferenz gemeinsam mit Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, sowie Josef Geiger, Unternehmer und Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbands präsentierte, „verlangt die Wirtschaftspolitik unsere volle Aufmerksamkeit. Wir als CSU sind überzeugt: Unser Land kann mehr. Die Zeit bleibt nicht stehen. Wir müssen unser Handeln deshalb auf die neuen Herausforderungen ausrichten.“

Konkret wird der Bund aufgefordert, eine zukunftsgerichtete und am internationalen Wettbewerb ausgerichtete Standortpolitik aufzulegen. „Das von der Ampel-Regierung vorgelegte Wachstumschancengesetz greift viel zu kurz. Wir brauchen sehr viel weitreichendere Entlastungen für unsere Unternehmen und insbesondere den Mittelstand.“

### Senkung der Steuerbelastung

Die Senkung der Unternehmenssteuerbelastung für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 Prozent, um insbesondere die Investitionsbereitschaft im Mittelstand wieder anzukurbeln, die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, verbesserte Abschreibungsbedingungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten sind überfällige Maßnahmen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit“, heißt es in der Resolution. Auch im Interesse der familiengeführten Unternehmen müssten wesentliche Aspekte der Erbschaftsteuer Ländersache werden. Es brauche eine Erhöhung der Freibeträge sowie niedrigere Steuersätze und damit die Regionalisierung dieser Steuer.

Zur Finanzierung sei eine Priorisierung der Ausgaben unerlässlich, nicht zuletzt mit Blick auf Bürgergeld, Heizungsgesetz,

Kindergrundsicherung und milliardenschwere Einzelsubventionen. Der fortlaufende Anstieg der Sozialausgaben müsse gebremst und die Lohnnebenkosten müssten wieder auf unter 40 Prozent gesenkt und dauerhaft dort gehalten werden. Dazu seien beitragsdämpfende Maßnahmen in den Sozialversicherungen notwendig. Vor allem versicherungsfremde Leistungen müssten konsequent steuerfinanziert werden.

### Der öffentliche Bereich muss sich einschränken

Deutschland brauche Investitionen, weshalb konsumtive Ausgaben und Ausgaben für (Fortsetzung auf Seite 4)

### Jahresbilanz der Bayerischen Grenzpolizei:

## Mehr Schleuserdelikte und illegale Migration

Die Bayerische Grenzpolizei war im vergangenen Jahr stark gefordert. Wie Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorlage der Jahresbilanz 2023 im Rahmen eines Besuchs an einem Grenzposten in Neuhaus am Inn (Landkreis Passau) betonte, sei die Bayerische Grenzpolizei wichtiger denn je, um für mehr Sicherheit zu sorgen.

Herrmann zufolge verzeichnete die Bayerische Grenzpolizei vergangenes Jahr einen Anstieg der Schleuserdelikte und der illegalen Migration. Die Zahl der festgestellten unerlaubten Einreisen und Schleuserdelikte war so hoch wie nie seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei. Die Grenzfähndler führten Schleierfahndungskontrollen

## Trauer um Alois Glück

Die Menschen in Bayern betrauern den Tod des ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück. Der Verstorbene war von 1970 bis 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags und von 2003 bis 2008 Präsident des Hohen Hauses. Am 26. Februar starb er im Alter von 84 Jahren in einer Münchner Klinik.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich bestürzt über die Nachricht: „Er war ein außergewöhnlicher Politiker, der sich jahrzehntelang vor allem in der Umwelt- und Sozialpolitik als Vordenker und Pionier einen Namen gemacht hat. Eine nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume und zugleich der Schutz der Natur – dafür trat Alois Glück immer ein und setzte gleichzeitig auf Innovation. Durch seine geradlinige und ausgleichende Art war Glück stets ein gefragter Vermittler, wenn es darum ging, unterschiedliche Meinungen und Ansichten zu einem guten Kompromiss zusammenzuführen. Er war ein Versöhner, dem es nie um die eigene Person ging, sondern der immer mit klugen Argumenten und Weitsicht überzeugen konnte.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder äußerte sich ebenfalls: „Alois Glück war einer der größten und bedeutendsten Politiker unseres Landes. Er war stets eine starke Stimme und moralische Instanz, die sehr fehlen wird. Als Sozialpolitiker, Umweltstaatssekretär, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion und Landtagspräsident hat er die Entwicklung des Freistaats in hohen Ämtern entscheidend mitgestaltet und mitgeprägt. Die Suche nach Gemeinsamkeiten und das Vermitteln zwischen unterschiedlichen Positionen waren ihm dabei immer besonders wichtig. Als Moderator des Runden Tisches zum Volksbegehren Artenvielfalt hat sich Alois Glück auch nach seiner aktiven politischen Laufbahn in den Dienst der Sache gestellt und zur Versöhnung der Gesellschaft beigetragen.“

Alois Glück gehörte dem Bayerischen Landtag 38 Jahre lang an. Zwölf Jahre lang – von 1974 bis 1986 – leitete er den Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen, ehe er als Staatssekretär im selben Ressort in die Staatsregierung wechselte. Als Fraktionsvorsitzender stand er ab 1988 insgesamt 15 Jahre lang an der Spitze der Landtags-CSU. Der gelernte Landwirt und leidenschaftliche Bergwanderer engagierte sich bis zuletzt in zahlreichen Ehrenämtern. Ob als Ehrenvorsitzender der Bergwacht Bayern oder im Netzwerk Hospiz Südbayern – für Glück war der Einsatz für die Menschen ein festes Fundament in seinem Wirken. Ab 1983 war Alois Glück zudem im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) aktiv, von 2009 bis 2015 war er dessen Präsident. □

Schleuserfällen in 2022 auf 413 Fälle in 2023. Besonders bei den sogenannten Großschleuserungen verschärfte sich die Lage. Das habe nicht zuletzt der schreckliche Unfall mit einem Schleuserfahrzeug im Oktober 2023 mit sieben toten Migranten gezeigt, so der Innenminister. Auffällig sei die massiv gestiegene Risikobereitschaft der Schleuser, die oft mit hoher Geschwindigkeit vor Kontrollen zu flüchten versuchten und dabei das Leben der geschleusten Personen, der Beamten und unbeteiligter Verkehrsteilnehmer gefährdeten.

### Kontrollen wurden intensiviert

„Menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden“, machte Herrmann deutlich. Deshalb hat die Bayerische Grenzpolizei ihre Kontrollen mit tatkräftiger Unterstützung durch die Bayerische Bereitschaftspolizei im vergangenen Jahr nochmals intensiviert. 2023 nahm die Bayerische Grenzpolizei insgesamt 360 Schleuser fest, deutlich mehr als in den Vorjahren (2022: 230, 2021: 233).

Ein Rückgang bei illegaler Migration zeichne sich nicht ab, erklärte Herrmann: „Wir brauchen auch weiterhin verstärkte Grenzkontrollen, weil zu erwarten ist, dass die Migrationsströme im Frühjahr wieder anwachsen.“ Neben dem mangelhaften EU-Außengrenzschutz bezeich-

### Transparenzgesetz für Kliniken:

## Verpasste Chance

Nach monatelangem Streit um mehr Transparenz bei Klinik-Behandlungen hat sich eine Mehrheit im Vermittlungsausschuss aus Bundesregierung und SPD-Ländern über das dazu geplante Gesetz geeinigt. Der Bundesrat hatte das vom Bundestag beschlossene Transparenzgesetz im November zunächst gestoppt.

Mit Blick auf eine geplante große Krankenhausreform sollen die Kliniken einen „Transformationsfonds“ bekommen, kündigte Gesundheitsminister Lauterbach an. Für den Fonds seien von 2025 an für zehn Jahre 50 Milliarden Euro geplant. Die Summe sollten sich Bund und Länder je zur Hälfte teilen.

### Online-Atlas

Zudem soll ein Online-Atlas geschaffen werden, der Patienten Auskunft über bundesweit 1.700 Klinikstandorte gibt. In dem „Transparenzverzeichnis“ soll erkennbar sein, welches Krankenhaus welche Leistungen anbietet. Abrufbar sein sollen auch Daten zur Behandlungserfahrung, zum Personalschlüssel bei Ärzten und Pflegekräften sowie zu Komplikationsraten ausgewählter Eingriffe. Der Start des Portals ist Lauterbach zufolge weiterhin für den 1. Mai geplant.

Im Gesetz vorgesehen sind auch Regelungen zu zusätzlicher Liquidität in Milliardenhöhe für die Kliniken. Es soll eine große Reform mit Neuregelungen zur Vergütung der Krankenhäuser begleiten, über die Bund und Länder seit Monaten verhandeln.

### Keine Einigung im Vermittlungsausschuss

Das Krankenhaus-Transparenzgesetz ist eines von mehreren Gesetzen, mit denen Lauterbach das Krankenhausreformieren will. Kernstück der geplanten großen Reform ist ein neues Vergütungssystem, das die Kliniken vor dem ökonomischen Druck befreien soll, immer mehr Patienten zu behandeln.

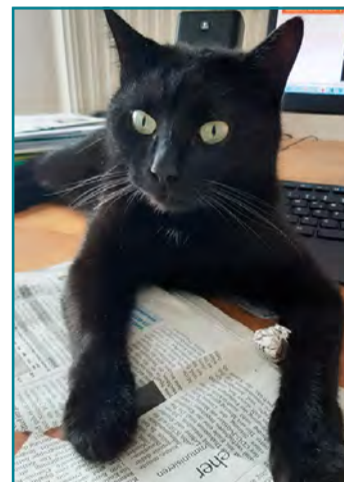
Unterdessen hält Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach weiterhin an ihrer Kritik am Krankenhausreformgesetz der Bundesregierung fest. Nach ihren Angaben „gab es entgegen der Darstellung von Bundesgesundheitsminister Lauterbach keine Einigung im Vermittlungsausschuss. Vielmehr wurde das

Krankenhausreformgesetz in unveränderter Fassung von der Ampel-Mehrheit gegen das Votum der Unions-Seite durchgedrückt.“

### Persönliche Ansichten vs. Kompromissbereitschaft

Gerlach bezeichnete es als „eine vertane Chance für Lauterbach, wichtige Weichen für die Krankenhäuser in Deutschland gemeinsam mit allen Ländern zu stellen. Um sein persönliches Anliegen ‚Transparenzverzeichnis‘ nach seinen Vorstellungen durchzudrücken, war der Bundesgesundheitsminister zu keinem inhaltlichen Kompromiss bereit. Ich frage mich ernsthaft, ob er überhaupt Interesse an einem Konsens mit allen Ländern im Ringen um die Zukunft der Kliniken in Deutschland hat.“

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die „German vote“ habe in Brüssel Unsinn nicht verhindert, aber wenigstens breite Diskussionen angestoßen, meint Pino, unser Rathauskater und klagt, wir ließen lieber Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als aufgrund unserer besserwisserischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika abzuschließen. S. 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Innenminister Joachim Herrmann lässt derzeit die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte testen, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Bild: Matthias Balk, Bayerisches Innenministerium

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kommunalforum Alpenraum	2
HSS: Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume	2
Steuerzahlerpreis für Österreichs Finanzminister Brunner	2
GZ-Kolumne Franz Löffler: Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis	3
Bezirkshaushalte: Stabilität und Kontinuität im Blick	3
Kriegsauswirkungen auf Bayern	4
Kommunale Energiethemen	5-9
Kommunale Verkehrsthemen	10-11
Kommunaltechnik • GaLaBau • Grüne Kommune	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Landkreismanager sollen Ländlichen Raum aufwerten:

## Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. präsentiert Ergebnisse einer Studie

Günzburg./München. Bei der Vorstellung der Studie zur Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung hat Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller die Potenziale des Ländlichen Raumes und daraus resultierende Handlungsempfehlungen abgeleitet. Als zentrales Ergebnis soll ein Landkreismanager den Transformationsprozess vor Ort koordinieren und die Interessengruppen Politik, Unternehmen und private Haushalte zusammenführen, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die Infrastruktur auf dem Land ist schwächer ausgeprägt als in den Städten. Dies und weitere Faktoren führen zu einem Attraktivitätsverlust, der z. B. zur Abwanderung gut ausgebildeter junger Menschen führt. Dabei verfügt der ländliche Raum über besondere Ressourcen und Wettbewerbsvorteile wie die Verfügbarkeit von Fläche oder bessere Lebens- und Wohnqualität. Diese Standortvorteile müssen mehr in den Fokus gerückt werden, mit dem Ziel einer Transformation hin zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume. Hiervon würde sowohl der Mittelstand enorm profitieren als auch die Mehrheit von 57 Prozent der deutschen Bevölkerung, die im Ländlichen Raum sesshaft ist. Im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, wo die Studie in Günzburg vorgestellt wurde, trifft dies sogar auf 62,7 Prozent zu.

Landrat Dr. Hans Reichhart: „Unser Landkreis ist stark ländlich geprägt, das birgt auch große Chancen für die Bevölkerung. Durch die Studie der Hanns-Seidel-Stiftung können wir Entwicklungspotenziale klären und diese durch koordiniertes Zusammenwirken besser sichtbar machen“, so Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller von der Managementberatung und -Training in Dillingen an der Donau, der die Umsetzung „in vermehrten Landkreis-Kooperationen, dem Ausbau der Digitalisierung zur Schaffung von modernen Arbeitsplätzen, mehr Nahverkehr, aber auch durch Co-working Spaces oder durch den Abbau regulatorischer Hemmnisse durch Vorschriften“ sieht. „Bei einem Landkreismanager wäre die Bündelung dieser Aufgaben gut angesiedelt“, stellt Prof. Mattmüller in seiner Studie fest. Vor der Einleitung von Transformationsmaßnahmen müssten die betroffenen Gebiete typologisch richtig eingeordnet werden, wofür die nun veröffentlichte Studie den Rahmen bietet.

er identifizieren und entwickeln. Das wird unseren Landkreis und damit auch die Menschen, die hier leben, spürbar voranbringen.“

### Schlüsselrolle für den Mittelstand

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, der Europaabgeordnete Markus Ferber erklärt: „Der Mittelstand kann zum Wachstum einer ganzen Region seinen Beitrag leisten. Ihm kommt eine Schlüsselrolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu und wird so zum Wachstumsmotor. Der Erhalt

und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten vom Landwirt über Bäcker und Metzger zum Handwerk im gewerblichen Bereich und weiter bis zum Mittelständler mit mehreren hundert Arbeitsplätzen stellt enormes Wachstumspotenzial dar und bietet auch den Menschen vor Ort einen Mehrwert im Lebensraum. Daran müssen wir arbeiten, um den ländlichen Raum weiter zu beleben!“

### Bezugsgruppenorientiertes Managementkonzept

Strategisch angelegt zeigt die Studie mit Hilfe eines bezugsgruppenorientierten Managementkonzepts Ansätze und Handlungsempfehlungen für Landkreise auf, welche zur Wertsteigerung und zur wirtschaftlichen Transformation des Ländlichen Raums führen können. „Politik, Unternehmen und Bürger müssen sich ihrer vorhandenen Standortfaktoren bewusst wer-

den und diese durch koordiniertes Zusammenwirken besser sichtbar machen“, so Studienleiter Prof. Dr. Roland Mattmüller von der Managementberatung und -Training in Dillingen an der Donau, der die Umsetzung „in vermehrten Landkreis-Kooperationen, dem Ausbau der Digitalisierung zur Schaffung von modernen Arbeitsplätzen, mehr Nahverkehr, aber auch durch Co-working Spaces oder durch den Abbau regulatorischer Hemmnisse durch Vorschriften“ sieht. „Bei einem Landkreismanager wäre die Bündelung dieser Aufgaben gut angesiedelt“, stellt Prof. Mattmüller in seiner Studie fest. Vor der Einleitung von Transformationsmaßnahmen müssten die betroffenen Gebiete typologisch richtig eingeordnet werden, wofür die nun veröffentlichte Studie den Rahmen bietet.

[www.hss.de](http://www.hss.de)

Die gesamte Studie „Analyse zur Attraktivitäts- und Wertsteigerung ländlicher Räume unter Berücksichtigung von standort- und bezugsgruppenorientierten Faktoren“ kann über das Webangebot der Hanns-Seidel-Stiftung unter [www.hss.de](http://www.hss.de) heruntergeladen werden. □

## Ostbayerisches Handwerk in rasanter Abwärtsspirale

Konjunktur-Presskonferenz der HWK: „Politik fährt Wirtschaft gegen die Wand“  
Hilfsprogramm für den Bausektor gefordert

Im ostbayerischen Handwerk brodelt es: Die konjunkturelle Lage ist so schlecht wie lange nicht mehr – und auch die Stimmung bei den Betriebsinhabern rauscht in den Keller. „Wenn die Politik so weitermacht, fährt sie die Wirtschaft gegen die Wand“, prognostizierte HWK-Präsident Dr. Georg Haber auf der Konjunktur-Presskonferenz der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz in Regensburg. Der Unmut unter den Handwerkern sei groß: „Bei Steuern, Abgaben und Bürokratie sind wir Weltmeister, davon können wir uns aber nichts kaufen.“

HWK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Kilger stellte die Zahlen vor und nannte den Ausblick auf das kommende Jahr „besorgniserregend“. Der Geschäftsklima-Index sinkt laut Konjunkturbericht der HWK zum vierten Quartal 2023 auf einen Wert von minus zehn (Vor- und Vorjahresquartal: minus eins) und erreicht damit einen Tiefstand seit der Finanzkrise 2008/2009. Vor allem im Bausektor sei die Lage teilweise dramatisch. Wegen fehlender Neuaufträge werde es dort für die Betriebe immer schwieriger, ihre Fachkräfte zu halten. „Ein Beschäftigungsabbau droht – damit sind auch die Ziele der Politik in Sachen Wohnungsbau und klimagerechter Umbau in Gefahr“,

sagte Kilger. „Für viele Betriebe wird ihre Arbeit zunehmend unwirtschaftlich. Unsere Wettbewerbsfähigkeit ist in Gefahr.“ Der äußerst pessimistische Ausblick spiegle sich in den konkreten Prognosen der Handwerksunternehmer wider. Fast jeder zweite Betrieb plane mit sinkenden Auftragsengängen (43 %) sowie mit sinkenden Umsätzen (45 %). Im Bauhauptgewerbe seien die Zahlen noch schlechter: „Dort rechnen 56 % der Betriebe mit einem Abschwung bei den Auftragsengängen und 59 % mit weiteren Rückgängen beim Umsatz“. Die Eintrübung der Geschäftslage schreite in den Betrieben rasant voran: „Bewertete im Jahr 2019 nur jeder 20. Betrieb seine Geschäftslage als schlecht, ist es aktuell jeder vierte.“

### Auftragslage verschlechtert sich spürbar

Die gedrückte Stimmungslage gehe mit schlechten Konjunkturdaten einher. Inzwischen veruche jeder zweite Betrieb (47 %) abnehmende Auftragsengänge. Jeder dritte Betrieb (31 %) kämpfe mit einem unterdurchschnittlichen Auftragsbestand. Dabei sei die unterdurchschnittliche Nachfrage besonders im Bauhauptgewerbe (47 % der Betriebe) spürbar. Auch hinsichtlich der Umsätze konnte Kilger wenig Positives vermelden: „Die Umsatzdynamik war bereits im Vorquartal schwach und hat sich nun nochmals verschlechtert.“ Jeder dritte Betrieb (33 %) melde rückläufige Umsatzzahlen, lediglich 16 % der Betriebsinhaber berichteten von Zuwächsen. Eine schwächere Umsatzdynamik zeige sich erneut vor allem im Bauhauptgewerbe. Jeder zweite Betrieb (genau 50 %) melde dort weniger Umsatz als noch im dritten Quartal. Auch in den Handwerken für den privaten Bedarf wachse die Zahl der Betriebe, die Umsatz-

rückgänge verzeichnen (38 %). Die meisten Betriebe (68 %) erhöhten ihre Preise nicht. „Und das trotz steigendem Preisniveau auch für unsere Handwerksbetriebe“, merkte Kilger an. Die Folge: „Die aktuelle Verunsicherung führt dazu, dass Handwerksunternehmer Zukunftsinvestitionen zurückstellen, die eigentlich gerade jetzt so dringend nötig wären.“ Ein Punkt, der auch HWK-Präsident Dr. Georg Haber umtreibt: „Wir Handwerker leisten einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes, müssen im Gegenzug jedoch enorme Lasten stemmen.“ Haber führte unter anderem die überbordende Bürokratie sowie die hohen Energiepreise und Steuerbelastungen als Konjunkturbremsen ins Feld. Mit der Ampelkoalition im Bund ging er hart ins Gericht: „Streit ist zum Markenzeichen dieser Bundesregierung geworden – jeder kämpft gegen jeden“, so Haber. „Dabei sollte sie endlich ins Machen kommen und unternehmerisches Engagement fördern, statt es ständig zu torpedieren.“

### Bau-Konjunkturprogramm

Konkret forderte der HWK-Präsident ein schnelles Konjunkturprogramm für den Bau: „Die Bauwirtschaft hat in der Vergangenheit, auch während Corona, das Land und die Wirtschaft immer mit am Laufen gehalten, gerade auch in Ostbayern. Jetzt besteht die Gefahr, dass ein ganzer Wirtschaftszweig abstürzt.“ Haber nahm auch die bayerische Landesregierung in die Pflicht: „Vor der Wahl hat Ministerpräsident Markus Söder ein Baukonjunkturprogramm von ‚500 Millionen plus X‘ angekündigt – bis heute wissen wir nicht, was genau es damit auf sich hat.“ Grundsätzlich, so Haber, seien die Zukunftsaussichten für die ostbayerischen Handwerkerinnen und Handwerker angesichts der vielen Transformationsaufgaben – von Mobilitätswende über Wärmewende bis hin zum Wohnungsbau – „mehr als gut“. „Deshalb muss die Politik jetzt schnell spürbare Wachstumsimpulse setzen, damit wir dieses Konjunktur-Tal bald durchschreiten haben.“ □

## Kommunalforum Alpenraum 2024

Wie die Gemeinden die Künstliche Intelligenz nutzen können

Künstliche Intelligenz ist in aller Munde und Experten sind sich einig: KI wird auch die Arbeit der Gemeinden maßgeblich beeinflussen. Doch während zwei Drittel der Gemeinden in Deutschland eine große Chance im täglichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz sehen, wird diese tatsächlich erst in acht Prozent aller Kommunen auch eingesetzt. Wohin geht die Reise der KI im kommunalen Bereich? Was brauchen Gemeinden, um KI-fit zu werden? Diese brandaktuelle Zukunftsfrage steht im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum 2024 am 13. März 2024. Schauplatz ist das Lindner-Innovationszentrum in Kundl/Tirol, Beginn ist um 17:00 Uhr.

In seinem Impulsvortrag wird Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB, Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern, einen Überblick über aktuelle KI-Anwendungen geben und Chancen für die Kommunen aufzeigen. David Lindner und Josef Astner vom Traktorenwerk Lindner vermitteln in ihrem Kurzvortrag, wie Prognosetools die Einsatzplanung im Winterdienst optimieren können.

Die Spitzen der Gemeindeverbände diskutieren in der abschließenden Talkrunde, ob und wie Künstliche Intelligenz die Tätigkeiten der Kommunen revolutionieren wird, aber auch wo die Grenzen liegen – vom Verkehrsbereich über die Bildung bis zur Gesundheit. Den Bayerischen Gemeindetag vertritt Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden.

### Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Ziel ist es, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner sind der Südtiroler Gemeindeforum, der Tiroler Gemeindeforum, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land und die Standortagentur Tirol. Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner des Kommunalforums. Anmeldung unter [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu). □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Duscher  
86480 Gemeinde Aletshausen  
am 11.03.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Daniel Horndasch  
90584 Markt Allersberg  
am 05.03.

Bürgermeister Harald Wich  
95515 Gemeinde Plankenfels  
am 09.03.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Debatte um Gerichtsstandort

Gemeindegatspräsident Brandl fordert Einlösung eines Versprechens zu Gunsten des ländlichen Raums

Ein Verwaltungsgericht im ländlichen Raum. Das war die richtige Idee der Bayerischen Staatsregierung, im Rahmen ihrer Behördenverlagerungsoffensive. Freyung, Grafenau und Degendorf schienen in der letzten Runde der Standortauswahl gesetzt. Allesamt kreisangehörige Städte. Nun die Kehrtwende: Offen debattieren die Parteien der Bayerischen Staatsregierung nun über die kreisfreie Stadt Passau als möglichen Standort für das neue Verwaltungsgericht Niederbayern. Zum Nachteil des ländlichen Raums.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum damit erneut eine Chance für den ländlichen Raum vergeben wird“, so der Präsident des Bayerischen Gemeindetags Dr. Uwe Brandl. „Ständige Lippenbekenntnisse für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land bringen den ländlichen Raum nicht weiter. Es ist an der Zeit, ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass der Verfassungsgrundsatz auch mit Leben erfüllt wird. Gerade auch in Niederbayern gibt es infrastrukturell gut angebundene kreisangehörige Städte, Märkte und Gemeinden, die geeignet wären, Sitz des Verwaltungsgerichts Niederbayern zu werden.“

„Der Bayerische Gemeindetag fordert die Staatsregierung auf, ihren eigenen Grundsätzen Rechnung zu tragen und geeignete kreisangehörige Gemeinden als Standort für das Verwaltungsgericht Niederbayern in Betracht zu ziehen. Dies wäre ein klares Signal, dass der Verfassungsgrundsatz für gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse in Stadt und Land ernst genommen wird. Und es wäre ein positives Zeichen für ganz Niederbayern“, so Dr. Uwe Brandl in einer Presseerklärung. □



V.l.: Bayerns Europaminister Eric Beißwenger, MdL, Österreichs Finanzminister Dr. Magnus Brunner, Rolf Baron von Hohenhau, BdSt-Präsident und TAE-Ehrenpräsident sowie Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund (TAE).  
Bild: BdSt

## Echtes Vorbild für andere Länder

Dr. Magnus Brunner, Finanzminister von Österreich, erhielt den Steuerzahlerpreis der Taxpayers Association of Europe (TAE). Die Ehrung wurde bereits zum 18. Mal vergeben.

Damit würdigte TAE-Präsident Michael Jäger Brunners unermüdetes Engagement im Interesse der Steuerzahler seines Landes. Die Steuerreform in Österreich entlastete sowohl Private als auch Unternehmen und sei ein echtes Vorbild für andere Länder in Europa.

Durch geschickte Reformen und Entlastungen würden in Österreich Anreize für Investitionen sowie für mehr Leistung geschaffen, so Jäger. Im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland, lohne es sich in Österreich, Leistung zu bringen. Österreich setze auf Entlastungen statt höherer Steuern und schaffe dadurch bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen. So bleibe Menschen und Unternehmen mehr Geld in ihren Taschen.

In seiner Laudatio würdigte Bayerns Europaminister MdL Eric Beißwenger das Herzstück von Brunners Entlastungspolitik, die Abschaffung der ‚Kalten Progression‘. In Österreich war vorher über Jahrzehnte darüber diskutiert worden. Diese ‚schleichende Steuererhöhung‘ wurde mit 1. Januar 2023 unter Brunner gänzlich abgeschafft. Bis 2026 sparen sich die Österreicherinnen und Österreicher dadurch in Summe geschätzt mehr als 20 Milliarden Euro, wusste der Finanzminister unse-

res Nachbarlandes zu berichten. Gleichzeitig wurden auch Maßnahmen gesetzt, die den Wirtschaftsstandort stärken, wie die Senkung der Körperschaftsteuer oder die Einführung der Forschungsprämie. Diese im Jahr 2022 von der österreichischen Bundesregierung eingeführte Prämie führt bereits zu ersten Erfolgen: Im vergangenen Jahr haben 2.625 Unternehmen für 9.328 Projekte den Erhalt der Forschungsprämie beantragt. Insgesamt beträgt im Jahr 2023 das beantragte Fördervolumen 1,2 Milliarden Euro, davon rund 80 Prozent von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese Förderung schafft somit insbesondere für KMU die Möglichkeit, mehr in Forschung und Entwicklung (F&E) zu investieren. „Damit zeigt Österreich den Weg auf, wie man in der EU den Standort nachhaltig sichern kann, ohne nur einzelne wenige Unternehmen zu begünstigen. Österreich tätigt staatliche Ausgaben für Investitionen statt zu konsumtiven Zwecken. Staatsausgaben, die sich letztendlich durch den Erfolg der Unternehmen wieder zu großen Teilen selbst finanzieren werden“, so Rolf Baron von Hohenhau, TAE-Ehrenpräsident und Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. □

## Bezirkshaushalte im Freistaat:

## Stabilität und Kontinuität im Blick

Die Haushaltslage in vielen bayerischen Bezirken ist angespannt. „Wir sehen deutlich, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bei allen kommunalen Ebenen immer weiter aufgeht. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung so gebremst weitergeht, wird sich die Lage in den kommenden Jahren angesichts der stetig steigenden Kosten im Sozialbereich noch weiter verschärfen“, prognostizierte der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Franz Löffler.

„Da über 90 Prozent unserer Ausgaben auf gesetzliche Pflichtaufgaben zurückgehen, gibt es nur wenig Einsparpotenzial. Ohne einen grundlegenden Umschwung werden sich unsere Umlagezahler in den kommenden Jahren auf steigende Umlagesätze einstellen müssen“, unterstrich Löffler. Dies treffe aber am Ende alle Haushalte der kommunalen Ebenen, da das Geld an anderer Stelle fehle.

Zu Beginn des Jahres setzten die Bezirke in ihren Haushaltsbeschlüssen einmal mehr den Finanzbedarf fest, der aus der Bezirksumlage gedeckt werden muss. Im vergangenen Jahr waren dies nach Angaben des Bezirktags rund 4,7 Mrd. Euro, was 75 Prozent der bezirklichen Gesamteinnahmen entsprach.

## Stabilität in Oberfranken

In Oberfranken steigt laut Mitteilung die Bezirksumlage auf 19 Hebesatzpunkte. Der Bezirkstag weist für dieses Jahr ein Volumen von insgesamt 538 Mio. Euro auf und liegt damit erstmals über einer halben Milliarde Euro. 94 Prozent des Verwaltungshaushalts entfallen auf den Sozialetat und damit überwiegend auf Hilfen für pflegebedürftige und behinderte Menschen.

„Der Haushalt des Bezirks war in den vergangenen Jahren geprägt von Stabilität und Kontinuität – diesen Pfad verlassen wir auch 2024 nicht“, versicherte Bezirkstagspräsident Henry Schramm in seiner Haushaltsrede. Das Zahlenwerk erlaube es dem Bezirk Oberfranken, seinen Aufgaben sachgerecht und vollumfänglich nachzukommen, die Umlagezahler aber nicht über Gebühr zu belasten. In den vergangenen acht Jahren hatte der Bezirk Oberfranken konstant einen Hebesatz von 17,5 Punkten und damit den niedrigsten Wert in ganz Bayern. „Wir haben bewusst auf das Ansparen einer großen Rücklage verzichtet, um möglichst viel Geld bei den Umlagezahlern zu

belassen“, führte Schramm aus. Nun sei eine Erhöhung der Einnahmen durch einen höheren Hebesatz unumgänglich. Grund für die Ausgabensteigerungen beim Bezirk sind die gestiegenen Kosten im sozialen Bereich. Mit einem Anstieg der zu erbringenden Leistungen ist der Bezirk bereits seit längerem konfrontiert. Bereits im Jahr 2023 stiegen die Ausgaben im Einzelplan 4 um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das Haushaltsjahr 2023 schloss der Bezirk mit einem Fehlbetrag von 8,9 Mio. Euro ab, der allerdings noch vollständig aus den Mitteln der Rücklage gedeckt werden kann. Für das aktuelle Haushaltsjahr verschärft sich dieser Trend nun: „Für das laufende Jahr 2024 rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Sozialausgaben um 46,7 Mio. Euro“, erklärte Schramm.

## Rekordhaushalte in der Oberpfalz ...

2024 ist das Jahr des Rekordhaushalts für den Bezirk Oberpfalz. Der Gesamtetat, einschließlich des Anteils der medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (medbo), beträgt 837,6 Mio. Euro. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 569 Mio. Euro – im vergangenen Jahr standen noch 537 Mio. Euro in den Büchern. Von den 569 Mio. Euro entfallen auf den Verwaltungshaushalt 556,1 Mio. Euro. Der größte Posten auf Ausgabenseite bleibt der Sozialetat mit 527 Mio. Euro für 2024, im Vergleich zu 493 Mio. Euro im Vorjahr. Davon entfallen 337 Mio. Euro auf die Eingliederungshilfe. Dies bedeutet eine Steigerung um 10,6 Prozent. Der Vermögenshaushalt schlägt mit 13,4 Mio. Euro zu Buche.

Für Bezirkstagspräsident Franz Löffler steht fest: „Der Bezirk nimmt seine Aufgaben für eine sozial gerechte Gesellschaft ernst und übernimmt auch wirtschaftliche Verantwortung.“ Das bedeutet konkret: Die Mehraus-

gaben von 35 Mio. Euro können nicht komplett über die Umlage finanziert werden. Daher wird der Bezirk zum ersten Mal seit über 20 Jahren wieder einen Kredit in Höhe von 3 Mio. Euro aufnehmen sowie 9,7 Mio. Euro aus den Rücklagen dem Haushalt zuführen. Die Erhöhung der Umlage um 0,5 Prozentpunkte auf 19,3 Prozent bedeutet dabei aber immer noch den zweitniedrigsten Hebesatz innerhalb der sieben bayerischen Bezirke.

## ... und in Oberbayern

Mit einem Gesamtvolumen von 2,6 Mrd. Euro hat auch der Haushalt des Bezirks Oberbayern für 2024 eine neue Rekordmarke erreicht. Die Summe umfasst den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Rund 95 Prozent fließen in die sozialen Leistungen des Bezirks. Die Bezirksumlage bleibt das dritte Jahr in Folge stabil bei 22 Prozentpunkten.

Laut Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger ist dies nur mit „gewaltigen Kraftanstrengungen“ gelungen. Für die Stabilität zahle der Bezirk einen hohen Preis. „Wir entnehmen 84,5 Mio. Euro aus unserer Rücklage. Damit entlasten wir die kommunale Familie und zeigen, dass wir verlässliche Partner sind.“

Dem Hebesatz liegt ein ungedeckter Bedarf von 2,2 Mrd. Euro zugrunde (plus 71 Mio. Euro). 375 Mio. Euro fließen dem Verwaltungshaushalt durch Einnahmen sowie durch die Entnahme aus der Rücklage zu. Daraus ergibt sich ein Volumen von 2,5 Mrd. Euro im Verwaltungshaushalt. Basis für den Hebesatz 2024 ist die Umlagekraft von 2022. Diese war trotz schwieriger Rahmenbedingungen wegen der Coronapandemie leicht um 3,4 Prozent gestiegen.

Für 2024 rechnet die Kämmerin im Sozialhaushalt wegen der hohen allgemeinen Preissteigerungen mit Nettoausgaben in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro – ein Plus von 171 Mio. Euro; bei den Nettoausgaben sind die Einnahmen gegengerechnet. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 336,5 Mio. Euro – mit 33,6 Mio. Euro ebenfalls ein deutlicher Anstieg gegenüber 2023. Seit 2022 sind die Kosten für die Hilfe zur Pflege damit in Oberbayern um rund 75 Mio. Euro angewachsen. Allein für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gibt der Bezirk 2024 rund 1,4 Mrd. Euro aus (plus 109 Mio. Euro).

## Mittelfranken bleibt stabil

Mit 23,5 Prozent bleibt auch in Mittelfranken der Hebesatz für die Umlage stabil – und das bereits im sechsten Jahr. Das Gesamtvolumen des Haushalts liegt bei knapp über 1,1 Mrd. Euro. Der größte Anteil der geplanten Ausgaben ist für die Soziale Sicherung veranschlagt. „Wir sind verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Der Bezirk Mittelfranken ist als Träger der überörtlichen Sozialhilfe für diese Menschen ein zuverlässiger Partner“, kommentierte Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster die Verabschiedung des Milliardenetats.

Mit über 80 Prozent oder rund 951 Mio. Euro dominieren die Ausgaben im sozialen Bereich den Verwaltungshaushalt. Diese Summe fließt zum größten Teil in die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (617 Mio. Euro) und in die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege (134 Mio. Eu-

GZ

KOLUMNE  
Franz Löffler

## Liebe Leserinnen und Leser,

Laientheater in der Oberpfalz ist künstlerisches und soziales Ereignis von Menschen für Menschen. So habe ich das über viele Jahrzehnte in meiner Heimatstadt Waldmünchen selbst erlebt und erfahren. Dort zieht jedes Jahr im Juli und August auf der Freilichtbühne das historische Festspiel um den Pandurenoberst Franz Freiherr von der Treck die Zuschauer in Bann. Wird er mit seinen Panduren auch die Stadt Waldmünchen plündern und niederbrennen, wie vorher schon in Cham geschehen? Oder wird die von ihm als Kriegsbeute entführte Kathi Schwab ihn durch ihre Liebe davon abhalten können? Das dramatische Schauspiel um Macht, Gewissen und starke Gefühle in der Zeit des österreichischen Erbfolgekriegs 1742



tin Frank sich um den Nachwuchs keine Sorgen zu machen braucht. Das Festspiel ist auch Standortfaktor: So hat ein mittelständischer Firmenchef aus dem Raum Regensburg und früherer Schirmherr seine Investitionsentscheidung für die Stadt Waldmünchen getroffen.

## Festspiel- und Laientheaterförderung als Heimatpflege und zur Persönlichkeitsbildung

Die Stärkung des Heimatbewusstseins sowie die Bildung und Unterstützung in der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sind Schwerpunktthemen der Kultur- und Heimatpflege des Bezirks Oberpfalz. Deshalb fördert der Bezirk Oberpfalz seit über fünf Jahrzehnten Oberpfälzer Festspiele, aktuell mit insgesamt ca. 40.000 Euro pro Jahr. Finanziell unterstützt werden neben dem „Trenck“ auch der Pflingstritt in Bad Kötzing oder die Drachenschiff-Festspiele in Furth im Wald. Zum Zug kommen aber auch die kleineren Festspiele wie die Burgspiele Parsberg oder der Festspielverein Wenzelbach für das Festspiel „Der letzte Ritter“.

Neben den Zuschüssen zu rund 50 Festspielen unterstützt der Bezirk Oberpfalz seit den 1980er Jahren die Laientheaterszene in der Oberpfalz zugleich fachlich. Seit fünf Jahren bietet Laienspielberaterin Evi Eiberger mit Unterstützung von Fachreferenten Seminare an zu Regie, Sprechtechnik, Bühnengestaltung und vielem mehr. Schon als Kind hat sie bei den Waldfestspielen in Bad Kötzing Theaterluft eingesaugt, ihre Arbeit als Assistentin und Regisseurin am Stadttheater Regensburg hat sie zur leidenschaftlich engagierten Theaterschaffenden gemacht. Das von ihr seit zwei Jahren angebotene Programm „Laimiaus“ hat zum Ziel, aus dem, was da ist, das Bestmögliche zu machen. Eiberger Blick von außen und das gemeinsame Spiel schaffen Raum für neue Herangehensweisen. Ihre Arbeit kommt an: „Wir haben durch dich gelernt über unseren Tellerrand hinauszusehen und auch mal mutig zu inszenieren“, sagt etwa Karin Michl, Regisseurin des Festspiels „Der Hussenkrieg“ in Neunburg vorm Wald.

Ich bin davon überzeugt: Die Darstellung einer anderen Person kann das Einfühlungsvermögen für andere Menschen und das Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft stärken. Diese sozialen Kompetenzen sind ein gutes Rüstzeug für ein gelingendes Leben.

## Ihr Franz Löffler

Bezirkstagspräsident der Oberpfalz und Landrat des Landkreises Cham

## Laientheater ist Kunstform und soziales Erlebnis

wird von über 400 ehrenamtlich Aktiven zum Leben erweckt: Als Darsteller auf der Bühne, als Schwarze Panduren, beim Fanfarenzug, im Pandurenlager, aber auch im Kartenvorverkauf, bei der technischen Betreuung der Bühne oder das Jahr über in der Versorgung der Pferde. Die Ausstrahlung des Festspiels reicht weit über Waldmünchen hinaus, rund 1/3 der Online-Tickets werden außerhalb des Landkreises Cham verkauft.

## Festspiele sind sozialer Kitt für eine starke Gemeinschaft

Es gibt Menschen, die eigens ihren Urlaub so planen, dass sie bei „ihrem“ Trenck mitmachen können. Als Gründungsmitglied der Schwarzen Panduren, ehemaliger Vorstand und seit 2010 als Präsident freue ich mich stets aufs Neue auf unser „Trenck-Kranzel“ zum Abschluss der Festspielsaison. Hier zeigen sich die persönliche Bindung und der soziale Zusammenhalt, wenn Mitstreiter für ihren Einsatz über Jahrzehnte ausgezeichnet werden. Auch in Zeiten von Social Media lassen sich junge Menschen für Trenck begeistern, so dass unser Vereinsvorstand Mar-

ro). Um den Ausbau von ambulanten Versorgungs- und Beratungsangeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen zu unterstützen, sind knapp 30 Mio. Euro veranschlagt. Gerade wegen der massiven Zunahme von psychischen Störungen und Suchterkrankungen sieht sich der mittelfränkische Bezirkstag in der sozialen Verantwortung, diese psychosozialen ambulanten Hilfsangebote auszubauen. Um Menschen mit eingeschränkter Kommunikationsfähigkeit eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist geplant, ein Kompetenzzentrum „Unterstützte Kommunikation“ einzurichten. Als Anschubfinanzierung sind dafür 125.000 Euro vorgesehen.

## Keine Veränderungen in Niederbayern

Keine Veränderungen beim Umlage-Hebesatz gibt es auch im Bezirk Niederbayern. Nach den Worten von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bleibt der Hebesatz für die Umlagezahler stabil bei 20 Prozent. „Unsere Umlagezahler können trotz aller Herausforderungen auch künftig darauf vertrauen, dass wir eine solide Finanzpolitik verfolgen, Entscheidungen mit Augenmaß treffen, sparsamen wirtschaften und klug priorisieren“, betonte Heinrich und ergänzte: „Gerade auch den uns anvertrauten sozial Schwachen, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung, aber

auch Leistungserbringern und Diensten sei gesagt: Wir stehen zu unserer Verantwortung.“

Für das Jahr 2024 beträgt das Volumen des Verwaltungshaushalts 579,4 Mio. Euro und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um etwa 27,4 Mio. Euro (5,0 Prozent). Der Umlagebedarf erhöht sich somit von 361,1 Mio. Euro auf 29,8 Mio. Euro auf insgesamt 391 Mio. Euro. In besonderem Maße steigen die Ausgaben im Bereich „Soziale Sicherung“. Hier erwartet der Bezirk aufgrund gestiegener Personalkosten und immer umfassender Aufgaben eine Erhöhung des Zuschussbedarfs um rund 39,3 Mio. Euro.

Der Vermögenshaushalt sieht Ausgaben von insgesamt 17,5 Mio. Euro vor, von denen rund 5,8 Mio. Euro auf Baumaßnahmen und 4,2 Mio. Euro auf Investitionszuweisungen entfallen. Rund 1,6 Mio. Euro müssen für den Erwerb von beweglichen Sachen und immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgebracht werden. Für die Kredittilgung sind rund 1,1 Mio. Euro veranschlagt. An den Verwaltungshaushalt ist eine Zuführung von etwa 4,8 Mio. Euro vorgesehen. Zur Finanzierung der Ausgaben ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 17 Mio. Euro geplant. Insgesamt hat der Gesamthaushalt für den Bezirk Niederbayern ein Volumen von 870,1 Mio. Euro.

Mit einem Gesamtvolumen von gut einer Milliarde Euro erreicht das Zahlenwerk im Bezirk

Unterfranken in diesem Jahr eine neue Rekordmarke.

## Unterfranken senkt Hebesatz

Trotz des großen Haushaltsvolumens hat der Bezirkstag einstimmig beschlossen, den Hebesatz um 1,7 Prozent auf 18,3 Prozent zu senken. Damit habe man den niedrigsten Hebesatz in ganz Bayern, stellte Bezirkstagspräsident Stefan Funk fest. Sorgen bereitet den Bezirksräten vor allem die Finanzsituation der Krankenhäuser und Heime, die in den Erfolgsplänen einen Jahresfehlbetrag von insgesamt rund 5,9 Mio. Euro erwarten.

Mit Blick auf die Senkung des Hebesatzes sagte Funk, dass diese den Umlagezahlern direkt zugutekäme, aber auch notwendig war, weil das vergangene Jahr mit einem besseren Ergebnis als geplant abschloss. „Wir werden die Rücklage auf die gesetzliche Mindestrücklage absenken, dadurch ist uns die einmalige Senkung des Hebesatzes möglich“, erläuterte der Präsident.

Als Meilenstein bezeichnete Funk den Umzug eines Teils der Verwaltung in das neue Verwaltungsgebäude am Hubland. Überhaupt sei im kommenden Jahr eine der großen Herausforderungen die Personalgewinnung. Man wolle deshalb unter anderem eine Mini-Kita im Bezirksverwaltungsgebäude einrichten, um für Arbeitnehmer noch familienfreundlicher zu werden.

Der Kameralhaushalt wird für (Fortsetzung auf Seite 4)

## Erfurter Gleichstellungsbeauftragte fristlos entlassen:

## Novum in Deutschland

Wie sie mutmaßliche sexuelle Übergriffe am Theater Erfurt öffentlich machte, wurde Erfurts Gleichstellungsbeauftragte Mary-Elle Witzmann Ende des vergangenen Jahres fristlos von der Stadt entlassen. Dagegen klagt Witzmann nun vor dem Verwaltungsgericht. Die Übergriffe werden weiter überprüft. Ein einmaliger Fall in der Geschichte kommunaler Gleichstellungsbeauftragter.

In mehreren Fällen hatte Witzmann Beschäftigte des städtischen Theaters begleitet, die Opfer von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geworden waren. Nun geht es darum, zu klären, ob das Handeln der Gleichstellungsbeauftragten gemäß des Thüringer Gleichstellungsgesetzes rechtmäßig war. Die Klage ist von großer Bedeutung für die Arbeit aller Gleichstellungsbeauftragten, da sie sich auf den Umgang mit sexueller Belästigung in städtischen Institutionen bezieht.

Witzmanns Anwalt beteuert, seine Mandantin habe nur den Opfern helfen und ihren Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragter nachkommen wollen. Zu denen gehöre auch Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt als Beklagte spricht von eigenmächtigem Verhalten, „grober Pflichtverletzung“ und einem irreparablen „Vertrauensverlust“.

Im Erfurter Stadtrat hatte das Vorgehen von Oberbürgermeister Andreas Bausewein rund um die Entlassung für Entrüstung

gesorgt. Vier Fraktionen warfen ihm vor, ein „verheerendes Signal“ an Betroffene von sexualisierter Gewalt zu senden und die Aufklärung von Vorwürfen zu erschweren. Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) äußerte ihr Befremden über den Vorgang. Sie sieht in dem Vorgehen der Stadt Erfurt gegen die ehemalige Gleichstellungsbeauftragte ein fatales Zeichen für Betroffene von sexueller Belästigung. Außerdem sei es ein höchst beunruhigender Präzedenzfall im Umgang mit einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, ist sie doch eine zentrale Stimme für die Vertretung der Interessen von Betroffenen von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Über die Rechtmäßigkeit der Kündigung muss nun das Arbeitsgericht entscheiden. Witzmann hatte das Amt der Gleichstellungsbeauftragten erst im Sommer 2023 angetreten. DK

## Für wirtschaftliche ...

(Fortsetzung von Seite 1)

stetig wachsendes Personal im öffentlichen Bereich dafür reduziert werden müssten. Eine moderne Infrastruktur von der Schiene über das Stromnetz bis zum schnellen Internet sei die Basis einer erfolgreichen Wirtschaft. Auch müsse die Ampel aufhören, „unsere Leitindustrien wie die Automobilindustrie zu bekämpfen. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die von der Ampel initiierte Regulierung der Chemieindustrie muss gestoppt werden. Der Irrweg des Staatsdirigismus - wie im Heizungsgesetz - muss beendet werden“, so die CSU-Fraktion.

### Agenda für die Fleißigen

„Eine Agenda für die Fleißigen aufsetzen, unsere Arbeitskräfte bestmöglich ausbilden, unterstützen und als Garanten für unseren Wohlstand entlasten“, lautet Forderung Nummer 2. Beim Bürgergeld müsse das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder Leitprinzip werden. „Im Moment subventionieren wir mit dem Bürgergeld die Arbeitslosigkeit. Das darf so nicht bleiben. Wir brauchen eine Wiedereinführung des Vermittlungsvorgangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung. Wir verlangen vom

Bund endlich eine bessere Ausstattung der Jobcenter mit ausreichenden Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets, um diese nachhaltig in die Lage zu versetzen, die Betreuungintensität zu erhöhen und die Leistungsberechtigten tatsächlich stärker zu fördern und zu fordern.“ Auch müsse sich Mehrarbeit lohnen. Dafür würden attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr Erwerbsanreize und insgesamt höhere Arbeitsvolumen benötigt. Die Pendlerpauschale sei zu erhöhen und zu dynamisieren. Überdies müsse die tägliche Höchstarbeitszeit im Sinne der EU-Arbeitsrichtlinie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden.

### Wirksames Maßnahmenpaket

Eine Politik für bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung steht ebenso auf der CSU-Agenda. Gefordert wird ein sofort wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche Minimum senkt, die versprochenen Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten umsetzt und die energieintensiven Branchen nachhaltig entlastet. Energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bräuchten dringend einen effizienten Brückenstrom-

preis. Vonnöten sei überdies eine belastbare Kraftwerkstrategie. Bloße Ankündigungen schafften noch keinen Investitionsrahmen. Die Bundesländer müssten bei der Planung der Standorte frühzeitig einbezogen und die Energiebedarfe belastbar ermittelt werden. Auch müsse die Ampel endlich alle erneuerbaren Energien gleichermaßen in den Blick nehmen und die Benachteiligung von Geothermie, Wasserkraft und Bioenergie beenden.

### Entrümpelungsgesetz gegen unnötige Gesetze

Stichwort Bürokratieabbau: Nach bayerischem Vorbild muss die Ampel laut CSU-Fraktion mit einem echten Entrümpelungsgesetz unnötige Gesetze, Vorgaben, Statistik- und Dokumentationspflichten abschaffen. Das Bürokratienteilungsgesetz IV greife hier viel zu kurz. Der Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung sei schnell und vollständig umzusetzen. Insbesondere die aktuelle Novelle des Bundesimmis-sionsschutzgesetzes müsse genutzt werden, um schnell wichtige erste Schritte einzuleiten.

Neben dem Fachkräftemangel sei die Unternehmensnachfolge eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung. Die Übergabe von mittelständischen Unternehmen müsse erleichtert werden. „Insbesondere steuerliche Belastungen und regulatorische Vorgaben rund um die Finanzierung der Unternehmensnachfolge erschweren häufig eine Übergabe. Das wollen wir praxisgerecht so gestalten, dass eine Übergabe an die nächste Generation auch außerhalb der eigenen Familie einfacher wird. Wir werden deshalb einen Praxischeck durchführen, der auch die bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich der Unternehmensgründungen in den Blick nimmt, um hier ein abgestimmtes Gesamtsystem sicherzustellen“, heißt es weiter.

### Stopp der Zusatzbürokratie

Geplante Ampel-Maßnahmen wie ein Tarifreuegesetz, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz und ein Anspruch der Beschäftigten auf Homeoffice müssen nach Auffassung der CSU-Fraktion gestoppt werden. Auf EU-Ebene müsse die Ampel einen sofortigen Stopp der Zusatzbürokratie durchsetzen. Neue Belastungen wie durch die Taxonomie-Verordnung, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie seien völlig aus der Zeit gefallen. Bestehende Regelungen, die mit hohem bürokratischem Aufwand für Unternehmen einhergehen, müssten auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert und anschließend konsequent überarbeitet bzw. abgebaut werden.

„Die Bundesregierung muss endlich den Wohnbau ankurbeln“, lautet die letzte Forderung. „In Deutschland werden tausende Wohnungen gebraucht, die Wohnbautätigkeit geht jedoch zurück. Hier braucht es nun endlich Planungssicherheit und Verlässlichkeit statt ständig neuer Vorgaben und plötzlicher Förderstopps“, betont die CSU-Fraktion. Um den Wohnungsbau wieder in Schwung zu bringen, würden berechenbare, bedarfsorientierte Förderungen, modernere, einfachere Bauvorschriften, Anreize bei der Grunderwerbssteuer und bessere Abschreibungsmöglichkeiten benötigt. Ziel sei es, in Bayern gemeinsam mit den Kommunen die Erteilung von Baugenehmigungen zu beschleunigen.

Vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt sprach von

## Verpasste Chance ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Roland Engehausen, zeigte sich über das Ergebnis enttäuscht: „Mit den angekündigten Regelungen wird die aktuelle Finanznot und Insolvenzgefahr in den Krankenhäusern überhaupt nicht beseitigt. Die angekündigten Liquiditätshilfen sind nur vorgezogene Zahlungen bereits bestehender Vergütungsansprüche, wodurch die Kliniken in diesem Jahr keinen Euro zusätzlich erhalten.“

### Kalter Strukturwandel

Engehausen zufolge ist ein künftiger Transformationsfonds notwendig für den Strukturwandel, aber keine Lösung für die derzeitige Situation. In diesem Jahr drohe weiterhin ein kalter Strukturwandel durch Insolvenzen und Standortschließungen aus wirtschaftlicher Not, wenn es auch künftig keine verbindliche Anpassung der regulären Erlöse über die sogenannten Basisfallwerte zum Ausgleich der Inflationslücke seit 2022 gibt.

Laut Gerlach „bleibt nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses das Transparenzgesetz unverändert, nur einige unrealistische Fristen müssen noch im Zuge eines anderen Gesetzes korrigiert werden. Enttäuschend ist vor allem auch, dass vom Bund nach wie vor nichts zu den von Länderseite seit geraumer Zeit geforderten finanziellen Verbesserungen bei den Kran-

einer „schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland“ und „tristen Konjunkturaussichten“. Von diesem Trend könne sich auch der Freistaat nicht abkoppeln. Immer deutlicher zeige sich, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, den Wirtschaftsstandort Deutschland flottzumachen. Der Fünf-Punkte-Plan der CSU setze dagegen die richtigen Schwerpunkte für die Wirtschaft.

### Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie

„Das Wichtigste für unsere Betriebe sind verlässliche, klare und einfache Rahmenbedingungen sowie ein spürbarer Rückbau bei Steuern, Abgaben und Bürokratie. Es muss den Unternehmen ermöglicht werden, den Weg aus der Krise aus eigener Kraft zu schaffen. Dafür muss endlich die Axt an den wuchernden Bürokratiedschungel gelegt werden“, unterstrich Handwerksstaatspräsident Franz Xaver Peteranderl. Es sei nicht mehr damit getan, „dass hier und da ein paar Paragraphen wegfallen“. Vorschriften, die unnützlich sind und sich nicht umsetzen lassen, müssten ganz abgeschafft werden. Um den Wohnungsbau anzukurbeln, habe die Bundesregierung im Herbst 2023 einige richtige Maßnahmen vereinbart, wie etwa die Einführung eines vorschrittenreduzierten Baustandards mit dem Gebäudetyp E sowie eine degressive AfA für Wohngebäude. Doch diese Maßnahmen müssten auch endlich umgesetzt werden.

Laut BBIV-Präsident Josef Geiger „haben die Abgeordneten der CSU-Fraktion die Anregungen der bayerischen Wirtschaft mit großem Interesse und Sachverstand aufgenommen und den Ernst der Lage erkannt. Der erarbeitete Fünf-Punkte-Plan verdeutlicht den ernsthaften Willen, die dringend notwendigen wirtschaftlichen Zeitenwende entschlossen anzugehen und umzusetzen, um Bayern und Deutschland wieder auf den richtigen Kurs zu bringen.“ DK

kenhausbetriebskosten kommt. Einige Krankenhäuser werden die Reform gar nicht mehr erleben, wenn Lauterbach sie weiter im Regen stehen lässt.“

Zudem kritisierte die Ministerin, dass nach der dualen Krankenhausfinanzierung allein der Bund für die auskömmliche Finanzierung von Betriebskosten verantwortlich sei. Zu den Betriebskostendefiziten habe der Bundesgesundheitsminister nichts Substantielles vor sich hören lassen. Dies sei angesichts der bekannt schwierigen Finanzsituation der Krankenhäuser in höchstem Maße alarmierend. Stattdessen kündigte Lauterbach einseitig einen Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro an, der nach seinen Vorstellungen zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern gespeist werden soll.

### Heftige Kritik an Lauterbach

Aus Gerlachs Sicht will Lauterbach einfach Festlegungen über 25 Milliarden Euro in den Länderhaushalten erzwingen. Diese Vorgehensweise bestätige den Eindruck, dass Lauterbach an einer echten Zusammenarbeit mit den Ländern auf Augenhöhe kein Interesse hat. Bedauerlich sei auch, dass das Transparenzgesetz in dieser Form nicht die gewünschte Transparenz für die Patienten schaffen wird. „Ich bin überzeugt, dass wir zuerst die Krankenhausreform vorantreiben und bei den wichtigen Themen wie den Leistungsgruppen und Öffnungsklauseln Klar-

heit schaffen sollten, bevor ein solches Transparenzverzeichnis eingerichtet wird. Ich hoffe, dass Herr Lauterbach nun seine Blockadehaltung bei der eigentlichen Krankenhausreform beendet und endlich in eine konstruktive Abstimmung mit den Ländern geht.“

Mit Blick auf die an das Gesetz gekoppelten Liquiditätshilfen für Krankenhäuser führte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, aus: „Die jetzt zugesagten Liquiditätshilfen helfen den Krankenhäusern zwar kurzfristig, aber es ist Geld, das den Häusern sowieso zusteht. Das reicht nicht aus, um die erheblichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser besonders für das Personal und durch die Inflation zu stemmen. Wir haben die große Sorge, dass vielen Krankenhäusern in den nächsten Monaten die Puste ausgeht, wenn der Bund nicht schnell Geld nachschiebt.“

Immerhin habe der Vermittlungsausschuss, so Dedy, eine Perspektive für die nötige Krankenhausreform eröffnet. Dies müsse dringend kommen, damit die strukturelle Unterfinanzierung der Häuser beseitigt wird. „Wir hoffen, dass sich Bund und Länder jetzt aufeinander zu bewegen und die Krankenhausreform zügig in ein Gesetz mündet“, erklärte der Hauptgeschäftsführer. Der angekündigte Transformationsfonds sei notwendig, damit der Umbau der Krankenhäuser und deren Finanzierung gelingen kann. „Das muss noch vor dem Sommer konkret werden, damit ein unstrukturisiertes Krankenhauserben vermieden wird.“ DK

### Asyl und Migration aus der Mitte heraus denken:

## Populismus löst keine Probleme

**Straub zieht erste Bilanz nach 100 Tagen im Amt als neuer Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung**

**Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Karl Straub, MdL, hat die ersten 100 Tage seiner Amtszeit genutzt, um sich einen guten Eindruck über die Situation im Bereich Integration und Asyl zu verschaffen.**

Neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter hat Straub in seiner neuen Funktion bereits fast 50 Termine absolviert, dazu unzählige Telefonate. Der neue Beauftragte tauschte sich bspw. intensiv mit dem Bayerischen Integrationsrat aus, verschaffte sich ein Bild über die Situation der Geflüchteten in mehreren bayerischen Ankereinrichtungen, diskutierte mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat über den Chancenaufenthalt, verließ Integrationspreise und hat sich auf Bund-Länderkonferenzen für die Interessen der bayerischen Migrationspolitik stark gemacht. Der Integrationsbeauftragte möchte genau in diesem Tempo weitermachen: „Das war nur der Anfang. Wir haben einige konkrete Ideen, die wir zeitnah umsetzen wollen.“

### Schwarz-Weiß-Denken fern der Lebensrealität

Straub, der bereits viele Jahre im Rechtsausschuss für Fragen der Asylpolitik und im Petitionsausschuss für die Klärung von Einzelfällen zuständig war,

zieht ein vorsichtig positives Fazit nach den ersten drei Monaten: „Die vielen Begegnungen, konstruktiv-kritischen Diskussionen und Gespräche mit Geflüchteten und Ehrenamtlichen bestätigen mich darin, dass wir Asyl und Migration aus der Mitte heraus begreifen müssen. Das Schwarz-Weiß-Denken trägt nicht zur Lösung von Problemen bei und entspricht auch nicht der Lebensrealität. Wir müssen Geflüchtete human und respektvoll behandeln, sie aber auch auf Grenzen des Machbaren sowie rechtliche Rahmenbedingungen hinweisen.“

Straub wird diese ersten Eindrücke und Erfahrungen zeitnah in einem Bericht an die Staatsregierung in Worte fassen. „Nach wie vor bin ich der festen Überzeugung, dass wir das Thema Asyl und Migration nur im Dialog mit der Bevölkerung, den Geflüchteten und allen am Prozess beteiligten Behörden und politischen Akteuren klären können. Daher stehe ich für eine Migrationspolitik mit Herz und Verstand“, so der Beauftragte abschließend. □

## Kriegsauswirkungen auf Bayern

**Die Aktualisierung des Dossiers zu den Auswirkungen des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf Bayern greift die aktuelle Datenlage nach fast zwei Jahren des anhaltenden Konflikts auf. Relevante Statistiken aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Verbraucherpreise, Landwirtschaft, Energie und Bildung zeigen die Effekte auf.**

Der im Februar 2022 begonnene Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine hat Auswirkungen auf viele Teile der Wirtschaft, Politik und der Gesellschaft.

Als Informationsdienstleister des Freistaats hat das Bayerische Landesamt für Statistik daher seit September 2022 eine

Auswahl der statistischen Veröffentlichungen in Form eines Dossiers zusammengestellt. Es zeigt exemplarisch auf, wie vielfältig der Krieg Einfluss auf unser Land nimmt.

Das Dossier ist online kostenfrei verfügbar unter: [www.statistik.bayern.de/produkte](http://www.statistik.bayern.de/produkte) □

## Mehr Schleuserdelikte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dannete er es als großes Problem, dass viele Asylbewerber nach Deutschland kommen, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert worden zu sein: „Es ist ein Unding, dass Schengen-Länder Flüchtlinge unkontrolliert ein- und

### Stabilität und ...

(Fortsetzung von Seite 1) 2024 mehr als 609 Mio. Euro betragen, für die Krankenhäuser und Heime sind knapp 393 Mio. Euro veranschlagt. Größter Ausgabeposten des Bezirks sind mit gut 523 Mio. Euro die Sozialleistungen. Das macht knapp 86 Prozent der Ausgaben aus.

### Auch Schwaben reduziert

Auch der Bezirkstag Schwaben wird den Hebesatz senken: um 1,5 auf 21,2 Prozentpunkte. Um bereits den Haushaltsentwurf 2024 auszugleichen, hat Bezirkstagspräsident Martin Sailer den Gremien in einem ersten Schritt empfohlen, 40 Mio. Euro aus den Rücklagen zu entnehmen. Von 2022 auf 2022 haben sich diese um rund 50 Mio. Euro auf mehr als 90 Mio. Euro erhöht. „Wir stehen jetzt in der Verantwortung, unsere Rücklagen für unsere Umlagezahler und für die Menschen in Schwaben abzubauen“, betonte Sailer.

Die kreisfreien Städte und Landkreise stünden vor gewaltigen Herausforderungen wie der Unterbringung von Geflüchteten, der Digitalisierung der Verwaltung und fehlendem Personal. Gerade in diesen Zeiten sei es das Ziel des Bezirks, ein verlässlicher Partner für all jene zu bleiben, die Unterstützung brauchen, so der Präsident. Bereits von 2021 bis 2023 konnte der Bezirk seinen Vorsatz einhalten, den neuen Hebesatz stabil zu halten. 2023 war sogar bereits eine leichte Senkung um 0,2 Prozentpunkte möglich. Der Gesamthaushalt des Bezirks überschreitet im Jahr 2024 erstmals die Milliardengrenze und umfasst knapp 1,1 Mrd. Euro. Der Verwaltungshaushalt steigt auf fast 1 Mrd. Euro an. DK

durchreisen lassen und damit eklatant ihre Pflichten aus dem Schengen-Abkommen und der Eurodac-Verordnung verletzen. Selbst im Erstaufnahmeland registrierte Flüchtlinge, die nach Deutschland weitergereist sind, werden oft nicht mehr zurückgenommen, auch wenn es das Dublin-Abkommen vorschreibt.“ Herrmanns Forderung: „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an seiner Grenze zurückzuweisen!“

### 20.000 Fahndungstreffer

In der Gesamtschau war das Vorgangsaufkommen der Bayerischen Grenzpolizei 2023 leicht rückläufig: Mit 54.857 Vorgängen fielen 1.210 Vorgänge weniger zur Sachbearbeitung an als 2022. „Das ist aber trotzdem der zweithöchste Wert seit Gründung der Bayerischen Grenzpolizei vor fünfzehn Jahren“, stellte der Minister fest. Insgesamt erzielte die Grenzpolizei 19.650 Fahndungstreffer, rund 2.000 weniger als im Vorjahr. Darunter waren 1.352 Menschen, gegen die ein Haftbefehl vorlag, sowie fast 3.600 Fälle von Drogenkriminalität.

Wie Herrmann weiter ausführte, werde die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. Bereits seit ihrer Gründung im Juli 2018 wurde die Zahl der Grenzpolizisten bereits um mehr als 370 auf aktuell über 850 erhöht, und weitere 50 Personalzuteilungen sind für März 2024 geplant. Mit dann rund 900 Grenzpolizisten erreicht die Bayerische Grenzpolizei einen neuen Personalhöchststand.

Zudem kündigte der Innenminister an, weiter in eine hochmoderne Ausstattung der Grenzfahnder zu investieren. Derzeit testet die Bayerische Grenzpolizei innovative Personendetektionsgeräte, die über den Herzschlag beispielsweise auf Ladeflächen versteckte Personen erkennen können. Zudem sei die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei bei der Abstimmung der Kontrollen „hervorragend“. DK

# Lösungen nach Maß für die klimaneutrale Energiezukunft

GZ-Interview mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh

Sichere Versorgung, erneuerbare Energien und ein breites Portfolio an Dienstleistungen für Privathaushalte, Kommunen und Gewerbe – das bietet die energie schwaben Gruppe. Mehr als 210 Städte und Gemeinden versorgt die energie schwaben-Tochter schwaben netz über ein 7.100 Kilometer langes Leitungsnetz. Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Leitungen, werden in Zukunft zunehmend klimaneutrale Gase wie Biogas und Wasserstoff transportiert werden. Wie sich das Unternehmen für die Herausforderungen der Zukunft wappnet und welchen Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz der traditionelle Gasnetzbetreiber schon jetzt leistet, darüber sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh.

**GZ:** Herr Schoof, seit Sommer 2023 sind Sie Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Wo waren Sie vorher beruflich tätig und warum sind Sie nach Augsburg gewechselt?  
**René Schoof:** Bei E.ON und zuletzt Uniper war ich zehn Jahre für das Thema Wasserstoff zuständig und habe große technische Projekte begleitet, die uns die grüne Transformation ermöglichen werden. Tatsächlich hat mich bei schwaben netz neben dem attraktiven Standort Augs-

burg die Aufgabe gereizt, meinen gesammelten Erfahrungsschatz in die Praxis umzusetzen, denn der Umbau unserer Energieversorgung ist eine Herausforderung, die regional bewältigt wird und bei der die bestehende Infrastruktur Teil des künftigen nachhaltigen Energiesystems sein muss.



René Schoof.

Bild: Christina Bleier

**GZ:** Das heißt, das bestehende Gasnetz muss auf eine Weise ertüchtigt werden, dass es nicht überflüssig wird, sondern weiterhin an der Wertschöpfung teilhaben kann?  
**Schoof:** Exakt. Das ist unser Hauptaugenmerk. Das Gasnetz in Deutschland verfügt über 550.000 Kilometer Rohrleitungen im Untergrund sowie 25 Milliarden Kubikmeter Speicherkapazität. Der DVGW hat diese Infrastruktur mit rund 260 Milliarden Euro Volksvermögen bewertet. Das ist gesellschaftlich akzeptiert. Fakt ist: Wir müssen den Energieträger Gas defossilisieren, zum Beispiel mit Hilfe von Biomethan. Ich sage bewusst nicht dekarbonisieren, denn ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben. Klar ist schon jetzt, es wird nicht nur die eine Lösung geben, sondern viele, damit wir die Anforderungen an eine klimaneutrale Energieversorgung erfüllen können.

## Ohne Kohlenstoff gibt es kein Leben

**GZ:** Wie viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat schwaben netz und was bietet das Unternehmen seinen Kunden an?  
**Schoof:** Aktuell sind wir etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Bereichen Technik,

Planung, Bau und Betrieb sowie kaufmännisch tätig sind. Bislang war die Verteilung von Gas und der Anschluss an das Verteilnetz unser Hauptangebot. 120.000 private Haushalte und 850 Industriekunden sind an unser Netz angeschlossen. Mit Blick auf die Energiewende ist unsere Leistungspalette allerdings vielfältiger geworden: Neben dem klassischen Geschäft unterstützen wir die Industriekunden etwa bei der Umstellung auf grüne Energien (Stichwort H2-Readiness). Aktuell führen die Ferngasnetzbetreiber in Zusammenarbeit mit uns eine Abfrage nach dem Wasserstoffbedarf in den einzelnen Regionen durch. Das Ergebnis fließt in einen Szenariorahmen, den die Bundesnetzagentur prüfen wird. Daraus werden sich Bedarfe ergeben, die in den Netzausbau und -neubau für die Jahre 2025 bis 2028 einfließen werden.

**GZ:** Vor zwei Jahren noch konnte niemand die energiepolitische Entwicklung absehen. Bereits zehn Jahre beschäftigen Sie sich mit dem Thema Wasserstoff. War es damals schon das Ziel, langfristig die fossilen Brennstoffe zu ersetzen?  
**Schoof:** In den vergangenen zehn bis 15 Jahren hat sich in puncto Wasserstoff sowohl in Deutschland als auch in Europa viel getan. Als ich mit dem Thema Power-to-Gas in Berührung kam, ging es darum, langfristige Speichermöglichkeiten für erneuerbare Energien zu finden. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass es mit dem Zubau von Erneuerbaren – Windkraft im Norden und Photovoltaik im Süden Deutschlands – Situationen geben wird, in denen die Netze nicht in der Lage sind, den Strom aufzunehmen oder aber Kapazitäten fehlen, wenn Wind und Sonne nicht verfügbar sind. 2013 war ich E.ON-Projektleiter für eine der ersten Power-to-Gas-Anlagen im brandenburgischen Falkenhagen. Sie erzeugte mit Hilfe von Elektrolyse rund 360 Kubikmeter Wasserstoff pro Stunde. Dieser wurde vor Ort in das regionale Ferngasnetz eingespeist und stand damit als Beimischung im Gas für die Erzeugung von Wärme und Strom zur Verfügung. Das war die damalige Grundidee.

**GZ:** Und wie gestaltete sich der weitere Prozess?  
**Schoof:** Letztlich setzte sich in der Branche die Erkenntnis durch, dass Wasserstoff nicht nur auf die Energiespeicherung und den Transport beschränkt ist, sondern auch stofflich genutzt werden kann. Seit dem russischen

Angriffskrieg wurden deutschlandweit zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Es besteht aber die Gefahr, dass Deutschland aufgrund ungünstiger politischer Rahmenbedingungen hier den Anschluss verliert. Dies gilt es zu verhindern.

## Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

**GZ:** Aber auch in der Energiebranche sind verlässliche Strukturen doch unverzichtbar?  
**Schoof:** Investitionsentscheidungen, die wir heute treffen, haben zum Teil Amortisationszeiten von mehreren Jahrzehnten. Die Halbwertszeit bestimmter Gesetzgebungsverfahren ist aber mittlerweile sehr kurz. schwaben netz hat mit 210 Kommunen Gasnetzkonzeptionen vereinbart. Vor allem als 2023 eine Neufassung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen wurde, war die Verunsicherung im Netzgebiet groß. Wir haben Ruhe bewahrt und Aufklärungsarbeit geleistet. Sowohl technisch als auch regulatorisch versuchen wir als Partner der Kommunen, unsere Erfahrungen und Sichtweisen einzubringen. Wir betonen aber schon: Vergesst nicht die Physik, die Investitionen und die Versorgungssicherheit!

## „Transformation in ein Erneuerbare-Gase-System“

**GZ:** Trotz der unsicheren Rahmenbedingungen: Halten Sie daran fest, bis 2040 klimaneutral sein zu können?  
**Schoof:** Ab 2045 hat sich Deutschland gesetzlich verpflichtet, klimaneutral zu wirtschaften, für Bayern gilt dies schon ab 2040. Das ist der Rahmen, unter dem wir uns aufstellen. Deshalb verfolgen wir auch genau jetzt das Thema „Transformation des Erdgassystems in ein Erneuerbare-Gase-System“. Wenn der Rahmen passt, ist das Vorhaben umsetzbar.

**GZ:** Wir sprechen hier vom schrittweisen Abschied von fossilem Erdgas. Wie wollen Sie dieses ersetzen bzw. den Bedarf sicherstellen?  
**Schoof:** Es gibt zwei Varianten. Ein wichtiger Baustein für die Energiewende ist Biomethan. Deutschland verfügt über etwa 8.000 Biogasanlagen, die allerdings überwiegend Strom aus Gas erzeugen. Die 20 Jahre währende EEG-Förderung wird in den nächsten Jahren auslaufen, so dass sich die Betreiber überlegen, wie sich eine solche Anlage in Zukunft rechnet. Speziell bei uns im Netzgebiet besteht großes Interesse, Biogas einzuspeisen. Momentan baut schwaben netz mehrere Einspeiseanlagen, zuletzt auf dem Hof Burgösch bei Baisweil im Ostallgäu. Damit werden wir zwar nicht das komplette Gassystem umstellen können. Wir gehen davon aus, dass wir in Bayerisch-Schwaben perspektivisch 20 bis 25 Prozent an Erdgas ersetzen können.

**GZ:** Und was geschieht mit dem Rest des zu verteilenden Erdgases?  
**Schoof:** Hier kommt der grüne Wasserstoff ins Spiel. Mit dem Gasnetzgebietstransformationsplan (GTP) wird der Transformationsbedarf auf lokaler Ebene ermittelt, um die regionale und sichere Versorgung mit klimaneutralen Gasen konkret auszugestalten. Dies geschieht in Abstimmung mit den Kommunen und den Industrie- und Gewerbetunden vor Ort. Als Teil der energie schwaben Gruppe war schwaben netz von Anfang an Mitbe-

gründer der Initiative H2vorOrt, deren Mitglieder den GTP erarbeiten. Mehr als 95 Prozent des regionalen Verteilnetzes von schwaben netz ist bereits H2-ready. Die vor uns liegende Aufgabe ist, bis 2045 zu 100 Prozent klimaneutrale Gase im Netz zu haben.

Laut der Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB), die an der finalen Modellierung des Wasserstoff-Kernnetzes und dessen Optimierung gearbeitet haben, werden wir voraussichtlich 2032 nördlich von Augsburg ein neues Wasserstoff-Kernnetz mit einer Leitungslänge von ca. 9.700 Kilometern bekommen. Es wird zu etwa 60 Prozent auf bestehenden Gasleitungen basieren, die umgestellt werden.

**GZ:** Zu wieviel Prozent werden wir in Deutschland unseren Wasserstoffbedarf decken können?  
**Schoof:** Deutschland verbraucht jährlich etwa 2.500 Terawattstunden an Primärenergie, davon werden 70 Prozent aus dem Ausland importiert. Diese Größenordnung wird sich in Zukunft kaum verändern, Deutschland wird sich auch in Zukunft nicht vollständig selbst versorgen können. Die Frage ist: Was haben wir aus der Vergangenheit gelernt? Begeben wir uns wieder in direkte Abhängigkeiten? Und hier bietet der Wasserstoff vielleicht den Vorteil, nicht auf einen einzigen Lieferanten angewiesen zu sein.

**GZ:** Als regional starker Netzbetreiber ist schwaben netz Ansprechpartner der Kunden vor Ort. Ob Gebäudeenergiegesetz oder Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung – es kommt einiges auf uns zu. Wie ist aktuell die Stimmung bei Ihren Kunden, spüren Sie Unsicherheit? Wie können Sie Unterstützung bieten?  
**Schoof:** Momentan sind Ruhe und Sachlichkeit in die Diskussion eingekkehrt. GEG und WPG geben



GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit René Schoof, Technischer Geschäftsführer der schwaben netz gmbh. Bild: Christina Bleier

die Leitplanken vor, in denen sich die Kommunen bewegen müssen. Viele unserer Konzessionskommunen sind klein und haben nicht die Ressourcen, alle Neuerungen hauptamtlich in vollem Umfang umzusetzen. Als energie schwaben-Gruppe bieten wir an, mit ihnen gemeinsam eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen.

Und wie ich schon sagte: Es gibt nicht die eine Lösung. Das geplante Einbauverbot von Gasheizungen der Bundesregierung war ein Fehler. Wir sagen hier ganz deutlich: Im Neubau wird Gas in Zukunft keine große Rolle spielen. Da ist die Wärmepumpe sicherlich das Mittel der Wahl. Im Bestand aber muss es andere Optionen geben. Mit dem WPG ist das jetzt gut gelungen, da es jeder Kommune die Pflicht, aber auch das Recht gibt, für sich selbst zu entscheiden, was die beste Lösung ist.

## Mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus

**GZ:** Wenn Sie sich etwas wünschen dürften, das Ihnen die Arbeit erleichtert: Was wäre das?  
**Schoof:** Ich kann hier für die gesamte Energiebranche sprechen: mehr Verlässlichkeit vonseiten der Politik! Wir wünschen uns, dass sachlich gearbeitet wird, dass man Expertinnen und Experten zu Wort kommen lässt, ihnen zuhört und sie richtig interpretiert. Im Moment scheint mir die Politik getrieben von sich selbst. Ich wünsche mir mehr Diskurs, mehr Sachlichkeit, Ruhe und Pragmatismus. Deutschland wurde einmal als das Land der Dichter und Denker bezeichnet. Diese Tradition sollten wir wieder aufleben lassen. Dann finden wir auch die richtigen Lösungen. **DK**

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

**Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff**

energie schwaben

Reaktionen zur Kraftwerksstrategie der Bundesregierung:

## Wichtiger Sinneswandel

Nach langem Ringen hat sich die Bundesregierung auf eine Strategie zum Bau wasserstofffähiger Gaskraftwerke in Deutschland geeinigt. Sie soll den Rahmen schaffen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke, die in der Lage sind, zukünftig mit Wasserstoff betrieben zu werden, hieß es in einer Mitteilung.

Kurzfristig sollen neue Gaskraftwerkskapazitäten im Umfang von bis zu viermal 2,5 Gigawatt ausgeschrieben werden. Ab einem 2032 festzulegenden Umstiegsdatum sollen sie „zwischen 2035 und 2040“ vollständig auf Wasserstoff umstellen. Geplant ist, die Förderungen aus dem Klima- und Transformationsfonds, einem Sondertopf des Bundes, zu finanzieren.

Neben dem „konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze erfordert die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit unseres Stromsystems moderne, hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke“, erklärte die Bundesregierung. Insbesondere sollen die Kraftwerke die Versorgung mit klimafreundlichem Strom auch in Zeiten mit wenig Sonne und Wind gewährleisten.

Wie es aus Koalitionskreisen hieß, liegen die Kosten bei ca. 16 Milliarden Euro für die nächsten rund 20 Jahre. Laut Mitteilung wurde vereinbart, dass Konzepte für einen sogenannten Kapazitätsmechanismus erarbeitet werden sollen. Eine politische Einigung darüber solle innerhalb der Bundesregierung bis spätestens Sommer 2024 erzielt werden. Über einen solchen Mechanismus könnten Betreiber in einigen Jahren dafür ho-

noriiert werden, dass sie Kraftwerkskapazitäten vorhalten.

### VKU fordert zügige und praxistaugliche Strategie

„Der VKU begrüßt, dass es jetzt in der Bundesregierung eine politische Verständigung über Eckpunkte einer künftigen Kraftwerksstrategie gibt. Die grundsätzliche Verständigung auf einen Kapazitätsmechanismus für gesicherte Stromleistungen ist richtig, das hatte der VKU bereits seit langem gefordert“, betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einer ersten Einschätzung. Der Erfolg der Pläne werde jedoch maßgeblich von der konkreten Umsetzung abhängen. Den Eckpunkten müsse nun zügig eine praxistaugliche Strategie folgen.

„Richtig ist, dass die Einigung eine Verzahnung von kurzfristig ausgeschrieben Kraftwerken mit dem langfristigen Marktdesign vorsieht. Entscheidend ist allerdings, dass möglichst schnell Klarheit herrscht: Sowohl über die konkrete Ausgestaltung der im Rahmen der Kraftwerksstrategie kurzfristig vorgesehenen Ausschreibungen als auch über die Rahmenbedingungen eines zukünftigen Kapazitätsmarkts. Hier wird es auf die Details ankommen“, machte Liebing deutlich. „Damit es unter diesen Umständen überhaupt

genügend Bieter gibt, muss bei den Ausschreibungen daher ein besonderes Augenmerk auf die Akteursvielfalt gelegt werden: Die Bildung von neuen Oligopolen im Bereich der Versorgungssicherheit muss unbedingt verhindert werden.“

Zu einer Kraftwerksstrategie aus einem Guss zählen aus Sicht des VKU-Hauptgeschäftsführers KWK-Anlagen. Sie unterstützen die Systemdienlichkeit der neuen Kraftwerke. Deswegen müsse die nun vorgelegte Einigung mit einer Verlängerung des Kraftwärmekopplungsgesetzes (KWKG) über 2026 hinaus flankiert werden.

### BDEW: Notwendige Bausteine für Investitionssicherheit

Wie Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, darlegte, „ist der Zubau neuer Gaskraftwerke Grundlage für den Kohleausstieg. Gleichzeitig sind die wasserstofffähigen Gaskraftwerke wichtige Abnehmer und damit relevanter Baustein für Planungssicherheit im Rahmen des Wasserstoffkernnetzes. Der politischen Einigung muss nun zeitnah ein konkreter Gesetzesvorschlag folgen, damit in diesem Jahr noch die erste Ausschreibung erfolgen kann.“

Nach Andreaes Auffassung ist es richtig, im Rahmen der Kraftwerksstrategie aus Kostengründen zunächst mit der Ausschreibung von neuen wasserstofffähigen Kraftwerken zu starten. Dies habe die Energiebranche als Beitrag zur Kosteneffizienz vorgeschlagen. Richtigerweise

würden teurere Hybrid- und Sprinter-Kraftwerke in der Strategie zurückgestellt. Auch die von der Energiebranche geforderte Verzahnung mit einem Kapazitätsmechanismus sei ein notwendiger Baustein für Investitionssicherheit.

Aus BDEW-Sicht muss auch die Rolle der Kraft-Wärme-Kopplung im Rahmen der Kraftwerksplanung bedacht werden. Die KWK leiste ebenso einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit sowie zur Absicherung der Wärmewende. Zusätzlich müsse das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz hinsichtlich einer verstärkten Dekarbonisierungswirkung mit Wasserstoff novelliert werden. Dass Doppelbelastungen von Abgaben und Gebühren auf Strom zur Speicherung und Elektrolyse beseitigt werden sollen, sei erfreulich und greife eine weitere Forderung der Branche auf.

„Nun muss dringend Klarheit für die Investoren geschaffen werden“, forderte Andreae. Die Finanzierungsfrage müsse ebenso schnell geklärt werden wie die beihilferechtliche Sicherheit sowie die Standortfrage. Zudem seien die konkreten Ausschreibungszeiträume für die Kraftwerke heute noch unklar. 2028 solle laut Einigung ein Kapazitätsmechanismus startklar sein. Auch vom Zusammenspiel zwischen den Ausschreibungen im Rahmen der Kraftwerksstrategie und des geplanten und notwendigen Kapazitätsmechanismus werde abhängen, wann ein Ausstieg aus der Kohleverstromung möglich sein wird.

„Die einzelnen geplanten Regelungen der Kraftwerksstrategie werden wir uns sehr genau ansehen und im Detail bewerten. Wichtig ist, dass die Energiebranche für den notwendigen Praxis-Check ausreichend Zeit erhält“, machte Andreae klar.

### Fachverband Biogas: Deutschland muss auf heimische Energie setzen

Nach Auffassung des Fachverbands Biogas ist in der Einigung der Bundesregierung ein wichtiger Sinneswandel weg vom Aufbau großer Kraftwerkskapazitäten, die durch Hybrid- und Sprinterkraft ergänzt werden sollten, hin zur Anreizung zuverlässiger und flexibler Kapazitäten erkennbar. „Genau das ist es, was das Stromsystem der Zukunft braucht und Biogas liefern kann“, stellte Verbandspräsident Horst Seide fest.

Mit Unverständnis reagierte er jedoch auf die Tatsache, „dass in der Einigung zwar von Technologieneutralität gesprochen wird, aber mit keinem Wort der Biogasanlagenpark erwähnt wird. Allein bis 2030 könnten mit den richtigen Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz bis zu 12 Gigawatt flexibler Leistung aus Biogas zur Verfügung stehen - langfristig sogar doppelt so viel“, hob Seide hervor. Mit dem aktuellen Ausschreibungsdesign hingegen riskiere die Bundesregierung Anlagenstilllegungen und eine noch größere Stromlücke, die wiederum später teuer geschlossen werden muss.

„Deutschland muss jetzt auf heimische Energie setzen, sonst wird bei knappen Kassen bestehende Infrastruktur zerstört. Wenn die aktuelle Regierung nicht schnell aufwacht, ist insbesondere das Wirtschaftsministerium dafür verantwortlich, dass ein zuverlässiger Biogasanlagenbestand zum Aufhören gezwungen wird. Ein Schaden, den kommende Regierungen nicht wieder gut machen können. Auch darf nicht vergessen werden, dass der heutige Biogasanlagenbestand ein wesentlicher Bestandteil der Wärmewende darstellt“, schloss Seide seine Ausführungen. **DK**



Windpark Oberngrub.

Bild: Helmut Krämer

Planungsverband Oberfranken-West:

## Weg frei für die Windkraft

„Wir haben den Weg frei gemacht für sechs neue Vorranggebiete für Windenergieanlagen in Ebermannstadt und Eggolsheim im Landkreis Forchheim sowie am Rennsteig im Landkreis Kronach.“ Der Bamberger Landrat Johann Kalb freute sich als Vorsitzender des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West über einstimmige Beschlüsse des Gremiums.

Diesen waren seit Mitte 2023 umfassende Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie Anhörungen von Trägern öffentlicher Belange vorausgegangen. Für die drei Vorranggebiete „Lange Meile“ bei Ebermannstadt und Eggolsheim waren rund 2.000 Stellungnahmen mit gut 100 unterschiedlichen Einwendungen eingegangen. Für die der Gebiete in den Gemeinden Ludwigsstadt, Tettau und Steinbach am Wald mit rund 700 ha im Landkreis Kronach gab es 37 Eingaben. In beiden Fällen wurden die Stellungnahmen gegen das überragende öffentliche Interesse der Energieerzeugung abgewogen.

### Wind-an-Land-Gesetz

Der Anteil der Vorranggebiete an der Fläche des Regionalen Planungsverbandes wächst mit diesen neuen Gebieten von 0,6 im Jahr 2022 auf nun gut 1,0 Prozent der gesamten Fläche. Der Bund hat im sogenannten Wind-an-Land-Gesetz für den Freistaat Bayern verpflichtende Flächenziele für mögliche Windenergieanlagen festgelegt: 1,1 Prozent bis Ende 2027 und 1,8 Prozent bis Ende 2032.

Die einstimmige Entscheidung und die korrekte Abwägung hat auch den Mitinitiator des Bürgermeisterappells, Altbürgermeister Helmut Krämer (CSU) gefreut, der diese Entscheidung als ein klares Signal für ganz Bayern sieht. „Die Oberfranken haben gezeigt, wie Energiewende geht - ein guter Tag für eine nachhaltige Energieproduktion

und für unser Klima“, so Krämer. Mit dem Bürgermeisterappell, den 432 Rathauschefs unterzeichnet haben, wollen die Kommunen, dass die Energiewende schneller und einfacher umgesetzt wird.

Sehr erfreut über die einstimmige Entscheidung war auch Bürgermeisterin Christiane Meyer, Ebermannstadt, gleichzeitig Kreisvorsitzende des Gemeindetages im Landkreis Forchheim. Dort steht nämlich erst ein einziges Windrad in Kasberg. Eggolsheims Bürgermeister Claus Schwarzmann will möglichst schnell die Genehmigungsplanung auf den Weg bringen. Seine Kommune hat bereits einen Großteil der Flächen im Vorranggebiet vertraglich gesichert, um Bürgerwindkraftanlagen umsetzen zu können.

### Potenzialflächen im Blick

Der Planungsverband Oberfranken-West hat es sich zum Ziel gesetzt, das 1,8-Prozent-Ziel bereits deutlich früher zu erreichen. Hierfür werden derzeit Potenzialflächen für Windkraft geprüft. Im Sommer 2024 wird das Verfahren für die Gesamtfortschreibung des Teilkapitels „Windenergie“ des Regionalplans gestartet. Ziel ist es dabei, aus den Potenzialflächen weitere Vorranggebiete zu entwickeln. „Wir kommen unserer Verpflichtung konsequent nach“, so der Vorsitzende des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-West, Landrat Johann Kalb. **□**

## So werden Wind und Sonne zu klimafreundlicher Wärme

Advertorial

Windkraft ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Aus ihr lässt sich nicht nur Strom gewinnen, sondern dieser auch direkt für die Wärmeerzeugung nutzen. Im Interview erklärt Annette Gärtner, stellvertretende Leiterin GP JOULE PROJECTS, wieso die Windkraft ein so großes Potenzial hat.

**GP JOULE**  
TRUST YOUR ENERGY.

Wärme aus Wind – wie funktioniert das?

Annette Gärtner: Die Wärme, die für das Heizen oder industrielle Prozesse benötigt wird, macht rund die Hälfte des weltweiten Energieverbrauchs aus. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Wärme auf erneuerbaren Wegen produziert werden. Und hier kommt die Windkraft ins Spiel. Windräder und Solarparks können Strom klimaneutral erzeugen, der dann direkt zum Betrieb von Großwärmepumpen genutzt werden kann. Welche Rolle spielt die dezentrale Energieversorgung bei der Energiewende?

Gärtner: Wir müssen in Zukunft die Energie dort produzieren, wo sie verbraucht wird. Und wir müssen für die Bürgerinnen und Bürger einen erlebbareren Nutzen schaffen. Das heißt, sie müssen profitieren von den Solar- und Windparks in ihrer Nachbarschaft. Und das tun sie direkt, indem sie ihre Häuser und Wohnungen mit der regional erzeugten Wärme heizen. Wie passen Photovoltaik- und Windkraft zusammen?

Gärtner: Die beiden Erzeugungsarten ergänzen sich perfekt. An

sonnigen Tagen mit wenig Wind- und Regen produzieren insbesondere die Solarparks, an wolkenverhangenen Tagen, sowie in der Nacht weht vermehrt der Wind und die Windenergieanlagen übernehmen die Erzeugung des Stroms. Es wäre also falsch nur auf eine Technologie zu set-



Annette Gärtner, Stell. Leiterin GP JOULE Projects

zen, vielmehr ein Zusammenspiel aller erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende.

Kann der Strom auch gespeichert werden?

Gärtner: Hier kommt wieder die Wärme ins Spiel. Sie ist das einfachste und kostengünstigste Mittel, um Energie in Form von warmem Wasser zu speichern. Wenn wir die Sektoren miteinander verbinden, also Sonne, Wind und Wärme zusammenarbeiten lassen, haben wir einen enormen Hebel, um unsere Städte und Gemeinden zukunftsfit zu machen – 100% Erneuerbar! **□**

### Informationen und Kontakt:

Melden Sie sich gerne!  
Johanna Pfaller  
+49 175 5308 693  
[j.pfaller@gp-joule.de](mailto:j.pfaller@gp-joule.de)  
<https://www.gp-joule.com/de/flaechenakquise>



Referenzprojekt Windrad Kühnlethall.

Bilder: GP JOULE

Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar:

## Gründung der GeoEnergieMünchenOst

**Startschuss für ein „Jahrhundertprojekt“: Die Gemeinden Vaterstetten, Grasbrunn, Zorneding und Haar haben gemeinsam die GeoEnergieMünchenOst (kurz GEMO) gegründet. Diese interkommunale Fördergesellschaft für Geothermiewärme wird das Projekt als eigenständiges Unternehmen umsetzen.**

Die Bürgermeister Klaus Korneder (Grasbrunn), Dr. Andreas Bukowski (Haar), Leonhard Spitzauer (Vaterstetten) und Piet Mayr (Zorneding) unterzeichneten den Gesellschaftsvertrag und legten damit den Grundstein für dieses Vorhaben. Ziel ist es, regenerative Energie aus der Erde zu gewinnen und in die Wärmenetze der Gemeinden zu leiten. Die Bohrarbeiten sollen Anfang 2025 beginnen, so dass bereits 2026 die Bürger ihre Heizungen auf diese nachhaltige Energieform umstellen können.

Bei einem Pressegespräch hoben die Rathauschefs die Wichtigkeit des Projekts hervor, das allen Gemeinden die Erfüllung ihrer Klimaziele deutlich näherbringen werde. Laut Vaterstettens Erstem Bürgermeister Leonhard Spitzauer wird die Wirtschaftlichkeit des Projekts durch den Zusammenschluss der Gemeinden deutlich verbessert: „Wir hatten im Gemeinderat zwar schon bekundet, den Weg notfalls auch allein zu gehen, aber am Ende standen aufgrund des Potenzials der anderen Kommunen und der damit verbundenen Teilung von Risiken und Kapitalaufwand viele Argumente, das Projekt auf mehrere Säulen zu gründen“, so Spitzauer.

Die Bürgermeister Klaus Korneder (Grasbrunn), Dr. Andreas Bukowski (Haar), Leonhard Spitzauer (Vaterstetten) und Piet Mayr (Zorneding) unterzeichneten den Gesellschaftsvertrag und legten damit den Grundstein für dieses Vorhaben. Ziel ist es, regenerative Energie aus der Erde zu gewinnen und in die Wärmenetze der Gemeinden zu leiten. Die Bohrarbeiten sollen Anfang 2025 beginnen, so dass bereits 2026 die Bürger ihre Heizungen auf diese nachhaltige Energieform umstellen können.

Vergabepaxis des Freistaats für Windräder:

## Weiter Streit zwischen Landtags-Grünen und Bayerischen Staatsforsten

**Die Landtagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen haben ein Rechtsgutachten zur Vergabepaxis der Bayerischen Staatsforsten (BaySF) bei Windkraftprojekten vorgestellt. Danach muss die Vergabe von Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen durch die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) nicht ausgeschlossen werden, da diese keine marktbeherrschende Stellung im Sinne des Wettbewerbsgesetzes innehaben. Vielmehr können die staatlichen BaySF solche Standorte direkt an die Nachbargemeinden übertragen.**

Ein solches Vorgehen würde die Akzeptanz der Bevölkerung stark erhöhen, argumentierte der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag, Martin Stümpfig. Nach Auffassung der BaySF würde eine solche „Direktübertragung“ von Flächen gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen.

„Die Bayerischen Staatsforsten begrüßen, dass jetzt auch die Grünen anerkennen, dass es ein öffentliches Auswahlverfahren zur Vergabe von Windenergiestandorten geben muss. Bisher hatten sie gefordert, Standorte für neue Windenergieanlagen freihändig zu vergeben“, urteilte ein Sprecher der Staatsforsten. Es sei ein Fortschritt, wenn die Grünen jetzt anerkennen, dass die Vergabe öffentlicher Investitionen grundsätzlich

ausgeschrieben werden muss. Jede Gemeinde kenne aus eigener Erfahrung, dass Ausschreibungen im öffentlichen Bereich notwendig und ganz normal sind.

**„Direktvergabe“ an Standortgemeinden nicht umsetzbar**

„Das von der BaySF durchgeführte Auswahlverfahren stelle sicher, dass neue Windenergieanlagen im Staatswald rechtssicher, zügig und professionell errichtet werden können“, betonte der Sprecher. Die von den Grünen neu vorgeschlagene „Direktvergabe“ an Standortgemeinden, die dann ihrerseits Ausschreibungen vornehmen, sei „rechtlich und praktisch nicht umsetzbar“.

NordOstLink:

## TenneT und 50Hertz stellen ersten Trassenvorschlag vor

**Die beiden Übertragungsnetzbetreiber TenneT und 50Hertz haben heute den ersten möglichen Trassenvorschlag für das gemeinsame Netzausbauprojekt NordOstLink veröffentlicht. Das Vorhaben soll als Erdkabel-Gleichstromverbindung zwischen dem Suchraum Heide (Schleswig-Holstein) und dem Suchraum Klein Rogahn (bei Schwerin) realisiert werden.**

Grundlage für die Planungen ist der im November 2023 durch die Bundesnetzagentur veröffentlichte, fünf bis zehn Kilometer breite sog. Präferenzraum für den NordOstLink. Innerhalb dieses Raumes ermittelten TenneT und 50Hertz den jetzt veröffentlichten Vorschlag zum Leitungsverlauf. Dieser erste Trassenentwurf ist jetzt auf den unten genannten Projekt-Webseiten einsehbar.

Ab März bieten TenneT und 50Hertz entlang des Trassenverlaufs Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie Bürgerinnen und Bürger an. Ziel ist es, durch eine frühe Information der Öffentlichkeit, eine möglichst umfassende Sicht auf die Planung zu bieten. Auf den Veranstaltungen erläutern Ten-

neT und 50Hertz das methodische Vorgehen bei der Planung, stellen den daraus resultierenden Trassenvorschlag vor und informieren über die anstehenden Verfahrensschritte und Beteiligungsmöglichkeiten im Planfeststellungsverfahren, das im Sommer 2024 beginnt.

Die öffentlichen Informationsveranstaltungen entlang des geplanten Trassenvorschlags finden zwischen dem 4. und 15. März statt und werden über Zeitungsinserate und Aushänge bekannt gegeben. Unter folgenden Links sind sie zudem online veröffentlicht: <https://www.tennet.eu/de/projekte/nordostlink> bzw. <https://www.50hertz.com/de/News/Details/14191/nordostlink-zeigt-planungen-auf-info-maerkten>

Vaterstetten hat zur Umsetzung des Projekts bereits ein rund 15.000 qm großes Grundstück erworben, das der Bohrgesellschaft mit einem Erbpachtvertrag zur Verfügung gestellt wird. Nach der Zusage der Förderung und der Erteilung der erforderlichen Genehmigungen können Förder- und Reinjektionsbohrung niedergebracht werden. Für die Bohrphase werden sechs bis acht Monate gerechnet. Danach (wahrscheinlich Ende 2025) könnten erste Pumpversuche warmes Wasser aus dem Boden fördern und dann die geothermische Heizzentrale gebaut werden.

Logische Schritte

In Grasbrunn und Haar gibt es bereits Infrastrukturen unterschiedlicher Betreiber, die

schon bald auf die Vaterstetter Wärme umgestellt werden könnten. Für den Transport der Wärme nach Grasbrunn und Zorneding wird das Vaterstetter Gemeindegewerk Verbindungsleitungen bauen. Haar könnte seine Wärme voraussichtlich mit einer eigenen Leitung am Bohrplatz abholen und dazu eine Verbindung unter der A 99 hindurch bauen.

Wie Dr. Andreas Bukowski, Erster Bürgermeister der Gemeinde Haar, erläuterte, sei die Beteiligung für seine Kommune „ein logischer Schritt, den wir gerne gemeinsam mit unseren Nachbarn gehen. Logisch deshalb, da bei uns zum einen bereits größere Fernwärmenetze bestehen und zum anderen durch das vorhandene Blockheizkraftwerk ein notwendiges Redundanzheizwerk vorgehalten werden kann. Deshalb haben wir uns trotz der schwierigen Haushaltslage für diese Investition in die Zukunft entschieden.“

Zorneding ist mitten in den Planungen für ein gemeindliches Wärmenetz und wird deshalb erst mittelfristig Wärme abnehmen. Rathauschef Piet Mayr sieht „durch die Geothermie die einmalige Chance, für die nächsten Generationen im ganzen Ort eine von fossilen Brennstoffen freie Wärmeversorgung aufzubauen“.

Einig sind sich die vier Bürgermeister über den Stellenwert dieses interkommunalen Projekts. Grasbrunns Bürgermeister Klaus Korneder zeigte sich erfreut, „dass unser gemeinsames Projekt nun nach gut zehn Jahren im zweiten Anlauf umgesetzt werden kann. Gerade bei so wichtigen Themen ist eine interkommunale Zusammenarbeit immens wichtig.“ DK

## Neues Förderprogramm BioMeth Bayern

**Im Rahmen des C.A.R.M.E.N.-Fachgesprächs „Zukunftsoptionen Biomethan und Bündelung von Biogasanlagen“ in Straubing tauschte sich Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger mit Experten und Praktikern über die Zukunft der Biogasbranche aus. Dabei kritisierte der Minister auch das Pingpong-Spiel der Bundesregierung, das es den Biogaserzeugern zunehmend erschwere, ihre Anlagen wirtschaftlich zu betreiben.**

Insbesondere bemängelte Aiwanger die ideologiegetriebene Diskussion über die Nutzung von Biomasse: „Der Bund muss dringend umsteuern und das Potenzial der Bioenergie erkennen. Mit Biomasse haben wir einen heimischen, umweltfreundlichen und speicherbaren Rohstoff - ein flexibler Energieträger für die Energiewende vor Ort.“

Als konkrete Maßnahme forderte der Minister, das Ausschreibungsvolumen für Biogas auf Bundesebene zu erhöhen: „Viele Biogasanlagen kommen jetzt ans Ende ihrer 20-jährigen EEG-Förderung und würden dicht gemacht, wenn sie nicht zeitnah eine Anschlussförderung bekommen. Das trifft vielfach auch Anlagen, die mit ihrer Abwärme Nahwärmenetze von Siedlungen betreiben. Wenn die ihren Strom nicht mehr vernünftig einspeisen können und aufhören, bekommen die Hausbesitzer keine Wärmeversorgung mehr. Deshalb muss der Bund jedem Biogaserzeuger eine Perspektive geben.“

Aiwanger: „Bayern steht zur heimischen Bioenergie. Mit BioMeth Bayern fördern wir die Errichtung von Anlagen zur Aufbereitung von Biogas zu Biomethan. Das aufbereitete Biomethan kann direkt in bereits bestehende Gasleitungen geleitet und weiter transportiert werden. Das

ist nicht nur kosteneffizient, sondern besonders ressourcenschonend. Mit BioMeth Bayern erschließen wir neue Märkte für Betreiber von Biogasanlagen und schaffen eine bessere Zukunftsperspektive für die gesamte Biogasbranche.“ Das Programm umfasst auch die Förderung von Biogasleitungen mit Übergabestationen. Die Förderquoten richten sich nach der Größe der Anlagen. Kleine Betriebe erhalten eine 40-prozentige Förderung. Für mittlere und große Betriebe sind Förderungen von 35 und 30 Prozent vorgesehen.

Aiwanger: „Mit 2.751 Anlagen sind wir bundesweit Spitzenreiter bei Biogas. Mit BioMeth Bayern bauen wir unsere Position weiter aus. In einem ersten Schritt nehmen wir dafür zehn Millionen Euro in die Hand.“ Das Potenzial für Biomethan sieht der Minister nicht nur als Biokraftstoff im Straßen- und Schiffsverkehr. Auch im Bereich Heizen und Prozesswärme ist Biomethan eine nachhaltige Alternative zur Wärmepumpe bei Bestandsgebäuden.

Aiwanger kündigte zudem an, mittels Bundesratsinitiativen das Potenzial von Biogas zu unterstützen anstatt am Ende dringend benötigte Biogasanlagen aufgrund schlechter bundespolitischer teils ideologischer Rahmenbedingungen stillzulegen. □

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

**Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...**

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



**bayernwerk**



## Energiewende vor Ort voranbringen

Netzwerktage für Bürgermeister und Kommunalvertreter am 26. April 2024 in Beilngries

Die Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort. Nach dem Erfolg der ersten Veranstaltung im Dezember 2023 bieten der Genossenschaftsverband Bayern (GVV) und die Akademie Bayerischer Genossenschaften (ABG) am Freitag, 26. April 2024, ein weiteres Netzwerktreffen für Bürgermeister und Kommunalvertreter an.

Im Zentrum steht die Frage, wie die Kommunen gemeinsam mit den Bürgern die Energiewende vor Ort vorantreiben können. Außerdem dient das Treffen dem Austausch mit Vertretern bayerischer Energie- und Kreditgenossenschaften. Die Veranstaltung findet im ABG-Tagungszentrum in Beilngries statt, Leising 16. Dauer: 9.30 Uhr bis ca. 15 Uhr. Die Tagung kostet 170 Euro pro Person inklusive Verpflegung. Das genaue Programm gibt es auf der Webseite der ABG unter [www.abg-bayern.de](http://www.abg-bayern.de) (Veranstaltungs-Code NWB 24001 in das Suchfeld eingeben).

Anmeldung per E-Mail an: [anke.gabler@abg-bayern.de](mailto:anke.gabler@abg-bayern.de) □

Ministerrat:

## Bayern setzt Masterplan Kernfusion um

Der Freistaat will Pionier bei der Energieversorgung der Zukunft sein. Hierzu gab Wissenschaftsminister Markus Blume in einer Sitzung des Bayerischen Ministerrats den Startschuss für die Umsetzung ihres Masterplans zur Förderung der Kernfusion. „Bayern ist das Update für die Republik! Andere reden vom Deutschland-Tempo, wir machen längst Bayern-Tempo und nehmen unsere Zukunft in die eigene Hand“, betonte Blume.

Der Freistaat intensiviert die Fusionsforschung mit dem Ziel, eine neue, CO<sub>2</sub>-neutrale, vom Zugang zu Rohstoffen weitgehend unabhängige und allzeit verfügbare Energiequelle zu schaffen. Hochradioaktive Abfälle fallen dabei nicht an. Bereits heute verfügt Bayern laut Blume über herausragendes Know-how in diesem Bereich. Mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching ist eines der führenden Zentren für Magnet-Fusionsforschung der Welt in Bayern beheimatet. Mit dem CALA-Laser an der LMU stehen zudem hervorragende Forschungsbedingungen in der Laserphysik zur Verfügung.

### Exzellente Ausgangsposition

Darüber hinaus sind bayerische Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen maßgeblich am Bau des europäischen Fusionsversuchsreaktors ITER in Frankreich beteiligt. Zahlreiche in Bayern ansässige Start-ups sind außerdem im Feld der Magnet- und Laserfusion tätig. „Diese hervorragende Ausgangsposition soll in einen technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden“, unterstrich der Minister.

### Thinktank der Kernfusionsforschung

Ziel sei es, mit technologieoffenem Ansatz und unter Beteiligung von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Start-ups und der Industrie ein einzigartiges Fusionsökosystem zu etablieren. Aus Bayern heraus sollen entscheidende Impulse zur internationalen Fusionsforschung kommen. Hierzu gründe Bayern einen Thinktank der Kernfusionsforschung und richte noch im ersten Quartal 2024 eine Kommission Kernfusion mit rund einem Dutzend der führenden Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft ein.

Die Kommission entwickle Empfehlungen zum Aufbau und zur Stärkung fusionsrelevanter Kompetenzen an bayerischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterstütze die Staatsregierung beim Ausbau der Lehre und Forschung in neuartigen Kerntechnologien.

Zudem starte der Freistaat eine Ausbildungsoffensive an Hochschulen, berichtete Blume. Um Forschung und Lehre in den neuartigen Kerntechnologien zu stärken, sollen bis zu sechs neue Lehrstühle und bis zu 20 Forschungsgruppen an bayerischen Hochschulen installiert werden, gefolgt von der Einrichtung einschlägiger Studiengänge. Ziel sei es, Kernfusion und neuartige Kerntechnologien in neuen Studiengängen direkt studierbar zu machen.

Da für einen durchschlagenden Erfolg des Vorhabens und das Erreichen von Produktionsreife nationale und internationale Kooperationen notwendig sind, setzt sich Bayern u.a. im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern für die Etablierung einer nationalen Gesamtstrategie zur Kernfusion ein, die anschlussfähig für mögliche europäische und internationale Initiativen ist.

### Bavarian Fusion Cluster

In einem weiteren Schritt soll als Kern und organisatorisches Fundament für das Fusionsökosystem der Bavarian Fusion Cluster eingerichtet werden. Er setzt nach seiner Etablierung das bayerische Forschungs- und Infrastrukturprogramm um und soll den Freistaat endgültig zum Hotspot innovativer Kernfusionsforschung und -technologie machen. Dabei wird von Anfang an auf Transferperspektiven gesetzt und die künftige Kommerzialisierung der Kernfusion in den Blick genommen. Das Ziel: Der Bau eines Demonstrationskraftwerks in Bayern.

### Innovative Wirtschafts-k Kooperationen im Blick

Überdies setzt der Freistaat nach Blumes Ausführungen auf innovative Wirtschafts-k Kooperationen. Neben dem Ausbau der Forschung entwickelt er auch die Infrastruktur und die Kooperation mit Unternehmen und Start-ups weiter. Ein eigenes Forschungs- und Infrastrukturprogramm wird Transferleistungen zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups fördern und den Fokus auf die Finanzierung von öffentlich-privaten Partnerschaften legen. **DK**

## Neue Energie-Ära im gläsernen Herz Deutschlands

Wiegand-Glas und Bayernwerk schließen Netzanschluss-Vertrag

Die Wiegand-Glas Holding GmbH und die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) haben mit Staatsminister Hubert Aiwanger die Pläne für die künftige Stromversorgung des Wiegand-Glaswerks in Steinbach am Wald vorgestellt. Der Behälterglashersteller will zukünftig in seinen Schmelzwannen mehr Strom einsetzen und im Gegenzug die Verwendung von Erdgas reduzieren. Ab 2028 sollen neue, zunächst hybrid- und später elektrisch betriebene Glas-Schmelzwannen eingesetzt werden. Wiegand-Glas benötigt für die Umstellung deutlich mehr Strom als bisher und braucht dafür einen direkten Anschluss an das Hochspannungsnetz. Daher hat das Steinbacher Familienunternehmen einen Netzanschluss-Vertrag mit dem Bayernwerk geschlossen.

Der Anschluss des Wiegand-Glaswerks an das Hochspannungsnetz ermöglicht dem Behälterglashersteller den Einsatz neuer, zunächst hybrider und anschließend elektrischer Schmelzwannen und ist für das Traditionsunternehmen damit ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaneutralität. Die direkte Anbindung an das Hochspannungsnetz des Bayernwerks sorgt dafür, dass der Standort ab 2028 Strom mit einer Leistung von bis zu 70 Megawatt beziehen kann. Diese Menge ist vergleichbar mit dem Stromverbrauch von rund 200.000 Zwei-Personen-Haushalten. Gegenüber dem aktuellen Netzanschluss des Standorts entspricht dies einer Verfünffachung.

### Netzausbau für eine nachhaltige Wirtschaft

„Der Ausbau des Verteilernetzes ist der Schlüssel für die Dekarbonisierung der Glasindustrie. Mit dem Netzanschlussvertrag,

Landkreis Kronach eine Summe von rund elf Millionen Euro auf – zusätzlich zu den rund 19 Millionen Euro, die Wiegand-Glas für den Netzanschluss investiert.

### Modellregion am Rennsteig: Glasindustrie dekarbonisieren

Im Sommer 2023 haben die Wirtschaftsminister von Bayern und Thüringen zusammen mit den Vertretern der regionalen Glasindustrie, Landkreisen, Kammern und Tarifvertragsparteien den Startschuss für die Modellregion zur Dekarbonisierung der Glasindustrie am Renn-

### Bezirk Niederbayern:

## Steigerung der Energie-Effizienz im Visier

Höhere Energie-Effizienz, nachhaltigere Wärmeversorgung, diverse Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen: Mit den Baumaßnahmen des vergangenen Jahres legte der Bezirk Niederbayern sein Hauptaugenmerk darauf, seine Einrichtungen und Gebäude, ob Schulen, Krankenhäuser oder Verwaltungssitze, gut für die Zukunft aufzustellen. Über den Erfolg und die Planmäßigkeit der Bautätigkeiten 2023, über Kosten, Fortgang und über künftige Projekte berichtete Bezirksbaumeister Matthias Kopf dem Bezirksausschuss von Niederbayern in Landshut.

„Energetische Sanierungen und die Erzeugung regenerativer Energie sind zentrale Zukunftsthemen, die in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Wir wollen uns bestmöglich darauf vorbereiten“, so Kopf.

Neuland betrat der Bezirk etwa mit der Errichtung der Agri-PV-Anlage im Lehr- und Beispielbetrieb für Obstbau in Deutenkofen. Sie soll künftig dabei helfen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits soll die PV-Anlage ihrer vorgesehenen Bestimmung nachkommen und sauberen, regenerativen Strom erzeugen. Andererseits soll sie den Obstbäumen darunter Schatten spenden, sie vor den immer heißeren Sommern, der zunehmenden UV-Strahlung und vor Hagel schützen. Dafür wird der Bezirk insgesamt rund 250.000 Euro investieren. Die Ergebnisse der Anlage sollen laut Bezirksbaumeister Kopf in den kommenden Jahren genau beobachtet und ausgewertet werden, um der Aufgabe des Lehr- und Beispielbetriebs gerecht zu werden.

### Zahlreiche Baumaßnahmen

Am Institut für Hören und Sprache in Straubing stand vor allem eine Maßnahme im Zentrum der Bautätigkeit: sommerlicher Wärmeschutz und Fassadensanierung. Über eine Million Euro investiert der Bezirk Niederbayern in dieses Projekt. Für 2024 stehen laut dem Bezirksbaumeister zudem die Errichtung einer neuen PV-Anlage und die Modernisierung der Wärmeerzeugung auf dem Plan. Im Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn wurde im vergangenen Jahr ein Fernwärmeschluss installiert, ebenso eine PV-Anlage an der Fachschule für Gartenbau und die Generalsanierung der Schulturnhalle wurde fortgesetzt. Neben dem Bau der Agri-PV-Anlage erneuerte der Bezirk im Lehr- und Beispielbetrieb in Deutenkofen zudem die Heizungsanlage, stellte von Öl auf Pellets um. Im Fischereilichen Lehr- und Beispielbetrieb in Lindbergmühle arbeitet der Bezirk an bilanzieller Stromautarkie.

Die Energiekrise der vergangenen Jahre, so Bezirksbaumeister Kopf, habe maßgeblichen Einfluss auf viele Bauvorhaben. So setzen auch die Zweckverbände, an denen der Bezirk Niederbayern mehrheitlich beteiligt ist, auf

steig gegeben. „Mit der Modellregion bekräftigen wir unseren Willen, das gläserne Herz Deutschlands weiterschlagen zu lassen. Mehr Resilienz – weniger Bürokratie wäre mein Wunsch. Seit 'an Seit' mit den Thüringern und unseren grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollte es gelingen“, erklärt Hubert Aiwanger.

Der Netzausbau ist eines von sieben Handlungsfeldern, die im Impulspapier zum Auftakt der Modellregion als zentrale Erfolgsfaktoren vorgestellt wurden. Die länderübergreifende Modellregion soll den Industriestandort Deutschland stärken, indem die Glasindustrie in Südtüringen und Nordbayern bei der Umstellung ihrer Energieversorgung und Produktionsprozesse auf klimaneutrale Energieträger wie Strom und Wasserstoff unterstützt wird. □



Neue Wege in der Glasindustrie: Oliver und Nikolaus Wiegand stellen Dr. Egon Leo Westphal (l.) und Hubert Aiwanger (r.) die Produktion vor.

Bild: Uwe Moosburger/Bayernwerk Netz GmbH

chung. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger betont: „Glas und Bayern gehören zusammen. Die Zukunft der Glas- und anderer Traditionsindustrien zu sichern, ist ein Schwerpunkt meiner Wirtschaftspolitik. Glas ist geschmolzene Energie. Dazu braucht es bezahlbaren und jederzeit ausreichend verfügbaren Strom. Dekarbonisierung ja – Deindustrialisierung nein!“

### Investition in eine klimaneutrale Zukunft

Für das familiengeführte Unternehmen im nördlichen Landkreis Kronach sind die neuen Schmelzwannen und der Netzanschluss eine wichtige Investition in die Zukunft: Aktuell werden am Standort Steinbach am Wald jährlich circa 110.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid ausgestoßen. Durch die Inbetriebnahme der Hybridschmelzwanne im Jahr 2028 werden diese Emissionen zunächst um knapp 20.000 Tonnen jährlich reduziert. Durch die weitere Elektrifizierung des Schmelzprozesses sollen sie künftig Schritt für Schritt weiter verringert werden. „In Summe sind sowohl die technischen als auch die betriebswirtschaftlichen Risiken immens. Die Investition ist jedoch notwendig, um die Produktion zu dekarbonisieren und den Produktionsstandort langfristig zu erhalten“, so Nikolaus Wiegand, Geschäftsführer der Gesellschaft von Wiegand-Glas. Neben dem Netzanschluss, für den der Behälterglashersteller 19 Milli-

eine Steigerung der Energieeffizienz. In mehreren Thermalbädern sollen Maßnahmen umgesetzt werden, um Wärme aus dem abgedateten Thermalwasser zurückzugewinnen und dem Gebäude zuzuführen. Außerdem wird an drei Standorten geprüft, inwiefern Grundwasser zur Wärmegewinnung eingesetzt werden kann, um den Verbrauch fossiler Energieträger zu reduzieren. In den Freilichtmuseen Massing und Finsterau sollen Nahwärmenetze errichtet werden, um die Gebäude mit regenerativer Energie zu versorgen.

Neben der Steigerung der Energieeffizienz schaffen es allerdings auch andere Maßnahmen auf den Plan des Bezirksbaumeisters: In den Bezirkskrankenhäusern (BKH) führte der Bezirk Niederbayern einige große Bauprojekte erfolgreich weiter, etwa die seit 2017 laufende Neustrukturierung am Bezirksklinikum Mainkofen, im Rahmen derer aktuell der dritte Bauabschnitt realisiert wird, oder die Erweiterung des BKH Passau. Außerdem begann das BKH Landshut mit der Planung für eine neue Telefonanlage und am BKH Straubing soll in diesem Jahr mit der Planung für ein neues Entlasshaus begonnen werden.

Und auch am Sitz der Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern am Lurzenhof 15 in Landshut tut sich etwas: Da die Hauptverwaltung ihre von der Regierung von Niederbayern zur Verfügung gestellten Räume in naher Zukunft verlassen wird, laufen die Planung für die Aufstockung des Verwaltungsgebäudes am Lurzenhof auf Hochtouren. Ende vergangenen Jahres ermächtigte der Bezirksausschuss das Baureferat zur Durchführung der Planungsarbeiten.

### Chancen mitgestalten

Bezirksratspräsident und Vorsitzender des Bezirksausschusses, Dr. Olaf Heinrich, zeigte sich zufrieden mit den Bautätigkeiten der vergangenen Jahre und sprach Bezirksbaumeister Matthias Kopf seinen Dank dafür aus: „Es ist wichtig, dass wir uns schon jetzt um unsere Zukunft kümmern – und neuen Entwicklungen nicht hinterherhinken, sondern die Herausforderungen und Chancen der kommenden Jahre selbst mitgestalten. Nur so kann es gelingen, dass Niederbayern auch in Zukunft ein lebenswerter, innovativer und wirtschaftlich starker Raum bleibt.“ □



100 Jahre Walchenseekraftwerk:

## Herzstück und Meilenstein

Am 26. Januar feierte das Walchenseekraftwerk sein 100-jähriges Bestehen. 1924 lieferte es erstmals Strom in das öffentliche Netz. In Ingenieurkreisen gilt es nach wie vor als technische Pionierleistung. Dieses besondere Jubiläum nimmt der Betreiber Uniper zum Anlass, ein Jubiläumsmagazin aufzulegen, eine Vortragsreihe zu initiieren und an verschiedenen Standorten in Südbayern mit der Öffentlichkeit zu feiern.

„Wir sind stolz darauf, so eine bedeutsame Anlage in unserem Portfolio zu haben“, betonte Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, bei der Vorstellung des Jubiläumsprogramms. Das Walchenseekraftwerk sei „ein Herzstück unseres Portfolios“. Für Kochels zweitem Bürgermeister Thomas Eberl stellt das Kraftwerk einen weiteren Meilenstein für die Gemeinde und ein Besuchermagnet dar.

Ab Ostern wird das Infozentrum, das jährlich rund 100.000 Besucher verzeichnet, wieder seine Pforten öffnen. Zeitgleich ist eine Sonderausstellung zur 100-jährigen Geschichte des Walchenseekraftwerks im Bahnhof in Kochel geplant. Im Juni wird das Kraftwerk Aufkirchen bei Erding anlässlich seines 100. Geburtstags einen Tag der offenen Tür veranstalten. Gleiches gilt für das Kraftwerk Mühlthal bei Straßlach: Dort wird im September gefeiert.

### Eine Meisterleistung

Geplant wurde das am Kochelsee gelegene Walchenseekraftwerk von Oskar von Miller, um das Land Bayern und die bayerische Bahn mit Elektrizität zu versorgen. Der Bau des Walchenseekraftwerks, 1918 vom Bayerischen Landtag beschlossen, war für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg eine Meisterleistung. Über 2.000 Arbeiter und Ingenieure fanden Brot und Arbeit.

In dem sehr dünn besiedelten Gebiet gab es zunächst so gut wie keine Straßen oder Wohnungen für die Beschäftigten. Unter unvorstellbaren Mühen mussten die Arbeiter schwerste Bauteile wie Rohre, Turbinen und Generatoren herbeischaffen. Im Winter war das Baumaterial teilweise nur mit Schlitten zu befördern. Schwere Teile für die acht Maschinensätze kamen per Bahn nach Kochel. Über ein eigenes verlegtes Gleis wurden

sie zu einer Hafenanlage am Ufer gebracht. Von dort aus ging es dann per Schiff weiter zur Baustelle. Insgesamt wurden 40.000 Kubikmeter Fels und lockeres Material zum Teil mit Pickel und Schaufel bewegt.

### Entlastung der Umwelt um rund 24 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>

Mit einer Leistung von 124 Megawatt (MW) und einer durchschnittlichen Jahreserzeugung von 300 Millionen Kilowattstunden (kWh) – das entspricht ungefähr dem Jahresverbrauch von 100.000 Haushalten – ist es noch heute eines der größten Speicherkraftwerke Deutschlands und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Deckung des Strombedarfs. Insgesamt hat das Walchenseekraftwerk in den vergangenen hundert Jahren mindestens 30 Milliarden kWh Strom erzeugt und dadurch die Umwelt – bezogen auf die historischen Emissionen des deutschen Kraftwerksparks – um rund 24 Millionen Tonnen Kohlendioxid entlastet.

### Francis-Turbinen und Pelton-Freistrahlturbinen als Stromlieferanten

Am eindrucksvollsten sind die sechs parallelen Druckrohre, die von einem Ausgleichsbecken im Hang, dem sogenannten Wasserschloss, zu der rund 200 Meter tiefer gelegenen Maschinenhalle führen. Dort treibt das Wasser insgesamt acht Maschinen an: vier Francis-Turbinen mit je 18 MW Leistung. Diese liefern Strom für das öffentliche Netz.

Weiter hinten in der imposanten Halle befinden sich vier Pelton-Freistrahlturbinen mit je 13 MW. Diese erzeugen ausschließlich Strom für die Deutsche Bahn. Diesem Strom aus Wasserkraft kommt auch vor dem Hintergrund der CO<sub>2</sub>-freien Mobilität mit der Bahn ei-

ne immer größer werdende Bedeutung zu. Da der Strombedarf während des Tages erheblich schwankt, kommt die Anlage vor allem zum Ausgleich des schwankenden Strombedarfs in beiden Netzsystemen zum Einsatz. Wird mehr Strom nachgefragt, bringen die Maschinen sofort Höchstleistung. Auch wenn etwa die Stromeinspeisung aus Sonne und Wind schwankt, gleicht das Walchenseekraftwerk aus und ermöglicht so erst die bedarfsgerechte Integration der modernen Erneuerbaren Energien in die Versorgungssysteme.

### Kern der Uniper-Identität

„Gerade am Walchenseekraftwerk zeigt sich: Wasserkraft ist Uniper, Uniper ist Wasserkraft. Das ist Kern unseres Portfolios und unserer Strategie, mehr noch: unserer Identität“, hob Uniper-Vorstandsmitglied Holger Kreetz hervor. „Wir betrei-

### Landkreise Ebersberg und München:

## Neue Daten verbessern das Solarpotenzialkataster

Noch genauer dank neuer Daten: Mithilfe des Solarpotenzialkatasters für die Landkreise Ebersberg und München können Hausbesitzer direkt vom heimischen Computer oder Smartphone aus herausfinden, ob sich das Hausdach für eine Solaranlage eignet. Einfach die eigene Adresse eingeben – und das Online-Tool zeigt mit Ampelfarben sofort das solare Potenzial des Gebäudes: von grün für „gut geeignet“ bis rot für „nicht geeignet“. Mit einem Klick direkt aufs Gebäude gibt es detailliertere Informationen.

Das Solarpotenzialkataster ermöglicht neben der Klärung der grundsätzlichen Eignung auch bereits eine erste, grobe Konfiguration der Solaranlage, die die Bedürfnisse der Hausbewohner berücksichtigt. So kann der individuelle jährliche Strombedarf in die Berechnung eingegeben werden, um herauszufinden, ob eine Photovoltaik-Anlage voll einspeisen oder vor allem für den Haushaltsstrom genutzt werden sollte.

Das Solarpotenzialkataster mündet in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung, bei der etwa auch ein Batteriespeicher berücksichtigt werden kann. So lässt sich innerhalb weniger Mi-

ben allein in Deutschland Wasserkraftwerke mit einer Leistung von rund 2.000 Megawatt und loten kontinuierlich Möglichkeiten aus, weiter in das Geschäftsfeld zu investieren – beispielsweise in das bayerische Pumpspeicherkraftwerk Hap-purg.“

### Grüner Strom für die Deutsche Bahn

Wie Torsten Schein, Vorsitzender der Geschäftsführung DB Energie, erläuterte, „liefert das Wasserkraftwerk am Walchensee seit 100 Jahren zuverlässig grünen Strom für die Deutsche Bahn, lange bevor es das Wort Ökostrom überhaupt gab. Und auch heute noch ist die Wasserkraft neben der Solarenergie und Windkraft ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zur Klimaneutralität der Deutschen Bahn. Die Deutsche Bahn ist absolute Vorreiterin beim Klimaschutz: Bis 2038 stellen wir unseren Bahnstrom komplett auf Ökostrom um – Erneuerbare Energien ersetzen Schritt für Schritt und konsequent fossile Energieträger.“

DK



V.l.: Dr. Klaus Engels, Direktor Wasserkraft Deutschland, Pressesprecher Theodoros Reumschüssel, Zweiter Bürgermeister Thomas Eberl (Kochel). Bild: TH

## Gesetzlicher Vorrang für Erneuerbare Energien

### 10. Treffen des Energieeffizienz-Netzwerks für Kommunen im Oberland

Das Energieeffizienz-Netzwerk für Kommunen im Oberland befindet sich im Endspurt. Bis Ende 2024 sollen 1.727 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Beim 10. Netzwerktreffen im Januar in Fischbachau motivierte Sebastian Gröbmayr vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, weiter Projekte zu beschließen und in Umsetzung zu bringen.

Er verwies auf die günstige Konstellation innerhalb des Netzwerks sowie darauf, dass in diesem Rahmen das „Adaptieren“ von erfolgreich umgesetzten Maßnahmen ausdrücklich erwünscht ist und die teilnehmenden Kommunen voneinander lernen können.

Der Fachvortrag des Netzwerktreffens beschäftigte sich mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und den Auswirkungen für Gemeinden. Mit dem im Juli 2022 in Kraft getretenen §2 EEG soll erneuerbaren Energien bei Genehmigungsverfahren ein Vorrang eingeräumt werden. Saskia Militz von der Stiftung Umweltenergierecht erklärte, dass erneuerbare Energien durch die gesetzgeberische Festschreibung ein besonders hohes Gewicht bei Abwägungen bekommen, da diese im überragenden öffentlichen Interesse liegen.

### Kleinwasserkraft mit viel Potenzial

Eine Form der Erneuerbaren Energien, die Kleinwasserkraft,

hat im Oberland noch viel Potenzial, um genutzt zu werden. Auch in einigen teilnehmenden Kommunen ist noch Potenzial vorhanden. Dies zeigte Anian Pauli von der IHK München und Oberbayern bei seinem Vortrag auf. Bei der Kleinwasserkraft wird die im Höhenunterschied liegende potenzielle Energie in Fließgewässern zu elektrischer Energie umgewandelt. Kleinwasserkraft kann dadurch eine Möglichkeit darstellen, um die Grundlast bei Kommunen abzudecken.

### Besichtigung im Gemeindegebiet Achau

Zum Abschluss des Netzwerktreffens lud Bürgermeister Stefan Deingruber die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, eine Kleinwasserkraftanlage zu besichtigen. Ludwig Leitner, Eigentümer und Betreiber der Wasserkraftanlage im Gemeindegebiet Achau erklärte die Funktionsweise und teilte seine Leidenschaft für diese Art der CO<sub>2</sub>-freien Stromerzeugung mit dem Netzwerk-Beauftragten.

Renexpo Interhydro:

## Fachmesse für Wasserkraft

Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich am 21. und 22. März wieder Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt innerhalb der Wasserkraftwirtschaft als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken und gemeinsamen Weiterdenken. Aussteller und Besucher erwarten hochwertige Kontakte rund um alle Belange der Wasserkraft.

### Praxis- und dialogorientiert

Innovations- und Zukunftspotential des nachhaltigen Energieträgers stehen ebenso im Mittelpunkt, wie aktuelle Herausfor-

derungen. Auf der Agenda finden sich topaktuelle Branchenthemen rund um Wirtschaftlichkeit, ökologische Aspekte und neueste Produktentwicklungen. Wirtschaft und Politik geben sich hier



Advertorial

die Hand, um die nächsten wichtigen Weichen zu stellen. Die Fachmesse verfolgt einen praxisnahen Ansatz, ergänzt durch ausgewählte Fachvorträge einschlägiger Experten aus der Branche.

### Messeprogramm, das sich gewaschen hat

Beide Messetage gestalten sich umfassend und informativ für alle Akteure und ihre Interessen. Fallstudien, Präsentationen und Diskussionen finden ihren Platz im Salzburger Hydroversum. Gestartet wird zu Beginn mit einem Energietalk zum Thema „13 Jahre Energiewende: Wohin geht die Reise? Zentrale vs. dezentrale Energieversorgung“. Erwähnt sei auch die Brücke, die zum Katastrophenschutz geschlagen wird: „Die Rol-

le der Kleinwasserkraft für den Katastrophenschutz“. Auch die wichtige Aufgabe als Backup im Falle eines Blackouts wird behandelt werden. Ihre bedeutende Rolle im zukunftsträchtigen grünen Energiemix wird vom bekannten Erneuerbare-Energien-Botschafter und Präsident der Energy Watch Group, Hans-Josef Fell, in „Die Wasserkraft – ein wichtiger Beitrag für Klimaschutz und Klimaanpassung“ untermauert.

### Expert Event „Rivermanagement and Ecology“

Zeitgleich zur Fachmesse findet ein Expert Event in Kooperation mit dem vgb energy e.V. und dem VÖU statt. vgb ist der internationale Fachverband für die Erzeugung und Speicherung

von Strom und Wärme; ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen von Kraftwerksbetreibern und -herstellern. Der Verein für Ökologie und Umweltforschung versteht sich als Dialogplattform für Energie- und Umweltthemen und hat es sich zum Ziel gesetzt, einen Ausgleich zwischen ökologischen und ökonomischen Anforderungen zu fördern. Bei der Konferenz treffen führende Betreiber, Hersteller und Zulieferer, Behörden, Forschungsinstitute und andere Akteure aufeinander, um wichtige Fragen im Bereich der Flussbewirtschaftung und -ökologie zu erörtern. Eine separate Anmel-

dung für die Konferenz ist erforderlich.

### Informationen & Anmeldung

Die Renexpo Interhydro bietet Europas Wasserkraft die notwendige Bühne, um durch gemeinsames Engagement Wachstums-, Förder- und Revitalisierungsmaßnahmen weiter voranzutreiben. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserkraftwirtschaft.

Tickets sowie Informationen zu Ausstellern und Programm finden Sie unter [www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu).



Bilder: Home of Content



# VDV-Positionen zu ÖPNV-Bilanz und Schienennetz

Rund 9,5 Milliarden Fahrgäste waren nach Berechnungen des Branchenverbands VDV 2023 deutschlandweit mit Bussen und Bahnen unterwegs – das sind rund 8 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit habe sich die Nachfrage im deutschen ÖPNV nach jahrelangen pandemiebedingten Einbrüchen weiter erholt, bilanzierte der Verband.

Gleichzeitig blieben im vergangenen Jahr die Kosten für Personal, Strom und Diesel weiter auf hohem Niveau. 2023 zahlte die Branche im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 Prozent mehr für ihren Strom und 54 Prozent mehr für Dieseldieselkraftstoff. Hingegen sind die Ticketpreise – vor allem durch das 9-Euro-Ticket und das Deutschland-Ticket – im selben Zeitraum branchenweit um durchschnittlich gut 23 Prozent gesunken. Die hohen Kosten bei sinkenden Einnahmen stellen die Branche daher vor große wirtschaftliche Herausforderungen.

## Ruf nach ehrlicher Debatte

Wie VDV-Präsident Ingo Wortmann erläuterte, „wird die Lücke zwischen Ticketeinnahmen und Kostenentwicklung immer größer, so dass der wirtschaftliche Druck auf die Branche extrem zunimmt. Wir brauchen eine ehrliche und umfassende Debatte darüber, was der ÖPNV in Deutschland künftig leisten soll und unter welchen finanziellen Bedingungen er im Stande ist, dies zu tun. Ticketpreise zu minimieren und gleichzeitig das Bus- und Bahn-Angebot maximieren zu wollen, um Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, wird als Gesamtrechnung nicht aufgehen. Oder zumindest nur mit erheblichen zusätzlichen Investitionen durch Bund und Länder.“

Die Branche wertet den durch das Deutschland-Ticket erreichten Fahrgastzuwachs als Erfolg

## Schweinfurter ÖPNV-Strategie 2024:

# Gemeinsam für eine zukunftssichere Mobilität

Unter dem Leitmotiv „Innovation und Modernisierung“ entwickelt die Stadtwerke Schweinfurt GmbH eine umfassende Strategie für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ziel ist es, eine umweltfreundliche, effiziente und benutzerfreundlichere Mobilität zu schaffen, die die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Aktivität fördert.

Zu den Maßnahmen, die im Rahmen dieser Strategie umgesetzt werden, zählt die Fahrplanauskunft via Google Maps: Die Stadtwerke Schweinfurt machen ihre Fahrplandaten in Google Maps verfügbar, um den Zugang zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel so einfach wie möglich zu gestalten. Routen können bequem und liniengreifend geplant werden, inklusive Fußwegen und Umsteigepunkten. In Zukunft werden auch die Live-Positionsdaten der Busse in das System eingebunden.

Seit November 2023 können Fahrgäste in Schweinfurt zudem ihr Ticket direkt mit dem Smartphone über die App „FAIRTIQ“ erwerben. Bei diesem Kooperationsprojekt zwischen der Stadtwerke Schweinfurt GmbH, der Nahverkehr Mainfranken GmbH und dem Landkreis Schweinfurt erfolgt die Tarifberechnung automatisch GPS-basiert anhand der Luftlinie zwischen Start- und Endhaltestelle.

Die Stadtwerke Schweinfurt setzen auf einen rein bargeldlosen Ticketkauf mittels Kartenzahlung und Mobile Payment. Es gibt keine Notwendigkeit, sich mit Tarifstrukturen zu beschäftigen, da eine tagesgenaue Bestpreisgarantie sicherstellt, dass alle Fahrgäste den für sie indivi-

duell besten Fahrpreis entrichten. Mit der Umstellung auf ein vollständig kontaktloses Fahrplansystem sieht sich die unterfränkische Stadt als Vorreiter in Deutschland.

Bei der eigenen ÖPNV-Flotte liegt das Augenmerk der Stadtwerke auf einem batterieelektrischen Antrieb als nachhaltige Mobilitätslösung für umweltfreundlichen Verkehr. Zwei moderne E-Busse befinden sich bereits seit Herbst 2023 im regulären Betrieb, vier weitere werden im Laufe dieses Jahres hinzukommen. Mit zusätzlichen 17 Fahrzeugen, die im Jahr 2025 ihren Betrieb aufnehmen, werden über 50 Prozent des Fuhrparks komplett elektrisch unterwegs sein.

## Preisstabilität des Deutschland-Tickets

Die Entscheidung der Verkehrsministerkonferenz zur Preisstabilität des Deutschland-Tickets in diesem Jahr sei für die weitere Nachfragesteigerung richtig und wichtig, so der VDV-Präsident. „Für uns als Branche bleibt jedoch die Frage der vollständigen Finanzierung des Tickets weiterhin offen. Das ist nicht gut, denn die Verkehrsunternehmen brauchen längerfristige Planungssicherheit. Aktuell wissen wir nicht, wie lange die zugesagten Finanzmittel des Bundes und der Länder ausreichen, um die Verluste auszugleichen. Und wir wissen nicht, was danach kommt. Wir müssen deshalb schnell miteinander über eine dauerhaft tragfähige Finanzierung des Deutschland-Tickets sprechen.“

## Arbeitsgemeinschaft wächst stetig

Die Festveranstaltung ist einer der Höhepunkte im Vereinsjahr der AGFK Bayern, zeigt sie doch das stetige Wachstum der Arbeitsgemeinschaft: Zum Jahresbeginn stieg die Zahl der Mitgliedskommunen von 119 auf 130. Damit ist die AGFK Bayern bundesweit einer der größten kommunalen Zusammenschlüsse für Radverkehrsförderung. „Der jährliche Zuwachs neuer Mitgliedskommunen zeigt den Bedarf, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Die Kommunen können auf ein großes Netzwerk zurückgreifen und von den Erfahrungswerten anderer Städte, Gemeinden und Landkreise profitieren. Die Angebote der AGFK Bayern unterstützen dabei, das Ziel „fahrradfreundliche Kommune“ schneller zu erreichen“, so Robert Niedergesäß, Vorsitzender der AGFK Bayern und Landrat des Landkreises Ebersberg in seiner Begrüßungsansprache.

## Dauerhafte Mitgliedschaft geht Prüfung voraus

Voraussetzung für eine dauerhafte Mitgliedschaft in der AGFK Bayern ist die Auszeichnung als „Fahrradfreundliche Kommune

Aus Sicht der Branche können in den kommenden Jahren weitere Wachstumspotenziale beim Deutschland-Ticket gehoben werden, so dass unter entsprechenden Rahmenbedingungen rund 15 Millionen Tickets ein realistisches Wachstumsziel sein können. Dafür würden die Voraussetzungen und politische Beschlüsse, etwa der Preisent-

## Feierliche Auszeichnung:

# „Fahrradfreundliche Kommunen in Bayern“

Bei einem Festakt in München erhielten acht Kommunen die Auszeichnung „Fahrradfreundliche Kommune in Bayern“, zwei Städte wurden rezertifiziert und zwölf Kommunen konnten feierlich als neue Mitgliedskommunen in die AGFK Bayern aufgenommen werden.

Zu der gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) und des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr in der Scholastika, im Herzen Münchens, konnte Moderator Roman Roell rund 80 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden begrüßen.

## Zentraler Bestandteil der Mobilitätspolitik

Der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter übermittelte in einer Videobotschaft seine Grußworte: „Die Gemeinschaft der Kommunen, die sich für den Radverkehr einsetzen, wird immer stärker. Die acht neu zertifizierten Kommunen haben sich das Prädikat „Fahrradfreundlich“ redlich verdient! Durch ihr aktives Engagement machen sie das Radfahren vor Ort besonders attraktiv. Als Verkehrsminister liegt mir das Thema am Herzen, denn wir wollen, dass immer mehr Menschen auf das Fahrrad umsteigen. Die Förderung des Radverkehrs ist deshalb ein zentraler Bestandteil der bayerischen Mobilitäts- und Verkehrspolitik.“ Vertreten wurde Bernreiter von Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor und Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr.

## Erfolgreicher Rezertifizierungsprozess

Auch bereits ausgezeichnete Mitgliedskommunen unterliegen einer Fortschrittsverpflichtung. Die Anerkennung für geleistete Radverkehrsaktivitäten erfordert nach sieben Jahren eine Rezertifizierung. Im Jahr 2023 durchliefen die Städte Landshut und Ingolstadt sowie der Landkreis Fürth den Rezertifizierungsprozess erfolgreich. Auch sie erhielten erneut das Siegel, der Landkreis Fürth wurde bereits im Herbst im Rahmen des Fachgesprächs Radverkehr der AGFK Bayern ausgezeichnet.

## Neue Mitgliedskommunen

Zwölf neue Mitgliedskommunen konnte die AGFK Bayern im vergangenen Jahr ebenfalls aufnehmen, die nun ihre Urkunde erhielten: Die Städte Bogen, Buchloe, Deggendorf und Neuburg an der Donau, die Gemeinden Pullach im Isartal und Seeshaupt, den Markt Wendelstein sowie die Landkreise Cham, Dachau, Günzburg, Miltenberg und Regensburg. Sie werden sich in den nächsten Jahren auf das Prüfverfahren zur „Fahrradfreundlichen Kommune in Bayern“ vorbereiten.

Den Auftakt der Feierlichkeiten machten Lukas Maier von „Bühnenpolka“ am Flügel und Christl Sittenauer von der „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“, Gesang, mit einem bekannten Fahrradlied. Vor den feierlichen Neuaufnahmen begeisterte das Improvisationstheater „Bühnenpolka“ die Gäste. Souverän und humorvoll setzte das Ensemble aus dem Publikum zugerufene Begriffe aus der Radverkehrsförderung um. □

wicklung, bei der Verlässlichkeit des Angebots, bei der Verstärkung von rabattierten Job- und Studierendentickets sowie bei der zielgruppenspezifischen Weiterentwicklung und bei der konsequenten Vermarktung des Tickets benötigt.

## Verdreifachung der angemeldeten Projekte im GVFG

Das vergangene Jahr hat nicht nur einen deutlichen Zuwachs bei den Fahrgastzahlen gebracht, sondern auch in einem

ganz anderen Bereich: Im sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) haben die Verkehrsunternehmen mehr Infrastrukturprojekte zur Förderung angemeldet als je zuvor. Das Gesetz wurde im Jahr 2020 novelliert und in diesem Zuge finanziell aufgestockt. Dadurch ist inzwischen eine Verdreifachung der angemeldeten Projekte zu verzeichnen. Aktuell sind im GVFG insgesamt 407 Projekte aus den Bereichen „Grunderneuerung“, „Reaktivierung“, „Elektrifizierung“ und „Bahnhöfe, Stationen, Haltestellen“ angemeldet. Ein klares Zeichen für den dringenden Bedarf an Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen sowie dafür, dass die Branche sich längst konsequent auf den Weg gemacht hat, durch Baumaßnahmen und Qualitätsverbesserungen mehr Kapazitäten im ÖPNV zu erreichen.

## Ruf nach höheren Fördermitteln

Aus Sicht des VDV wäre es angesichts dieser Rekordzahlen und vieler weiterer förderfähiger Bauprojekte in der Branche, die bereits in Vorbereitung sind, angebracht, die Mittel im

GVFG ab 2025 von zwei auf drei Milliarden Euro zu erhöhen. Eine Milliarde zusätzlich sei gemessen am Gesamthaushalt des Bundesverkehrsministers ein relativ geringer Betrag, der daher auch in haushalterisch schwierigen Zeiten umsetzbar wäre. „Die Erhöhung der Fördermittel im GVFG auf drei Milliarden jährlich ab 2025 hätte eine extreme Hebelwirkung, um unsere Infrastrukturen noch schneller und konsequenter mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor um- und ausbauen zu können“, betonte Wortmann.

Themenwechsel. Der Bund wird sich künftig an den Kosten der Unterhaltung und Instandhaltung des Schienennetzes beteiligen können. Der Bundestag billigte hierzu nunmehr einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Der VDV begrüßt dieses Vorgehen. „Damit wird neben Aus- und Neubau nun auch die wichtige Sanierung der vorhandenen Infrastrukturen finanziert. Auf dem Weg zur angekündigten Gemeinwohlorientierung der Bundesentscheidungen ist das ein entscheidender Schritt“, unterstrich VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff. □



V.l.: Niklas Garrn (Projektleiter Parkdepot), Felix M. Schaumberg (GF Kommando), Martina Höck (Zweite Bürgermeisterin Bad Kohlgrub), Christian Hollrieder (Geschäftsführer Bad Kohlgrub).

Bild: Kommando

# Eine einzigartige Lösung für modernes Parkmanagement

## Erfolgreicher Start der voll digitalen Parkanlage in Bad Kohlgrub

Christian Hollrieder, Geschäftsführer der Gemeinde Bad Kohlgrub, ist begeistert über den erfolgreichen Start der voll digitalen Parkanlage in der Gemeinde. Gemeinsam mit den Projektpartnern Kommando und der Technologiefirma Parkdepot wurde eine wegweisende Lösung entwickelt, die den Bedürfnissen der Kunden optimal gerecht wird.

Die Projektzusammenarbeit erwies sich als äußerst effizient und lösungsorientiert, wobei das Zusammenspiel der Akteure, Techniklieferanten und Systemintegratoren unter der Branchenkenntnis von Kommando Geschäftsführer Felix M. Schaumberg und Projektleiter Niklas Garrn von Parkdepot (Division Paid Parking) einen reibungslosen Ablauf gewährleistete.

## Kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten

Die Parkanlage, insbesondere die Parkplätze an der Schwebebahn, wurden durch ein innovatives digitales Parksystem ersetzt. Früher verwendete Parkscheinautomaten, die physisch kontrolliert werden mussten und oft ignoriert wurden, gehören der Vergangenheit an. Stattdessen erfolgt nun eine 100-prozentige kamerabasierte Kontrolle der Einfahrten mittels digitaler Kennzeichenerfassung, was Ausfälle verhindert und die Effizienz steigert.

Kunden profitieren von einem verbesserten Zahlungssystem am Kassenautomaten, das ihnen die Auswahl der zuletzt eingefahrenen Kennzeichen ermög-

licht und somit zu einer deutlichen Reduzierung von Fehlern führt. Die Bezahlung kann bequem per Bargeld, ApplePay, Kreditkarte oder auch online innerhalb von 24 Stunden nach erfolgter Parkzeit erfolgen.

Als zusätzlicher Anreiz wird die Parkgebühr beim Kauf eines Bergbahn-Tickets angerechnet. Kurzzeitparkern, wie beispielsweise Familien, die den Waldkindergarten besuchen, wird eine kostenlose Parkzeit von 30 Minuten gewährt.

Das Konzept der voll digitalen Parkanlage erfreut sich sowohl bei den Besuchern als auch beim Betreiber großer Beliebtheit und läuft seit der Einführung reibungslos. Um dem wachsenden Bedarf an Elektromobilität gerecht zu werden, wird bereits über den Ausbau der Parkflächen um E-Ladesäulen diskutiert.

Eine der Herausforderungen für eine der modernsten Parkanlagen sind die kommunalen Anforderungen und die Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung. Die Gemeinde Bad Kohlgrub hat diese Herausforderungen erfolgreich gemeistert und eine herausragende Parklösung für Einheimische und Besucher installiert. □

# Gleisanschluss-Charta 2024 an den Bund übergeben

Auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr in Berlin fordern 56 Organisationen mehr Gleisanschlüsse und moderne, kundennahe Zugangsstellen

Auf Initiative des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) setzen sich 56 Verbände und Organisationen aus Industrie, Handel, Logistik, Bau-, Land- und Holzwirtschaft, Recycling und Kommunen gemeinsam für die Stärkung und Förderung von Gleisanschlüssen im deutschen Schienennetz ein.

Die nach 2019 erstmals aktualisierte Gleisanschluss-Charta wurde auf dem 17. BME-/VDV-Forum Schienengüterverkehr (SGV) an Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr (BMDV) und Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr, von VDV-Vizepräsident Joachim Berndts überreicht.

## Zahlreiche Vorschläge

„Seit der Erstauflage 2019 wurden bereits viele Vorschläge der Charta umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Doch wir sind noch längst nicht

## Kundennahe Zugangsstellen

Fehlende Gleisanschlüsse vor Ort wirken sich negativ auf Schienengüterverkehrsangebote aus: Wagenladungsverkehre beispielsweise bauen auf kundennahe Zugangsstellen auf.

Damit auch diese Systeme einen Beitrag zum Verkehrswachstum auf der Schiene leisten können, bedarf es einer deutlichen Stärkung ihrer Zugangsstellen. Dafür setzt sich das Bündnis ein. „Nur mit möglichst vielen Zugangspunkten für den Schienengüterverkehr werden wir unser Ziel erreichen, Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und den Anteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf 25 Prozent zu erhöhen. Daher fördert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr private Investitionen in Neubau, Ausbau, Reaktivierung und Ersatz von Gleisanschlüssen, um Güterverkehre auf umwelt- und klimafreundliche Schiene zu verlagern und bestehende Güterverkehre auf Schiene zu halten“, so BMDV-Staatssekretär Michael

## Bus, Bahn, Fahrradwege:

# Verkehr in Grenzregion Pilsen-Oberpfalz im Fokus

Grenzüberschreitende Arbeitsgruppe tagt an der Regierung der Oberpfalz

Regensburg. Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Lösungen: Egal ob Bahn, Bus oder Fahrradwege – das Thema Verkehr macht an Ländergrenzen nicht Halt. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus der Region Pilsen und der Oberpfalz tagte an der Regierung der Oberpfalz, um die verschiedenen Aspekte, Herausforderungen und Handlungsfelder im grenzüberschreitenden Verkehr zu beleuchten und die Zusammenarbeit zu forcieren.

„Der Austausch auf Arbeitsebene ist eng und besteht seit über zwei Jahrzehnten unserer Regionalkooperation“, betont Josef Kreitinger, Leiter des Sachgebiets Straßenbau an der Regierung der Oberpfalz und Organisator des Treffens. Aktuell läuft eine neue Förderperiode des INTERREG-Programms zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe Verkehr der aktuellen Förderperiode fand im vergangenen Herbst in Pilsen statt, nun folgte in Regensburg ein zweites Arbeitstreffen – und damit die Gelegenheit, die seitdem erfolgte Weiterentwicklung der Projekte zu diskutieren.

## Fahrradwege dies- und jenseits

Auf der Agenda: Fahrradwege dies- und jenseits der Län-

dergrenze. Projekte auf tschechischer Seite entlang der Grenze erläuterte Vladimír Kroc, regionaler Koordinator für Fahrradverkehr Kraj Pilsen. Tobias Bäumler, Leiter des Staatlichen Bauamts Amberg-Sulzbach, und Berthold Schneider, Bereichsleiter Straßenbau am Staatlichen Bauamt Regensburg, stellten aktuelle Entwicklungen auf Oberpfälzer Seite vor.

## Ausbau des Linienverkehrs

Auch ein möglicher Ausbau des öffentlichen Linienverkehrs wurde besprochen. Einen Einblick in die Thematik und zu Verbundraumstudien gaben Martin Fencel von POVED, dem Organisator des öffentlichen Verkehrs in Pilsen, und Thomas Ederer, Sachgebietsleiter ÖPNV/Mobilität am Landratsamt Cham.

Johannes Schneider, der stellvertretende Leiter der Abteilung

Planung bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH und Hilmar Jarzambek zeigten den aktuellen Stand der Regionalzugverbindungen im Bereich Oberpfalz/Niederbayern in die Region Pilsen und mögliche Entwicklungen.

## Regionalkooperation: Ein grenzüberschreitendes Erfolgsprojekt

Die intensive grenzübergreifende Zusammenarbeit des Bezirks Pilsen und des Regierungsbezirks Oberpfalz ist seit vielen Jahren ein entscheidender Motor für das Zusammenwachsen des Grenzraumes und das Aufblühen beider Regionen. Im November 2001 mit der „Pilsener Erklärung“ ins Leben gerufen, hat sich die Regionalkooperation mittlerweile zu einem Vorzeigemodell und Vorbild für grenzübergreifende Zusammenarbeit entwickelt. Sie versteht Kooperation nicht nur als tägliche Aufgabe auf Verwaltungsebene, sondern auch als festes Ziel, gemeinsam den Wettbewerb mit anderen Regionen Europas aufzunehmen und sich als gleichwertiger Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum zu behaupten.

## EU-Fördermittel

Finanziell gestützt wird die Regionalkooperation mit dem aktuellen Projekt „Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Chancen“ durch Mittel der Europäischen Union (INTERREG Bayern – Tschechien 2021-2027).

Mit Leben gefüllt und inhaltlich getragen wird die Regionalkooperation von verschiedenen fachlichen Arbeitsgruppen der beiden Institutionen, die sich länderübergreifend zu Themen wie Bildung, Gesundheit, Regionalentwicklung, Verkehr und Umwelt austauschen.

Die regelmäßig stattfindenden Regionalkonferenzen bieten den idealen Raum, um Leitthemen mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltungen und Organisationen zu erörtern und zu vertiefen. Um das Zusammenwachsen der Regionen auch vor Ort in den Landkreisen zu unterstützen, werden Jahr für Jahr neue grenzüberschreitende Projekte gefördert.

Theurer bei der Übergabe der Gleisanschluss-Charta 2024.

## 97 Maßnahmen

Die Gleisanschluss-Charta zielt darauf ab, den Schienengüterverkehr durch bessere Rahmenbedingungen für Gleisanschlüsse und kundennahe Zugangsstellen zu stärken. Sie soll die verkehrspolitische Diskussion auch auf die Anbindung von Zugangsstellen an das öffentliche Eisenbahnnetz lenken und konkrete Maßnahmenvorschläge für eine bedarfsgerechte Schieneninfrastruktur liefern. Die Charta verfolgt fünf Hauptziele und schlägt 97 konkrete Maßnahmen vor, um den Schienengüterverkehr zukunftsfähig zu machen und den Marktanteil der Schiene zu erhöhen.

## Stärkung der Knotenpunkte

Sie befasst sich auch mit der Stärkung tri-beziehungsweise multimodaler Knotenpunkte und Umschlagterminals, um effiziente Transportsysteme zu ermöglichen. Dr. Helena Melnikov, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) erklärt dazu: „Wir unterstützen die zentralen Forderungen der Charta nach Kräften. Es geht jetzt vor allem darum, Bürokratie abzubauen und Regularien zu vereinfachen. Gleichzeitig müssen die Gleisanschlussförderung verbessert, mehr Gewerbeflächen an die Schiene angebunden und neue Transportkonzepte unter Einbindung von Gleisanschlüssen geschaffen werden.“

Informationen: <https://www.vdv.de/gleisanschluss-charta-startseite.aspx>

## Verkehrsdosierampel an der Achenseestraße:

# Grenzüberschreitendes Pilotprojekt

Der (Maut-)Ausweichverkehr über die B 181 Achenseestraße sorgt an Hauptreisetagen immer wieder für massive Verkehrsprobleme in der Achenseeregion. Bis zu 16.500 Fahrzeuge täglich passieren die Straße an verkehrintensiven Wochenenden. Es gilt, die Belastung der Bevölkerung entlang dieser Route auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, die Versorgungssicherheit in den umliegenden Gemeinden zu gewährleisten und Staus sowie lange Wartezeiten nach Möglichkeiten zu reduzieren.

Deshalb hat die Bezirkshauptmannschaft Schwaz in enger Zusammenarbeit mit den Euregio SBM-Partnern, den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach, auf Basis der Euregio SBM Strategie für Verkehr und Mobilität ein Verkehrskonzept erstellt. Neben den bereits etablierten Abfahrverboten wurde als Pilotprojekt an den beiden verkehrintensiven Samstagen, 10. und 17. Februar, eine Verkehrsdosierampel im Gemeindegebiet von Achenkirch eingesetzt. Die daraus gewonnenen Daten und Erfahrungen werden evaluiert, bevor die Verkehrsdosierampel für zwei weitere Samstage, 23. und 30. März 2024, eingesetzt wird.

„Mit dem System möchten wir den Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße regulieren und damit die Verkehrsflüssigkeit verbessern. Dies kommt nicht nur der lokalen Bevölkerung, sondern auch den Durchfahrenden zugute“, erklärt der Bezirkshauptmann von Schwaz, Michael Brandl. „Nach Beendigung des Pilotprojektes werden die gesammelten Daten ausgewertet und dienen als faktische Grundlage für künftige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region.“

Die Herausforderungen entlang der B 181 sind grenzüberschreitend – auch Gemeinden in Bayern sind von dem massiven Verkehrsaufkommen betroffen. „Gemeinsam appellieren wir daher auch an die Autofahrerinnen und Autofahrer, die aus Deutschland Richtung Tirol fahren: Der massive Verkehr entlang der B 181 Achenseestraße belastet die Bevölkerung und den Verkehrsfluss. Anstatt dieser vermeintlichen Ausweichroute, entlang der es oft zu stundenlangen Verzögerungen durch Staubildungen kommt, bitten wir, die meist staufreie und damit schnellere Strecke über die Inntalautobahn A 12 via Kufstein zu nutzen. Eine Tagesvignette ist für PKW mit wenigen Klicks online um 8,60 Euro erhältlich“, sind sich BH Brandl und seine bayerischen Amtskollegen, Olaf von Löwis of Menar, Landrat im Landkreis Miesbach und Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz Wolfratshausen, einig. Diesen Appell finden Verkehrsteilnehmende auch auf einer Hinweistafel an der Autobahnabfahrt in Holzkirchen in Bayern.



# Wie Gemeinden KI nutzen können.

13. März 2024, Lindner-Innovationszentrum Kundl

Anmeldung unter: [www.kommunalforum-alpenraum.eu](http://www.kommunalforum-alpenraum.eu)



# „Wichtiges Zeichen für die Region“

Landrat Raith dankt Verkehrsminister Bernreiter für seine Zusage zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach

Regen. Landrat Dr. Ronny Raith ist über die Signale aus München zum Dauerbetrieb der Waldbahnstrecke Gotteszell-Viechtach hoch erfreut: „Die Zusage von Minister Bernreiter, einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung in den Bayerischen Landtag einzubringen und somit den Dauerbetrieb zu realisieren, sehe ich äußerst positiv. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Region“, erklärte Raith. Er dankte Verkehrsminister Bernreiter ganz offiziell für diese wichtige Entscheidung und seinen Einsatz für einen zukunftsfähigen Schienenverkehr im Landkreis und darüber hinaus.

Infrastruktur und im Besonderen der ÖPNV seien für das Arberland ganz zentrale Themen, auch und gerade im Hinblick auf den Landkreis als Wirtschafts- und Tourismusregion. Entsprechend wolle sich der Landkreis beim ÖPNV weiterhin tatkräftig einbringen, setze aber auch auf die Unterstützung der Aufwandssträger Freistaat Bayern und Bund. Gotteszell-Viechtach sei hier ein wichtiger Schritt.

„Hinsichtlich der Strecke Gotteszell-Viechtach möchte ich allen Beteiligten meinen herzlichen Dank für ihr Engagement für unsere Heimat aussprechen, besonders dem Verein Go-Vit und Dr. Wolfgang Schlüter, deren Einsatz dazu beigetragen hat, dass diese Entscheidung so gefallen ist“, so der Landrat.



Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

**Bucher Municipal Wernberg GmbH:**

## Zuverlässiger Partner für Winterdienstgeräte

Bayerischer Anbieter mit starkem Händlernetzwerk

Die Bucher Municipal Wernberg GmbH festigt ihre Position als führender Anbieter von Winterdienstgeräten in Bayern und stärkt ihr Händlernetzwerk mit renommierten Partnern in der Region.

Mit einer breiten Palette von Schneepflügen, Salz- und Solestreuautomaten, sowie Hydraulikanlagen, bietet Bucher Municipal Wernberg GmbH hochwertige Lösungen für den effizienten Winterdienst. Die Produkte zeichnen sich durch ihre Zuverlässigkeit, Langlebigkeit und Benutzerfreundlichkeit aus, wodurch sie zu einer unverzichtbaren Wahl für Kommunen, Unternehmen und Dienstleister im Winterdienst werden.

Entscheidend für eine flächendeckende Verfügbarkeit und den erstklassigen Kundenservice ist sicherlich ein starkes

Händlernetzwerk. Die langjährigen Partner Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Heimstetten, Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG in Neu-Ulm, Carl Beutelhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH in Hagelstadt, Carl Beutelhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG in Kulmbach, KLMV GmbH in Oberkotzau und Kurt Herold GmbH & Co. KG in Würzburg gewährleisten einen Rundum-Service.

Diese Händler sind bekannt für ihre Fachkompetenz, ihren exzellenten Kundenservice und ihre langjährige Erfahrung in der Branche. Durch die Part-

nerschaft mit diesen etablierten Unternehmen wird die Verfügbarkeit von Bucher Municipal Winterdienstgeräten weiter optimiert und ein flächendeckender Support sichergestellt.

**Ziel: Effizient und kostengünstig**

„Wir sind stolz darauf, mit diesen herausragenden Händlern zusammenzuarbeiten, um unseren Kunden in Bayern einen noch besseren Service bieten zu können“, sagt Victoria Rasoulkhani, Geschäftsführerin von Bucher Municipal Wernberg GmbH. „Unser gemeinsames Ziel ist es, die Winterdienstaktivitäten unserer Kunden effizienter und kostengünstiger zu gestalten.“

## Umbau vom Fichtenforst zum Zukunftswald

Kirchenlamitz. Im Auftrag der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) entsteht im Kirchenlamitzer Ortsteil Raumentgrün auf einer Fläche von 4,6 Hektar ein klimastabiler Zukunftswald. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) lässt der Energienetzbetreiber einen kargen Fichtenreinbestand zu einem artenreichen Buchenmischwald umbauen.

Ähnlich einem Elefantensüssel holt der 15 Meter lange Greifarm des Harvesters ausgewählte Baumstämme aus dem Fichtendickicht. Das Aggregat an seiner Spitze greift, sägt und entfernt Äste in einem Zug. Der Forstarbeiter steuert jede Bewegung von seiner Kabine aus. Dabei muss er sehr viel Feingefühl beweisen, denn die zuvor markierten Zukunftsbäume sollen unversehrt bleiben. Sie bilden den Schirm für den zukünftigen Wald-Typ, der hier wieder entstehen soll: ein artenreicher Buchenmischwald. Dieser stellt den ursprünglichen Wald-Typ an diesem Standort dar. Aus dem kargen Fichtenforst bei Raumentgrün soll ein stabiler Zukunftswald werden, der Trockenperioden und Stürmen Stand hält und zahlreichen Tieren und Pflanzen

einen Lebensraum bietet. Dazu sind bis zum Jahr 2037 mehrere Pflanz- und Durchforstungsaktionen notwendig.

**Artenvielfalt fördern – Ökopunkte generieren**

Auftraggeber des über zwei Jahrzehnte angelegten Ökologieprojekts ist die Bayernwerk Netz GmbH. Für eine erfolgreiche Energiewende legt das Energieunternehmen sogenannte Ökokennen an und generiert Punkte zum Ausgleich künftiger Eingriffe in die Natur und Landschaft etwa beim Bau von Umspannwerken oder Stromleitungen. „Wir wollen Ökopunkte nicht einfach kaufen, sondern als Vorhabenträger bei der Konzeptionierung, der Genehmigung, der Umsetzung sowie der langfristigen Pflege der



Ökologischer Ausgleich: Langfristig lassen Bayernwerk Netz und Bayerische KulturLandStiftung in Raumentgrün einen klimastabilen Zukunftswald entstehen.

Bild: Adriane Lochner, Bayernwerk AG

Ökoflächen beteiligt sein. Das ist uns wichtig, damit wir eine verantwortungsvolle Kompensation sicherstellen können“, erklärt Bettina Bodenstein, Biologin bei der Bayernwerk Netz. Vor diesem Hintergrund lässt das Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Bayerischen KulturLandStiftung (BKLS) und ortsansässigen Land- und Forstwirten zahlreiche Flächen in ganz Bayern ökologisch aufwerten. Im Fokus stehen die Etablierung von extensi-

vem Grünland, Streuobstwiesen, des extensiven Ackerbaus und des naturnahen Waldumbaus. Alle Projekte werden 25 Jahre lang von BKLS-Experten betreut.

„Wir haben den Auftrag, die heimische Kulturlandschaft zu bewahren und gemeinsam mit Kommunen, Land- und Forstwirten sowie Unternehmen Ausgleichsmaßnahmen zu planen, durchzuführen und langfristig zu betreuen“, erklärt BKLS-Geschäftsführer Dominik Himmler. Die Maßnahme bei Raumentgrün sei etwas Besonderes, weil hier „ein vorbildliches Konzept für einen langfristigen und tragfähigen Waldumbau“ erarbeitet wurde, gemeinsam mit der örtlichen Forstbehörde und der Waldbesitzervereinigung. 20 Prozent der Fichten, insgesamt fast 400 Festmeter Holz, mussten aus dem Wald entfernt werden, damit die Zukunftsbäume anschließend gesunde Kronen ausbilden können und mehr Licht auf den Waldboden fällt. „Zur Erschließung der 4,6 Hektar großen Fläche ist der Harvester optimal geeignet. Eine manuelle Fällung wäre in dem dichten Bestand aus Gründen der Arbeitssicherheit und des Naturschutzes nicht möglich gewesen“, erklärt Dominik Himmler. Um den Waldboden zu schonen, bewegen sich Maschinen wie Harvester und Rückezug nur auf bereits vorhandenen Rückegassen. Bereits im Frühjahr werden im Zukunftswald in Raumentgrün die ersten Bäumchen gepflanzt, neben Buchen auch Tannen und Eichen.

## Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis

Auslobung: 22. Januar 2024, Einreichungsfrist: 08. April 2024

Neu: Der Publikumspreis

Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen (bdla) Landesverband Bayern lobt bereits zum dritten Mal den Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis aus. Kooperationspartner sind die Bayerische Architektenkammer und der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern.

Der Bayerische Landschaftsarchitektur-Preis ist ein Ehrenpreis, der seit 2020 im zweijährigen Rhythmus vergeben wird. Neben dem Bayerischen Landschaftsarchitektur-Preis 2024 (Hauptpreis) werden Auszeichnungen in sechs Kategorien vergeben. Der Preis würdigt Projekte und Planungen in Bayern, die sich durch innovative, nachhaltige und klimagerechte Außen- und Landschaftsräume hoher Qualität auszeichnen. Der Bestand auszeichnen. Der bdla Bayern möchte zudem ausdrücklich die junge Generation von Planerinnen und Planern zu einer Wettbewerbssteigerung einladen, um ihre beruflichen Ideale und Visionen zu fördern.

Alle Informationen zum Wettbewerb können unter [www.bdla.de/bayerischer-landschaftsarchitektur-preis/2024](http://www.bdla.de/bayerischer-landschaftsarchitektur-preis/2024) abgerufen werden. Dort können auch die detaillierten Auslobungsunterlagen eingesehen werden.

Ziel des Preises ist es, • das Arbeitsfeld von Landschaftsarchitektinnen und -architekten als richtungsweisende Partner in Fachreisen und der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen,

- die besondere Verantwortung von Landschaftsarchitekten für die soziale, ökologische und klimasensible Weiterentwicklung und Gestaltung der Außenräume und ihrer städtebaulichen Einbindung herauszustellen,
- die Förderung der Baukultur und Gestaltqualität durch Landschaftsarchitekten in Zusammenarbeit mit Architekten und Fachingenieuren aus verschiedenen Disziplinen zu würdigen,
- die Unterstützung innovativer Ansätze und Lösungen im Freiraum durch Bauherren und Bauherren zu würdigen – und damit auch am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten anzusetzen,
- Ansätze der Integration verschiedener Gruppen und Kooperation aller Beteiligten aufzuzeigen,
- beispielhafte und innovative Lösungen, die in der Praxis breite Anwendung finden könnten, auszuzeichnen,
- den Mut zum Experiment und die Bereitschaft zur Praktizierung neuer Formen der Zusammenarbeit vor Ort zu fördern.

**Wettbewerbskategorien**

**Landschaftsplanung und Landschaftsentwicklung**

Gute Flächenplanungen und -konzepte, ob im ruralen oder urbanen Gebiet, sind die Basis für gute Landschaftsarchitektur und sollen in dieser Kategorie gekürt werden.

**Pflanzenverwendung und Biodiversität**

Der attraktive, angemessene sowie standortgerechte Einsatz von Pflanzen – zu ebener Erde, an Fassaden und auf Dächern – ist nicht nur aus klimatologischer Sicht wertvoll. Projekte, die Fauna und Flora gezielt und nachhaltig fördern, werden in dieser Kategorie ausgezeichnet.

**Bauen im Bestand und Kreislaufwirtschaft**

Der Schutz grauer Energie steht im Vordergrund dieser Kategorie, ausdrücklich mit inbegriffen ist die Bewahrung und behutsame Weiterentwicklung von Denkmälern und deren Kontext.

**Grüne und Blaue Infrastruktur**

Projekte mit einem Fokus auf Ökosystemdienstleistungen bei gleichzeitiger Inwertsetzung von Freiräumen sind aus ökologischer und klimatologischer Sicht unverzichtbar und sollen in dieser Kategorie gewürdigt werden.

**Freiräume für Menschen**

Gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung gilt es, hochwertige Aufenthaltsräume zu schaffen, die für ein real stattfindendes Miteinander geeignet sind – Orte mit hoher Aufenthaltsqualität und einer besonderen Atmosphäre, die auf menschliche Bedürfnisse eingehen. In dieser Kategorie sollen daher entsprechende Freiräume ausgezeichnet werden, seien es Plätze, Parks, Flächen im Wohnumfeld oder Freizeit- und Bildungslandschaften.

**Experimentelle Landschaftsarchitektur und Bauen im Detail**

In dieser Kategorie sollen innovative und/oder besonders ansprechende Lösungen oder Teilaspekte von Projekten mit Preisen bedacht werden. Es kann sich dabei um besondere Materialverwendungen und Bautechniken, aber auch um außergewöhnliche Prozesse und innovative Inhalte handeln.

Die Jury bewertet alle eingereichten Arbeiten insbesondere nach den Kriterien Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Flächenspa-

ren, Biodiversität und Pflanzenverwendung, Materialität sowie Innovation.

Schirmherr des Wettbewerbs ist Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr.

**Teilnahmeberechtigung und Einreichung**

Zur Teilnahme zugelassen sind Projekte, die durch Landschaftsarchitekten aus dem In- und Ausland sowie Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung vorstehend Genannter verfasst wurden. Zugelassen sind Projekte, die in den letzten fünf Jahren (01.01.2019 – 31.12.2023) in Bayern fertiggestellt wurden. Die Teilnahme am bzw. die Einreichung von Projekten zum Wettbewerb Bayerischer Landschaftsarchitektur-Preis 2024 erfolgt online. Die Wettbewerbs-sprache ist deutsch. Bearbeitungs-schluss ist am 08. April 2024. □

**Michaela Kaniber:**

„Wir haben geliefert!“

Fünf Jahre nach dem Bienen-Volksbegehren sind die Aufgaben des Agrarressorts abgearbeitet

Agrarministerin Michaela Kaniber hat eine positive Bilanz für ihr Ressort gezogen und die Kritik des Trägerkreises zurückgewiesen:

„Die alljährliche vorge-tragene Kritik des Trägerkreises geht ins Leere. Auch wenn man diese mantraartig wiederholt, wird sie nicht wahrer. Aber selbst dort kommt langsam an, was alles geleistet wurde, was mich freut. Für den Bereich des Landwirtschafts- und Forstministeriums kann ich festhalten: Wir haben geliefert! Alle Maßnahmen, die aus dem Volksbegehren Artenvielfalt für unser Ressort entstanden sind, sind erfolgreich umgesetzt. Bestes Beispiel ist das 83.000 Hektar große grüne Netzwerk im Staatswald. Zudem tragen die Maßnahmen des Vertragsnaturschutz-Programms, des Kulturlandschafts-Programms oder der waldbaulichen Förderung zu mehr Biodiversität in der aktiven Land- und Forstwirtschaft bei. Derzeit stehen nur noch Aufgaben an, die ein späteres Erfüllungsziel haben oder als Daueraufgabe erledigt werden müssen: Beispielsweise die Umstellung von staatlichen und öffentlichen Kantinen auf mehr biologische oder regional produzierte Lebensmittel bis 2025 bzw. 2030, die Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes bis 2028 oder der Ausbau des Öko-Landbaus bis zur Zielmarke von 30 Prozent bis 2030. Aber auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg: So ist im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2018 der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel um 20 Prozent in den bedeutenden Ackerkulturen und in den Sonderkulturen Apfel und Wein sogar um 26 Prozent gesunken. Und in Bayern legt der Ökolandbau nach wie vor zu, wir sind weiterhin das größte Ökoland. ... Auch die Förderung von Forschung und Bildung sowie die Flächensicherung sind langfristige Aufgabenbereiche, die wir schon vor dem Volksbegehren angegangen sind und auf den Weg gebracht haben.“ □

## Umweltfreundlicher Winterdienst

**BUCHER municipal**

Mit elektrifizierten Streuautomaten von Bucher Municipal Verfügbar für alle gängigen Fahrzeugtypen



Driven by better

Landeshauptstadt München:

## Forschung unterstützt Städte bei der Klimaanpassung

Gebäude begrünen, Bäume und Freiflächen schützen

Um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, haben Städte eine wirksame natürliche Ressource: das Stadtgrün. Doch wie werden Bestandsquartiere grüner und wie lassen sich klimaangepasste Neubauprojekte realisieren? Oft mangelt es nicht an gutem Willen, wenn Dach- oder Fassadenbegrünungen geplant werden sollen, sondern an Beispielen und konkreten Lösungsvorschlägen. Darum unterstützt das Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft“ Kommunen und Stadtplaner mit Umsetzungshilfen für die klimaresiliente Planung. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt arbeiteten Forschung und Praxis eng zusammen, um Steckbriefe, Checklisten und Leitfäden für grüne, klimaangepasste Städte zu entwickeln.

„Viele Kommunen haben sich mehr Klimaanpassung bereits zum Ziel gesetzt. Durch das geplante Klimaanpassungsgesetz des Bundes könnten sie dazu sogar bald verpflichtet werden. Mit unserer Website bieten wir der Stadtplanung einen Werkzeugkasten, um Stadtgrün gezielt für die Klimaresilienz auszubauen“, erklärt Professorin Simone Linke, die das Projekt an der Technischen Universität München koordiniert. Zum Projektteam gehörten auch das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und die Referate für Klima- und Umweltschutz sowie Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München.

### Beispiel München: mehr Grün und mehr Wohnraum?

„Die Auswirkungen des Klimawandels, die knappen Flächenressourcen und die gleichzeitige Wohnraumbeschaffung stellen große Herausforderungen für wachsende Städte wie München dar“, betont Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umwelt-

schutz in München. Um diese Zielkonflikte möglichst gut zu lösen, erprobte München mit den Forschenden, wie Klimaanpassung von Anfang an in der Stadtplanung mitgedacht werden kann. So gibt es etwa in Bebauungsplänen verschiedene Möglichkeiten, Stadtgrün zu fördern oder Kaltluftleitbahnen vor Bebauung zu schützen.

Die Münchner Stadtbaurätin Elisabeth Merk lobt die gemeinsame Forschung: „In dem Projekt entstanden wichtige Erkenntnisse für die Umsetzung von Klimaresilienz. Nicht nur in Neubauquartieren, sondern auch für Bestandsquartiere wurden zahlreiche praxisnahe Handlungsoptionen aufgezeigt, die Eingang in unsere Arbeit finden werden.“ Das Team begleitete verschiedene Verfahren, befragte Anwohner und Anwohnerinnen und nahm mikroklimatische Simulationen vor.

### Gebäudebegrünung spart Kühl- und Heizenergie

Dach- und Fassadenbegrünung bieten sich sowohl für Bestands- als auch für Neubauquartiere an. Sie kühlen das Gebäude im Som-

mer und schützen es im Winter vor Kälte: Die Dämmwirkung steigt durch begrünte Dächer um circa zehn Prozent. Außerdem speichern Dachbegrünungen Wasser, kühlen so im Sommer die Umgebung und entlasten bei Starkregen die Kanalisation.

„Fassadenbegrünung kühlt nicht nur die Gebäude, sondern steigert auch die Aufenthaltsqualität im Quartier, besonders in sonst unbegrünten Straßen. Dachgärten können – neben begrünten Innenhöfen – gerade in dichten Quartieren wichtige Erholungsorte für die Bevölkerung sein“, sagt die Soziologin Amelie Bauer von der LMU. Das Projekt zeigt in Steckbriefen, worauf es bei der Gebäudebegrünung ankommt.

### Gegen die Sommerhitze: Bäume und Freiflächen

Bei starker Hitze sind Stadtparks und Freiflächen wichtig für die nächtliche Abkühlung. Als Erholungsorte sollten sie fußläufig erreichbar sein und schattige Sitzplätze bieten. Gleichzeitig lohnt es sich, in Straßen und Innenhöfen die Versiegelung zu verringern und große Bäume zu erhalten. Bislang müssen immer wieder Bäume etwa für den Bau von Tiefgaragen gefällt werden. Das Problem ließe sich beispielsweise durch innovative Mobilitätskonzepte mit mehrstöckigen, oberirdischen Quartiersgaragen erhalten. So entsteht mehr Platz für wohnungsnahes, qualitativ hochwertiges Grün.

„Städte könnten die Bevölkerung, die Immobilienwirtschaft und Unternehmen stärker in die



Zentrale, verkehrsberuhigte Straße mit einer auf ÖPNV und Sharing-Angeboten ausgerichteten Mobilität. Freierwundene Flächen werden gemeinschaftlich begrünt. Zukunftsbild: iÖW / V.Haese 2021

Neuer U 319 für das Wasserkraftwerk:

## Unimog für die Stromerzeugung

Der internationale Chemieproduzent Wacker Chemie AG benötigt viel Energie. Am Standort in Burghausen erzeugt seit 1918 die Alzwerke GmbH, eine Tochterfirma der Wacker Chemie, elektrischen Strom durch Wasserkraft. Dieses Wasserkraftwerk war die Voraussetzung für die Ansiedlung der chemischen Industrie in Burghausen und damit verantwortlich für den wirtschaftlichen Aufschwung einer ganzen Region.

Das nördlich von Burghausen gelegene Wasserkraftwerk verfügt über fünf Turbinen und produziert im Schnitt jährlich 270.000.000 kWh. Das Werk liegt an der Alz, einem Ablauf



Der Unimog bei der Arbeit im Wasserkraftwerk.

Bild: Henne

des Chiemsees. 20 Mitarbeiter kümmern sich neben dem Kraftwerksbetrieb und der Wartung auch um die Pflege des Kanals. Für diese Arbeiten wurde jetzt ein neuer Unimog U 319 angeschafft.

„Der Unimog ist für uns aufgrund seiner kompakten Bauweise, seiner Kraft und vor allem auch wegen des hydrostatischen Antriebs unverzichtbar“, erläutert Matthias Unterstaller, stellv. Kraftwerksmeister, die Entscheidung für den Alleskönner.

### Ideale Ausstattung

Der neue U 319 für das Wasserkraftwerk erstrahlt in reflexsilber-metallic und ist der zweite Mercedes-Benz Geräteträger am Standort. Ein rüstiger U 406 von 1985 mit 90 PS ist auch Teil des Fuhrparks. Mit einem Palfinger Ladekran PK 10002 SH inklusive Kranwinde und Arbeitskorb sowie einer Pritsche von Werner ist der Unimog U 319 hervorragend für die Aufgaben im Wasserkraftwerk ausgerüstet. Bei der Instandhaltung des Damms, beim Entfernen von Treibgut sowie bei Reparaturen glänzt der Unimog mit seiner einzigartigen Flexibilität, der kompakten Bauweise und dem hydrostatischen Fahrtrieb. □

Entwicklung grüner, lebenswerter Quartiere einbinden“, betont Johannes Rupp vom IÖW. Das Projekt stellt dafür viele Formate vor, etwa Gemeinschaftsbeete, Gießpatenschaften, Beratungsangebote oder einen Preis für den schönsten Firmengarten.

Um Fachkräfte in Stadtverwaltung und Planungsbüros zu unterstützen, fasst die Website [www.gruene-stadt-der-zukunft.de](http://www.gruene-stadt-der-zukunft.de) die Forschungsergebnisse in Steckbriefen, Checklisten und Leitfäden zusammen. Das Projekt wurde 2018 bis 2024 vom BMBF

in der Leitinitiative „Zukunftstadt“ gefördert.

### Weiterführende Info

Kurzfilm aus der ersten Projektphase: <https://www.youtube.com/watch?v=El49qRHGVPI> □

Mercedes-Benz Special Trucks:

## Entwicklung eines Unimog Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor

Mercedes-Benz Special Trucks hat einen Unimog Geräteträger Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor im Realbetrieb getestet. Der Unimog ist ein Versuchsfahrzeug, mit dem erforscht wird, unter welchen Bedingungen die Wasserstoffverbrennung als sinnvolle Ergänzung zu batterieelektrischen und brennstoffzellenbasierten Antrieben umsetzbar ist. Auf einem stillgelegten Autobahnabschnitt zwischen Bayreuth und Bamberg haben die Ingenieure beim Mähen des Grünstreifens, bei Beschleunigungsfahrten und beim Tanken an einer öffentlichen Zapfsäule Messdaten erhoben, die für die weitere Fahrzeugentwicklung genutzt werden. Mitarbeiter der Autobahn GmbH begleiteten die Tests. Die praktische Erprobung bei niedrigen Temperaturen und abwechslungsreicher Topografie ist ein wichtiger Schritt im laufenden Entwicklungsprojekt „WaVe“, bei dem 18 Partner gemeinsam am Antriebskonzept des Wasserstoff-Verbrennungsmotors arbeiten.

Franziska Cusumano, Head of Mercedes-Benz Special Trucks and Custom Tailored Trucks: „Wir sind sehr zufrieden mit dem aktuellen Entwicklungsstand des Versuchsfahrzeugs. Nach gut zwei Jahren Projektlaufzeit sind wir bereits mit einem ersten einsatzfähigen Unimog Prototypen mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor in der Praxiserprobung.“

Das Mercedes-Benz Unimog Versuchsfahrzeug basiert auf dem Unimog Geräteträger U 430. Für den alternativen Antrieb durch Wasserstofftechno-

logie ist ein speziell umgerüsteter Gasmotor mit Tank-, Sicherheits- und Überwachungssystemen und Messtechnik eingebaut. Bei der Wasserstoffverbrennung im Motorraum entsteht Wasser, das als heißer Wasserdampf über den Auspuff entlassen wird. Der Radstand und die Pritschenlänge sind so bemessen, dass die Wasserstofftankbehälter hinter der Fahrerkabine montiert werden konnten. Die vier TÜV-geprüften 700-Bar-Hochdrucktanks fassen insgesamt etwa 14 Kilogramm gasförmigen Wasserstoff.

Sie sind zu zwei Doppeltanks zusammengefasst, die mit jeweils einem Tanksteuergerät unabhängig voneinander betrieben werden. In einer nächsten Entwicklungsstufe soll das Volumen erhöht werden, um einen regulären Arbeitstag abdecken zu können. Der Motor leistet etwa 290 PS / 1000 Nm und ist dabei wahrnehmbar leiser als das Dieselpendant. Der Prototyp wurde mit einem Frontmähergerät mit zwei Mähköpfen ausgestattet, um im Arbeitsbetrieb weitere Erkenntnisse zu gewinnen.

### Schulterschluss von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft

Die Entwicklung des Versuchsfahrzeugs mit Wasserstoff-Verbrennungsmotor findet im Rahmen des öffentlich geförderten Projekts „WaVe“ statt.

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Vorhaben wird von 18 Partnern aus Industrie und Wissenschaft gemeinschaftlich umgesetzt und begann im Juli 2021. □



## Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](http://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**

Den Markt Neuhoof im wunderschönen Zennatal mit 2.300 Einwohnern.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Seit Mai 2020 bin ich hauptamtliche Erste Bürgermeisterin und Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Ich durfte bis dahin als Religionspädagogin im sonderpädagogischen Bereich im Dekanat Ansbach und als Notfallseelsorgerin tätig sein.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

### Claudia Wust

Erste Bürgermeisterin  
Markt Neuhoof an der Zenn

In der Heimat etwas bewegen, etwas für die Menschen erreichen zu können.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Ich habe Seminare v.a. der Hanns-Seidel-Stiftung besucht und hatte schon zuvor viele Jahre Kontakt zu unseren Kommunalpolitikern im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Als alleinerziehende Mutter von drei schulpflichtigen Kindern war zu Beginn gleich der Corona-Lockdown mit Homeschooling und Umsetzung von Homeoffice-Arbeitsplätzen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**



Aktuell sind es eher die „unsexy“ Pflichtaufgaben wie Sanierung von Kläranlagen, Erneuerung von Straßen und Ganztagesbetreuung an Schulen.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Die Aufgaben werden immer vielfältiger, von der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge bis hin zur Wärmeplanung der Kommunen; alles mit viel Bürokratie und Aufwand verbunden.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Interesse zeigen, sich informieren, angesichts der komplexeren werdenden Aufgaben frühzeitig fortbilden und natürlich im vorpolitischen Raum aktiv sein.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

Wir sind im ständigen Gedankenaustausch, „einsame“ Entscheidungen sind mir fremd. Und in der Gemeinde bin ich viel unterwegs, auch bei Vereinen und Verbänden.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Einen sehr großen, aber wir müssen auch den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die digital nicht so gut unterwegs sind.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Mit Mut die Aufgaben anpacken und dabei auch Fehler in Kauf nehmen statt gar nichts zu tun.

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Als jemand, der die Gemeinde vorangebracht und auch die überregionale kommunale Zusammenarbeit ausgebaut hat und für die Menschen da war.

### Fraueninsel:

## Schlummernde Kultstätte entdeckt

Bei Radarmessungen stießen Geophysiker auf den bisher völlig unbekanntem Grundriss eines romanischen Zentralbaus. Handelt es sich dabei um das Grab der Seligen Irmengard?

Vielleicht muss die Geschichte der Abtei Frauenwörth auf der Fraueninsel im Chiemsee nun umgeschrieben werden. Die Bauentwicklung des wohl durch Herzog Tassilo III. um 782 gegründeten Klosters gilt als gut erforscht, doch über den Rest der Insel ist relativ wenig bekannt. Bis jetzt.

### Große Überraschung

Nun stieß ein Team des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLFD) bei Bodenradarmessungen unerwartet auf die Grundmauern eines Zentralbaus, der bisher nicht überliefert war, weder in Schriften, noch auf historischen Karten. „Im Bereich des Fundes gab es die zum Kloster gehörende, erstmals für das Jahr 1393 überlieferte Kirche St. Martin. Sie befand sich auf dem höchsten Punkt der Insel und wurde 1803 im Zuge der Säkularisation abgerissen. Doch dass es einen älteren Vorgängerbau gab, das ist auch für uns eine große Überraschung“, sagt Armin Krämmer, Bürgermeister der Gemeinde Chiemsee.

Um den genauen Standort der abgerissenen Saalkirche zu lokalisieren, fanden im Sommer 2023 im Rahmen von Untersuchungen für ein Kommunales Denkmal-Konzept (KDK) Messungen auf dem Dorfanger nördlich der bekannten Tassilolinde statt. In einer Tiefe von 50 bis 70 Zentimetern stießen die Denkmalpfleger auf Fundamente, deren Grundriss mit der Ansicht der Kirche auf dem 1701 veröffentlichten Stich von Michael Wening korrespondiert. Die Radardaten zeigten aber auch, dass es an dieser Stelle noch einen älteren Bau gegeben hat: In einer Tiefe von 80 bis 100 Zentimetern zeichneten sich völlig überraschend, aber sehr

deutlich weitere Grundmauern ab und ließen einen oktogonalen Zentralbau mit einem durch acht Stützen gebildeten Umgang und vier kreuzförmig angeordneten Anbauten erkennen. Insgesamt hat das Bauwerk einen Durchmesser von stattlichen 19 Metern.

### Achteckiger Zentralbau absolute Seltenheit

„Zentralbauten sind in der vorromanischen und romanischen Sakralarchitektur nördlich der Alpen selten und damit eine sehr individuell gestaltete Bauform, die oftmals in der Nachfolge der Pfalzkapelle zu Aachen oder als Imitation der Grabeskirche in Jerusalem gedeutet wird. In Bayern sind achteckige Zentralbauten mit innerem Säulenumgang bislang lediglich mit St. Andreas in Bamberg, um 1050, und St. Gallus in Würzburg, um 1130, archäologisch nachgewiesen. Wir sprechen hier also von einer absoluten Seltenheit“, so Mathias Pfeil, Generalkonservator, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege.

Doch wie lässt sich dieser Fund historisch einordnen? Möglicherweise kann ein Zusammenhang mit der Verehrung der Seligen Irmengard, Tochter König Ludwigs des Deutschen und Urenkelin Karls des Großen, hergestellt werden. Sie war Äbtissin des zum Reichskloster aufgestiegenen Konvents Frauenwörth und wurde 866 in der Abteikirche bestattet. Zwischen 1001 und 1020 fand zur Förderung ihrer Verehrung eine Öffnung ihres Grabes zur Reliquienentnahme statt. Zeitgleich wurde ein grundlegender Klosterneubau errichtet, von dem heute noch die Torhalle, die frühromanische Abteikirche und der Glockenturm erhalten sind. Viel-

leicht entstand in diesem Kontext der zusätzliche Memorialbau, der in Anlehnung an die Jerusalemer Grabeskirche als Ziel für Pilger dienen sollte. Nun liegt es an der Wissenschaft, die jüngsten Daten auszuwerten und sorgfältig zu analysieren, um Antworten auf die vielen, noch offenen Fragen zu geben. Derzeit wird darüber nachgedacht, den Grundriss im kommenden Sommer in Form einer Bepflanzung zu visualisieren und damit erlebbar zu machen.

### Sensationsfund im Chiemgau

„Bayerns reiches kulturelles Erbe ist immer für eine Überraschung gut – das beweist der Sensationsfund im Chiemgau einmal mehr! Die bei Radarmessungen entdeckten Grundmauern auf der Fraueninsel zeigen, den fachkundigen Blicken unserer Denkmalpfleger entgegen wirklich nichts. Ein derartiger Grundriss eines romanischen Zentralbaus hat nördlich der Alpen absoluten Seltenheitswert. Es bleibt also spannend, wie die Wissenschaft diesen Fund historisch einordnet“, betont Kunstminister Markus Blume.



Fraueninsel, romanischer Grundriss, Luftbild und Visualisierung Zentralbau. Bild: BLFD

### Landkreis Regen:

## Elf Berufsfelder an einem Nachmittag

Bustour zur Berufsorientierung mit dem Schwerpunkt soziale Berufe quer durch das Arberland

Nachdem bereits Anfang des Jahres die erste Bustour zur Berufsorientierung Medizin durch den Landkreis Regen startete, fand nun eine zweite Veranstaltung der Gesundheitsregionplus Arberland statt, diesmal mit dem Fokus auf soziale Berufsfelder abseits des Arztberufes. Mit zwei verschiedenen Routen und insgesamt sieben verschiedenen Busstops konnten sich 37 interessierte Schülerinnen und Schüler von der achten bis zur zwölften Jahrgangsstufe über elf verschiedene Berufsfelder informieren.

Die ausgebuchte Route Zwiesel-Regen startete von der Arberlandklinik Zwiesel, wo 20 Schülerinnen und Schüler einen Überblick über den Berufsalltag in der Notaufnahme erhielten. Neben der Vorstellung der klassischen Pflegeberufe informierten die Akteure vor Ort auch über den Ausbildungsberuf des Anästhesietechnischen Assistenten sowie Medizinischen Fachangestellten. Zu den Highlights zählten dabei das Gipsen des ein oder anderen freiwilligen Arms sowie die praktischen Einblicke im Schockraum. Anschließend führte die Tour zur Wohnanlage und dem Kinderwohnhaus der Lebenshilfe Regen e.V. in Zwiesel. Nach einem Rundgang durch die beiden Einrichtungen erfolgte bei Kuchen und Getränken ein Austausch über die Ausbildungsmöglichkeiten primär für den Bereich Heilerziehungspflege sowie Erziehung. Im Anschluss verlief die Tour über das Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ), wo die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem von Landrat Dr. Ronny Raith erwartet wurden. „Danke für euer Interesse und Engagement“, wandte sich der Landrat an die Jugendlichen, die er auf ihrem Rundgang durch das BBZ auch begleitete.

### Einblick in diverse Tätigkeitsfelder

An diesem Stopp gastierte zudem das Kreisjugendamt Regen, so dass die Schülerinnen und Schüler auch einen Einblick in diese Tätigkeitsfelder erhielten. Im Rahmen von Spielen erfolgte in kleinen Gruppen die Vorstellung der einzelnen Aufgabenfelder in den einzelnen Berufen (zum Beispiel Sozialbetreuer oder Sozialarbeiter) sowie eine Präsentation zum Ablauf der Ausbildung zum Erzieher, welche ab September auch im neu eingeführten „PIA-Modell“ angeboten wird. Anschließend führte die Tour nach Regen zum Caritas Wohn- und Pflegezentrum St. Elisabeth, wo sich neben der stationären Pflege auch die Sozialstation sowie der ambulante Pflegedienst vorstellten. Die Schülerinnen und Schüler erhielten die Möglichkeit, sich in die Rolle von demenzerkrankten Personen zu versetzen, und durften zudem beim Packen der Versorgungstasche für den Außendienst des

ambulanten Pflegedienstes unterstützen.

Ausgangspunkt für die Viechtacher Route war das BRK Seniorenwohn- und Pflegezentrum mit insgesamt 17 Schülerinnen und Schülern. Hierbei konnten zahlreiche Einblicke in die stationäre Langzeitpflege gesammelt werden, mit Informationen über die Berufe Pflegefachfrau beziehungsweise -mann sowie Pflegefachhelfer. Zudem konnten die Teilnehmer sowohl die Hebehilfe ausprobieren als auch an der Pflegeguppe aktiv werden. Danach führte die Tour in die Arberlandklinik Viechtach. Dabei wurde unter anderem ein EKG geschrieben und der Weg des Patienten begangen, sobald er mit dem Hubschrauber gelandet ist. Nach einem Abstecher in den Bereich Röntgen mit Vorführungen im Herzkatheterlabor erfolgte zudem noch die Besichtigung einer Bettenstation mit der Möglichkeit zum Austausch mit dem diensthabenden Personal. Für den dritten Stopp der Bustour ging es nach Kollnburg in die Dr.-Loew-Einrichtung Schreiner-mühle. Die Teilnehmer konnten Einblicke in das Leben der Wohngruppe erhalten, unter anderem im persönlichen Austausch mit den Bewohnern, und sich bei einem Match am Tischkicker näher kennenlernen.

Am Abend ging es für beide Gruppen zu einer gemeinsamen Abschlussveranstaltung in das Heilpädagogische Zentrum Schweinhütt der Lebenshilfe Regen e.V. Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten anschließend die Möglichkeit, sich in lockerer Atmosphäre mit Leitungskräften der verschiedenen Einrichtungen auszutauschen, welche alle nochmals mit einem Informationsstand vertreten waren. Den Abschluss des Abends bildete ein Wettbewerb beim Selbstwahrnehmungsparcour sowie am World Café rund um das Thema Berufsorientierung.

### Nachwuchsgewinnung

Organisiert wurde die Veranstaltung durch die Gesundheitsregionplus in Kooperation und mit Unterstützung der Arbeitsgruppe soziale Berufe. „Das Engagement und die tolle Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe war auch dieses Mal wieder bemerkenswert. Es zeigt auch, wie viel den Einrichtungen an der Nachwuchsgewinnung liegt. Auch das große Interesse der Schülerinnen und Schüler, die ihre Freizeit der Tour gewidmet haben, ist wirklich lobenswert“, so Melanie Feldmann, Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregionplus, die mit der Veranstaltung äußerst zufrieden war. Aufgrund der guten Resonanz strebt Feldmann die Planung einer erneuten Tour Anfang nächsten Jahres an.

### Hintergrund Arbeitsgruppe soziale Berufe

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus insgesamt acht Einrichtungen und

Institutionen zusammen: den Arberlandkliniken, der Lebenshilfe Regen e.V., Dr. Loew, BRK Regen, Caritas St. Elisabeth Regen, Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe, dem Kreisjugendamt Regen sowie der Gesundheitsregionplus Arberland. Im Rahmen der Berufsorientierungstour ermöglichten die Mitglieder der Arbeitsgruppe den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in ihre Einrichtungen. Es wurde jeweils ein sehr abwechslungsreiches Pro-



Im Caritas Berufsbildungszentrum für soziale Berufe (BBZ) informiert Landrat Dr. Ronny Raith die Jugendlichen persönlich.

Bild: Melanie Feldmann / Landratsamt Regen

gramm zusammengestellt, um den Jugendlichen praxisorientierte Eindrücke in die Berufe vor Ort zu ermöglichen.

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern  
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,  
Jan Kiver  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller  
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Anzeigen und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.  
Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Auftaktveranstaltung zum digitalen Energienutzungsplan mit Landrat Thomas Karmasin (11. v.l.). Bild: LRA FFB

Landkreis Fürstfeldbruck:

## Startschuss für den Digitalen Energienutzungsplan

Ende Januar fand im Landratsamt Fürstfeldbruck die Auftaktveranstaltung zur Erstellung des digitalen Energienutzungsplans für den Landkreis Fürstfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen statt. Landrat Thomas Karmasin begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft und erläuterte die Bedeutung des Projektes für die zukünftige Energieversorgung im Landkreis.

„Wir freuen uns mit dem digitalen Energienutzungsplan auf ein strategisches Werkzeug, nicht nur für unsere Kommunen, sondern auch für private Hauseigentümer und Wirtschaftsbetriebe im Landkreis, um diese bei ihren energetischen Vorhaben zu unterstützen“, sagte Karmasin. In diesem Zusammenhang wurde die Projektleiterin und Klimaschutzmanagerin des Landkreises, Dr. Malgorzata Kroban, vorgestellt, die das Projekt eingeleitet und im Vorfeld das Vergabeverfahren und die Förderbeantragung durchgeführt hat. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie hat dem Landkreis Fürstfeldbruck für die Erstellung des Energienutzungsplans eine Zuwendung in Höhe von 70 Prozent der zuwendungs-fähigen Gesamtkosten bewilligt.

In 14 Monaten abgeschlossen

Die Projektlaufzeit umfasst 14 Monate und soll spätestens im Frühsommer 2025 abgeschlossen sein. Das Projektziel ist die Erarbeitung eines Instruments zur Umsetzung einer nachhaltigen Energieerzeugungs- und Energieversorgungsstruktur mit Fokus auf erneuerbare Energie für den Landkreis Fürstfeldbruck und seine kreisangehörigen Kommunen.

Für die Erstellung des digitalen Energienutzungsplans wurde das Dienstleistungsunternehmen ENIANO GmbH aus München beauftragt, welches bereits digitale Energienutzungspläne für die Landeshauptstadt München, die Landkreise München sowie Ebersberg und Berchtesgadener Land erstellt hat. Mit der zu erarbeitenden großflächigen Datenanalyse sollen Objekte und Energieinfrastruktur im Landkreis Fürstfeldbruck mithilfe des digitalen 3D-Zwillings visuell abgebildet werden.

Digitale Basis Energienutzungsplan

Demzufolge stellt der Energienutzungsplan eine digitale Basis für die Umsetzung der Energiewende im Landkreis Fürstfeldbruck dar. Ein Energienutzungsplan ist ein erprobtes und erfolgreiches Instrument zur kurz- und mittelfristigen Initiierung und Umsetzung von Energieprojekten. Dieser stellt ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der Energie- und Wärmewende innerhalb des Landkreises dar. Die gebäudescharfen Planungsgrundlagen des digitalen Energienutzungsplans werden in Kommunen mit den relevanten Akteuren in Fachgesprächen diskutiert. So können auf dieser Grundla-

ge verschiedene Versorgungsvarianten evaluiert und umgesetzt werden. Durch die Veröffentlichung des Energienutzungsplans auf der Website des Landratsamtes werden die Ergebnisse einem breiten Spektrum an Akteuren der lokalen Energie- und Wärmewende zugänglich gemacht. Dadurch sollen wesentliche Impulse zur kontinuierlichen Entwicklung nachhaltiger und zukunftsorientierter Lösungen in der Energieplanung im Landkreis gesetzt werden.

Der Landkreis übernimmt die Gesamtkosten für die Erstellung des Energienutzungsplans, sodass auf Seite der Städte und Gemeinden keine finanzielle Projektbeteiligung erforderlich ist. Die Analysen des Ist-Zustands im Bereich Energieinfrastruktur, Strom, Wärme, Verkehr und THG-Bilanz (Kommunale Treibhausgasbilanzierung) sowie der energetischen erneuerbaren Potenzialanalyse inkl. Maßnahmenkatalog und Entwicklungsszenarien, werden für die Kommunen im Rahmen des Energienutzungsplans erarbeitet und können als Grundlage für die kommunale Wärmeplanung herangezogen sowie für die künftigen Projekte übernommen werden. Mit seinen detaillierten Ausführungen durch das gebäudescharfe Energiemodell und der Umsetzungsnähe für Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger, soll der Energienutzungsplan entscheidende Maßstäbe für die Implementierung der Energiewende im Landkreis Fürstfeldbruck liefern.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung informierten die Ersteller des Energienutzungsplans, ENIANO GmbH, vertreten durch Geschäftsführer Tobias Eder und Lea Steiner, über den geplanten Ablauf, die Methodik, die Inhalte des Projektes sowie über Best Practice Beispiele aus Energienutzungsplänen. Im weiteren Verlauf des Abends stellte Hans Gröbmayer, ehem. Geschäftsführer der Energieagentur Ebersberg-München, die Entwicklung der Gemeinde Glonn (Landkreis Ebersberg) hin zur regenerativen Wärmeversorgung vor. Im Anschluss zu den Vorträgen bot sich die Möglichkeit, Fragen zum Thema zu stellen.

Ablauf des digitalen Energienutzungsplans

Als Erstes wird ein Status-quo für den Bereich Energie im Landkreis ermittelt, d.h. es wird eine Ist-Analyse (inkl. Treibhausgasbilanz) für Energieerzeuger/Kraftwerke, Netzinfrastruktur, Energieeffizienz sowie Wärmenachfrage durchgeführt. Weiter wird im Rahmen der Ist-Analyse ein Wärmekataster erstellt, das auf

einem bestehendem 3D-Wärmekataster aufgesetzt ist, welches durch ENIANO bayernweit erstellt und kontinuierlich aktualisiert wird. Dieses 3D-Wärmekataster soll für jedes Bestandsgebäude die Wärmenachfrage und die erforderliche Heizleistung getrennt nach Raumwärme und Warmwasser ausweisen sowie alle Gebäude der Digitalen Flurkarte, die eine Adresse besitzen und als Hauptgebäude ausgewiesen sind, umfassen.

Zur quantitativen, gebäudescharfen Erfassung und Ausweisung des Energieeinsparpotenzials durch energetische Sanierungsmaßnahmen im Landkreis Fürstfeldbruck wird eine detaillierte Analyse des Gebäudebestands und einer lokalen Sanierungstypologie durchgeführt. Die Sanierungstypologie weist dabei für die wesentlichen Gebäudetypen innerhalb des Landkreises mögliche Sanierungsvarianten aus. Die Detailtiefe des Sanierungskatasters orientiert sich primär an dessen Anwendungszwecken; zum einen dient es als digitale Bearbeitungsgrundlage für weitergehende Potenzialanalysen des digitalen Energienutzungsplans und zum anderen als fortschreibbare Basis für eine langfristig angelegte Wärmeplanung in den Kommunen des Landkreises.

Im zweiten Schritt werden Potenzialanalysen durchgeführt – z.B. für Energieeinsparung sowie Energieerzeugung sowie für Wärmenetze und Wärmeverbünde (inkl. Fernwärme). Für die Szenarienentwicklung wird für den Landkreis Fürstfeldbruck ein Tool entwickelt, welches die Energie- und Treibhausgas-Bilanz

Holzdrahtproduktion im Bayerwald:

## Freilichtmuseum Finsterau eröffnet Sonderausstellung

Bezirkstagspräsident spricht von „kleiner Sensation für die Region“

Einst überzog ein dichtes Netz an Holzdraht-Werkstätten den Bayerischen Wald. Viele Menschen lebten von der Herstellung der bis zu sechs Meter langen Stäbe aus Fichten- oder Tannenholz, exportierten sie teils bis nach Übersee. Doch im Laufe des 20. Jahrhunderts und fortschreitender Industrialisierung geriet das Handwerk fast in Vergessenheit. Heute wissen nur noch wenige um das Geheimnis der händischen Herstellung von Holzdraht. Ein Geheimnis, dem Franziska Oslmeier, wissenschaftliche Volontärin im Freilichtmuseum Finsterau, seit zwei Jahren nachgeht – mit großem Erfolg. Sie stieß auf so viele Objekte und Überlieferungen, dass sich das Freilichtmuseum im Frühjahr 2023 prompt entschloss, die Sonderausstellung „Hölzl Steckerl Staberl“ ins Leben zu rufen. Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Zweckverbands Niederbayerische Freilichtmuseen, Dr. Olaf Heinrich, eröffnete die besondere Ausstellung über die traditionsreiche Holzdrahtproduktion im Bayerischen Wald.

Die Highlights der Ausstellung: Ein originaler Webstuhl, den Oslmeier und ihre Kollegen mithilfe der Handweberei Moser aufstellten, motorisierte Hobelbänke und diverse Zündholzschnitzeln aus der Zeit vor und um 1900, die das Museum Šumavý Sušice als Leihgaben beisteuerte. Ursprünglich entstand die Holzdrahtproduktion als eine Erzeugungsart der frühen Zündholzindustrie. Sie verbreitete sich von Wien

im Ist-Zustand und eine Prognose für definierte Zieljahre (2030 und 2040) abbildet. Darauf aufbauend werden die Potenziale zur erneuerbaren Deckung der Wärme- und Stromnachfrage aus den Analysen des digitalen Energienutzungsplans integriert. Im Anschluss werden Maßnahmenkataloge für die Städte und Gemeinden erarbeitet, welche kon-

krete die Umsetzung hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung ermöglichen. Zudem soll ein Leuchtturmprojekt für den Landkreis ausgewählt und detailliert ausgearbeitet werden.

Für alle Fragen zum digitalen Energienutzungsplan steht das Klimaschutzmanagement unter [klimaschutz@lra-ffb.de](mailto:klimaschutz@lra-ffb.de) zur Verfügung. □

## GZ PINOS WELT

Einer der faszinierenden Vorteile meines Lebens als Vater ist, dass ich durch aufmerksameres Beobachten und meine angeborene Neugier praktisch jeden Tag etwas Neues lerne. So habe ich vor Kurzem einen neuen Begriff gelernt: German vote.

Übersetzt man das jetzt wörtlich, müsste man von „deutscher Abstimmung“ sprechen. Besser wohl vom deutschen Votum. Gemeint ist, dass auf EU-Ebene in Verhandlungen zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Parlament eine Regelung erdacht wird, die von einem deutschen Regierungsvertreter mal eben so abgenickt wurde. Anschließend, bei der Abstimmung in der Bundesregierung, wie Deutschland sich zu dieser Regelung verhalten soll, erzwingt die FDP eine Enthaltung in Brüssel, obwohl Rotgrün die Regelung gar zu gerne freudig begrüßt hätte. Das sorgt dann wahlweise für Frust in der Bundesregierung und der linken Presse sowie für Freude in der Wirtschaft.

### Ja zur „German vote“!

Denn diese spezielle Art von german vote hat in der Vergangenheit großen Unsinn, wenn nicht verhindert, so doch eine breite Diskussion über immer neue Regelungen angestoßen, die die europäische Wirtschaft belasten. Denn vieles wurde uns ja unkritisch als unvermeidlich oder gar sinnvoll verkauft, obwohl es elementaren Interessen der Europäer zuwiderläuft. Beispiel: Das Verbrenneraus. Bis zu einem nicht allzu fernen Datum sollen in der Europäischen Union nur noch Elektroautos neu zugelassen werden dürfen. Solche mit Verbrennungsmotor wären verbannt, auch wenn sie mit emissionsfreien E-Fuels betrieben werden können. Wie jetzt auch Pioniere der Elektromobilität zugeben, widerspricht das eindeutig den Kundenwünschen. Zudem ist es eine Sache, den Autofahrern einen bestimmten Antrieb einfach vorzuschreiben, eine andere aber, die dafür notwendige Infrastruktur zu schaffen. Stichwort: Ladesäulen. Statt also den europäischen Kunden zu entmündigen, wäre eine Regelung besser, die es der Kreativität der Ingenieure überlässt, wie man das Null-Emissionen-Ziel im Verkehr erreicht.

Beispiel europäisches Lieferkettengesetz. Unternehmen sollen in Zukunft garantieren, dass



in ihrer ganzen Lieferkette keine Produkte verwendet wurden, die aus Kinderarbeit stammen oder mittels umweltschädlicher Produktionsweisen hergestellt wurden. Im Ergebnis wird ein solcher Nachweis kaum möglich sein, insbesondere, wenn viele Vorprodukte verbaut werden müssen. Also wird man sich in einen Rausch von Dokumentationen flüchten, um belegen zu können, dass man bis an den Rand des Zumutbaren nachgeforscht hat, wird Rückstellungen für Strafzahlungen bilden und mit der Faust in der Tasche zusehen, wie Anbieter aus China Güter aus Zwangsarbeit billig verticken. Diesen Irrsinn zu stoppen, ist ein german vote wert.

Statt über die zu schimpfen, die solche Überregulierungen aufhalten oder zumindest abmildern, sollte man lieber über die Rolle sprechen, die die Europäische Kommission derzeit als Wachstums- und Wohlstandsverhinderer spielt. Während überall in der Welt die Chancen der KI ausgelotet werden, hatte die Kommission nichts Eiligeres zu tun, als eine Regulierung anzustoßen. Wir haben eine europäische Datenschutzgrundverordnung, die den einzelnen nicht nur vor dem Missbrauch seiner Daten schützt, sondern auch den sinnvollen Gebrauch in vielen Fällen verhindert. Obwohl Wachstum heutzutage nur noch mit Daten möglich ist. Aber warum sitzen alle innovativen Wachstumsfirmen der freien Welt in den USA und nicht in Europa?

Europa will die ganze Welt belehren. Wegen unserer besserwisserischen und missionarischen Art, alles dem Klimaschutz unterzuordnen, bekommen wir keine Freihandelsabkommen mit Indonesien, Indien und Südamerika hin. Lieber lassen wir Wachstum und den Zugang zu Rohstoffen sausen, als anzuerkennen, dass Länder in anderen Weltgegenden sich noch nicht den Luxus eines parentief reinen und makellosen Wirtschaftens leisten können, sondern erst noch Wohlstand erringen wollen.

Wir sind satt und mutlos. Deshalb verstehen wir nicht, dass Mut den Fortschritt treibt und nicht Ängstlichkeit und Saturiertheit. Wir müssen deregulieren, statt der Wirtschaft immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Deshalb Ja zum german vote! Hören wir auf den amerikanischen Ex-Präsidenten Bill Clinton: „It's the economy, stupid!“

## Ihr Pino

verarbeitung im Bayerischen Wald ein. Er bot eine breite Palette an Waren – von Zündhölzern bis hin zu Markisen und Rollvorhängen. „Der Holzdraht hohel revolutionierte in den 1820er Jahren die Arbeit in Zündholzfabriken. Ein einzelner Arbeiter konnte auf einen Zug hunderte Hölzer anfertigen, anstatt sie mühsam von Hand zu spalten. Es dauerte allerdings keine 30 Jahre, bis die sich stets wandelnden chemischen Rezepturen und die immer effizienteren Maschinen den Absatz der handgehobelten Hölzer zurückgehen ließen. Gut, dass man mit diesen Stöcken nicht nur Feuer machen konnte! Holzdraht ließ sich auch verweben. Halbtex-tile, rollbare Matten wurden in alle Welt verkauft – zum Schutz vor der Sonne Südfrankreichs oder gar Kaliforniens,“ so Oslmeier

Zum Glück, so Oslmeier, gebe es noch immer Menschen, die Holzdrahtproduktion selbst gelernt beziehungsweise beobachtet haben. „Aus ihren Werkstätten konnten wir viele interessante Objekte bergen, die alle einen Platz in der Ausstellung gefunden haben. Aber noch viel wichtiger: Wir haben die Chance, nach Zusammenhängen zu fragen und Prozesse zu erproben, um das Handwerk besser zu verstehen und für unsere Besucher aufzubereiten.“

Eine Sensation für die Region

„Was sich hinter dem Titel ‚Hölzl Steckerl Staberl‘ verbirgt, ist eine kleine Sensation für die Region,“ so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Sie zeige, wie wichtig Museumsarbeit gerade auch im ländlichen Raum ist. kh

Holzdraht reihte sich in ein umfangreiches Repertoire der Holz-

# Hexenjagd gegen den Vater der „Kleinen Hexe“

Einen „differenzierten und qualifizierten Umgang“ mit dem herausragenden literarischen und pädagogischen Erbe des 1923 im nordböhmisches Reichenberg geborenen und 2013 in Prien am Chiemsee verstorbenen, weltberühmten Schriftsteller Otfried Preußler hat der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, angemahnt. Derzeit finde, ausgehend von einigen Lehrern, die das Pullacher Gymnasium, das nach Preußler heißt, umbenennen wollen, eine „richtiggehende Hexenjagd gegen den Vater der ‚Kleinen Hexe‘ und zahlreicher anderer Kinderbücher mit einer internationalen Millionenaufgabe statt.“

Preußler habe niemals geleugnet, als Teenager 1940 den Roman „Erntelager Geyer“ verfasst zu haben, der seine Erlebnisse mit dem so genannten „Jungvolk“ entsprechend dem nationalsozialistischen Zeitgeist wiedergibt: „An diesem Erstling Preußlers gibt es nichts zu beschönigen. Man darf aber nicht vergessen, dass der Autor nach drei Jahren Ostfront, fünf Jahren in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und der Vertreibung aus der Heimat mit dem braunen Gedankengut restlos gebrochen und ein auf Toleranz und Völkerverständigung hinorientiertes Lebenswerk aufgebaut hat.“ Insbesondere das an eine sorbischen Legende anknüpfende Meisterwerk „Krabat“ sei eine warnende Auseinandersetzung mit dem Missbrauch jun-

ger Menschen durch dunkle Mächte. Von Preußler lasse sich lernen, wie verheerend der Nationalismus und die nationalsozialistische Ideologie waren, denen er in den dreißiger Jahren selbst erlag.

### Kritische Auseinandersetzung ermöglichen

Mit Blick auf die Gefahr, dass derartiges Gedankengut in unserer Zeit wiederkehrt, ist das literarische Erbe Preußlers umso bedeutsamer. Die „Flucht nach Ägypten, königlich böhmischer Teil“ sei ein Roman für Erwachsene und als solcher das eindrucksvollste literarische Denkmal der Welt der Sudetendeutschen und der Tschechen vor der Vertreibung. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volks-

gruppe zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut über die hohe Anerkennung, die Preußler in der Tschechischen Republik genießt.

In den 54 Jahren seit der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft habe der Schriftsteller nicht nur auf eindrucksvolle Weise sowohl als Lehrer als auch als Familienvater sein Schicksal gemeistert, sondern

### Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

## Energiemanagement der landkreiseigenen Liegenschaften

Die Implementierung des Energiemanagements für die Liegenschaften des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen und die Umsetzung durch die Klimaschutzmanagerin Eva-Maria Raab kann beginnen. Die notwendigen Förderbescheide hat Landrat Manuel Westphal nun entgegennehmen können.

Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung haben jeweils in ihren Klimaschutzgesetzen das Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 bzw. 2045 fest verankert. Damit die gesteckten Ziele auch erreicht werden können, müssen die Emissionen von Treibhausgasen reduziert werden.

### Vorbildfunktion

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist sich seiner Vorbildfunktion und Verantwortung bewusst und hat sich daher entschlossen ein kommunales Energiemanagement für die

vielen Generationen von Jugendlichen, von China über Afrika bis Südamerika, eine Welt-sicht vermittelt, die in ihrer friedensstiftenden Weise heute nötiger ist denn je. Mit Umbenennungen von Einrichtungen, die Preußlers Namen tragen, werde pädagogisch das Gegenteil von dem erreicht, was man vorgebe zu wollen: „Lieber sollte man diesen großen Erzähler für das würdigen, was er künftigen Generationen zu bieten hat – was niemanden daran hindern soll, sich auch kritisch mit seiner Lebensgeschichte auseinanderzusetzen.“

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage zur Wasserkraftmesse RENEXPO INTERHYDRO vom 21. bis 22. März 2024 in Salzburg bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Prozent der förderfähigen Kosten erreicht werden. Westphal konnte nun Ende Dezember alle Zuwendungsbescheide entgegennehmen. „Ich freue mich, dass wir nun mit dem Energiemanagement für unsere Liegenschaften starten und einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität leisten können“, betonte der Landrat.

### Funktion eines Energiemanagements

Ein Energiemanagement ist ein wichtiges Instrument, um die Energieeffizienz von Liegenschaften und deren Anlagentechnik fortlaufend zu erhöhen sowie den Energieverbrauch und die damit verbundenen Treibhausgasemissionen zu mindern. Im Zuge des kommunalen Energiemanagements können bereits mit einfachen und geringinvestiven Maßnahmen Erfolge erzielt werden, um einen dauerhaft sparsamen und effizienten Betrieb der

Anlagentechnik und Gebäude zu ermöglichen.

Die Landkreisverwaltung wird zusammen mit dem externen Dienstleister Institut für Energietechnik (IfE GmbH) an der Ostbayerischen Hochschule Amberg-Weiden das Energiemanagement einführen und gemeinsam während der dreijährigen Förderperiode umsetzen. Im Rahmen des Energiemanagements werden jährlich Energieberichte erstellt, die die Verbrauchsentwicklungen der Liegenschaften und somit die erzielten Einsparfolge dokumentieren sollen. Das Institut für Energietechnik (IfE) GmbH wird die Landkreisverwaltung darüber hinaus bei investiven Maßnahmen beraten und bei der Implementierung einer Energiemanagementssoftware unterstützen. Durch Schulungen des Landkreispersonals auf deren Anlagentechnik sowie der Software wird eine Weiterführung auch nach der dreijährigen Förderung gesichert.



Landrat Manuel Westphal.

Bild: LK WUG / Felix Öder

### Vorschau auf GZ 6

In unserer Ausgabe Nr. 6/2024, die am 14. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser · Abwasser
- Kommunalbau  
Krankenhäuser · Pflegeheime · Schulen · Kindergärten
- Kommunal-Marketing · Stadtmarketing
- Sicherheit und Arbeitsschutz,  
Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

### Energiedienstleistung



Abonnieren Sie unseren  
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Fahnenmasten / Fahnen

Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

### Glasfaser / Glasfaserausbau

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.  
[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

## Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

**0800 410 1 410**

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

Kommunen kompetent erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

### Kommunalberatung

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
info@kubus-mv.de

Standort München  
089/44 235 40-00  
bayern@kubus-mv.de

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette  
Produktpalette für  
effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
Driven by better

### Kommunalfahrzeuge

## Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank  
[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

### Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH  
Kommunales Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)

### Teichrettung

WENIGER ALGEN.  
INTAKTE GEWÄSSER.  
WIR MACHEN DAS!

**MIKROBIOM LAB**  
INNOVATION  
[WWW.MIKROBIOM-LAB.DE](http://WWW.MIKROBIOM-LAB.DE)



# RENEXPO INTERHYDRO

[21. - 22. März 2024]

Messezentrum Salzburg  
Fachmesse für Wasserkraft

[www.renexpo-interhydro.eu](http://www.renexpo-interhydro.eu)

 MESSE  
ZENTRUM  
SALZBURG

# RENEXPO INTERHYDRO

zu den Tickets



Bei der Renexpo Interhydro versammeln sich Hydro-Profis aller Sparten im Messezentrum Salzburg. Vom Planer, über den Betreiber bis hin zum Zulieferer und versierten Dienstleister ist hier Europas Wasserkraft in geballter Form vertreten. Die Messe gilt als wichtige Begegnungszone zum Netzwerken

und gemeinsamen Weiterdenken. Sie fungiert als Impulsgeber, Innovationsmotor und Richtungsweiser innerhalb der Wasserwirtschaft. Aussteller und Besucher erwartet eine hochwertige Kontaktqualität rund um alle Belange der Wasserkraft.



## 📌 Programm

- Energietalk
- Fachvorträge
- Podiumsdiskussion
- Expert Event  
„Rivermanagement & Ecology“

## 📌 Personen

Unter anderem mit

- Dipl.-Ing. Dr. Josef Schwaiger
- Florian Streibl
- Hans-Josef Fell
- Barbara Becker
- Barbara Fischer-Aupple

Fachmesse für Wasserkraft

21. – 22. März 2024

## 📌 Ausstellungsbereiche

- Planung und Baudurchführung
- Wasserfassung
- Gewässerschutz
- Kraftwasserleitungen
- Stromerzeugung
- Mess-, Regel- und Steuertechnik
- Krafthaus
- Sicherheitseinrichtungen
- Kraftwerkstypen
- Dienstleistungen